

# HESSISCHER LANDTAG

25. 11. 86

# 95. Sitzung

Wiesbaden, den 25. November 1986

	Seite	•	Seite
Amtliche Mitteilungen	5529	Frage 1058 - Abg. Fischer	5532
Entgegengenommen	5529	Aussetzung wilder Tiere	
Präsident Dr. Lang Vielhauer Kanther Präsident Dr. Lang	5529 5529 5529	Fischer Minister Görlach Prof. Dr. Hamer Wagner (Darmstadt)	5532 5532 5532 5533
. Fragestunde		Frage 1059 - Abg. Fischer	5533
- Drucks. 11/6900	5529	Amt für Naturschutz	ing.
Abgehalten	5542	Fischer Minister Fischer	5533 5533
Frage 1047 - Abg. Boppel	5529	Wilke	5533
Polizeiliche Bekämpfung von Umweltdelikten		Fischer Minister Fischer	5533 5533
Boppel Minister Winterstein Otto Weber Minister Winterstein  Frage 1048 - Abg. Dr. Schlitzberger Kernkraftwerk Würgassen Dr. Schlitzberger Minister Dr. Steger Messinger  Frage 1049 - Abg. Dr. Schlitzberger  "Kleiner Grenzverkehr" Dr. Schlitzberger	5529 5529 5530 5530 5530 5531 5531 5531	Frage 1060 - Abg. Otto  Hütten im Außenbereich Otto Minister Winterstein  Frage 1061 - Abg. Weghorn Staatssekretärin Haibach Weghorn Ministerin Dr. Rüdiger Messinger Weghorn Vielhauer	5534 5534 5534 5534 5534 5534 5534 5534
Ministerpräsident Börner  Frage 1053 - Abg. Schulze	5531	Wagner (Darmstadt)	5535 5535
Arbeitslose im Forstamt Hatzfeld	5551	Frage 1062 - Abg. Otto	5535
		Bundesautobahn A 66	
Schulze Minister Görlach Fischer Wilke Fischer Troeltsch Minister Görlach	5531 5531 5532 5532 5532	Otto Minister Dr. Steger Kappel Otto Troeltsch Minister Dr. Steger	5535 5535 5535 5535 5536 5536

	Seite				Seite
Frage 1063 - Abg. Dr. Streletz	5536	1	, 1	Frage 1078 - Abg. Schmidt (Kassel)	5570
	3330	1 .			3310
Industrielle Geldmittel in Hochschulen		,	,	Einberufung der Rheinschutz-Kommission	
Dr. Streletz	5536 5536		. ]	Frage 1079 - Abg. Pawlik	5570
Ministerin Dr. Rüdiger	3330			Sondermüll-Transportgenehmigungen zur Deponie	
Frage 1064 - Abg. Weghorn	5536			Schönberg	
Genehmigung von Sportveranstaltungen		,	-		,
Weghorn	5526		. ]	Frage 1080 - Abg. Wagner (Eschwege)	5571
Minister Dr. Steger	5536 5536	1	<b>'</b> §	Stahlpanzersperren im Grenzgebiet	
Dr. Streletz	5537				
Otto	5537		]	Frage 1082 - Abg. Heimerl	5572
Minister Dr. Steger	5537		5	Störfallverordnung	
	2	<b>!</b> .		Antworten zu den Fragen 1070, 1071, 1075 bis 1080	
Frage 1065 - Abg. Wagner (Darmstadt)	5537			und 1082 siehe Anlage; die Fragen 1072 bis 1074 und	
Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes	•			1081 werden in der nächsten Fragestunde beant-	
Wagner (Darmstadt)	5537		: 1	wortet	5569
Ministerin Dr. Rüdiger	5537	1. 2	2. 1	Erste und zweite Lesung des Gesetzentwurfs der	
Wagner (Darmstadt)	5538	' '		Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung besol-	
Dr. Gerhardt Wilke	5538 5539	1		dungsrechtlicher und dienstrechtlicher Vorschriften	
Ministerin Dr. Rüdiger	5539			Drucks. 11/6894	5542
Avanious 21. Rudagor	3333			In erster und zweiter Lesung angenommen:	
Frage 1066 - Abg. Dr. Simon	5539		1	Gesetz beschlossen	5542
Förderung neuer elektrischer Wärmeerzeuger		1	. ]	Präsident Dr. Lang	5542
Dr. Simon	5539				
Minister Winterstein	5539	1.6		Zweite und dritte Lesung des Gesetzentwurfs der	
Otto	5539	1	ا	Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des	
Dr. Jung	5539		1	Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 1986 und zur	
Bouffier	5540	,		Änderung des Gesetzes über die Feststellung des	
Minister Winterstein	5540			Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushalts-	
Frage 1067 - Abg. Lortz	5540			jahr 1987 (Nachtragshaushaltsgesetz 1986 und 1987) -	
Werbemaßnahmen für staatliche Ferienhotels	,	1		Drucks. 11/6902 zu Drucks. 11/6707 und zu Drucks.	
		ŀ		11/6786 und Drucks. 11/6836	5542
Lortz	5540 5540			In zweiter und dritter Lesung angenommen:	
Minister Krollmann Welteke	5540			Gesetz beschlossen	5560
Lortz	5541			Ibel	5543
Minister Krollmann	5541			Stanitzek	5543
		1		Kuhnert Vizepräsident Lengemann	5548 5549
Frage 1068 - Abg. Lortz	5541	`		Wilke	5554
Waldsterben im Forstamt Seligenstadt				Welteke	5555
Lortz	5541			Wilke	5555
Minister Görlach	5541			Kappel	5556
Fischer	5541			Kappel	5557
Dr. Streletz	5542			MildePräsident Dr. Lang	5560 5560
Minister Görlach	5542			, ,	2200
Frage 1069 - Abg. Lengemann	5542	4		Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der	
Markt "Casseler Freyheit"				SPD und der GRÜNEN für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Getränke- und Speiseeissteuer,	
Lengemann	5542	1		des Gesetzes über die Vergnügungssteuer und des	
Minister Clauss	5542			Gesetzes über kommunale Abgaben	
Lengemann	5542			- Drucks. 11/6913	5561
Minister Clauss	5542			Dem Haushaltsausschuß (federführend) und dem	
France 1070 Aboutting	5570			Innenausschuß (beteiligt) überwiesen	5561
Frage 1070 - Abg. Hinz	5569 .		1	Wilke	5561
Technologiepolitik				Präsident Dr. Lang	5561
Frage 1071 - Abg. Messinger	5569		5.	Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der	
Finanzielle Situation der Frankfurter Studentenschaft				SPD für ein Gesetz über die Duldung bestehender	
rmanziene Situation der Frankfürter Studentenschaft				Kleinbauten	
	1	1		- Drucks. 11/6914	5561
Frage 1075 - Abg. Dr. Streletz	5569			Dem Innenausschuß (federführend) und dem Aus-	
Gewalt gegen Frauen				schuß für Umweltfragen (beteiligt) überwiesen	5568
The second of th				Zabel	5561
Frage 1076 - Abg. Hilfenhaus	5569			Möller (Gießen)	5562
Senkung der Milchquoten	•			Dr. Streletz Minister Winterstein	5563
				Minister Winterstein	5564 5565
Frage 1077 - Abg. Engel	5570	1		Otto	5567
Rheinschiffahrt mit gefährlichen Gütern		1		Vizepräsident Messinger	

#### Im Präsidium:

Präsident Dr. Lang Vizepräsident Lengemann Vizepräsident Messinger Vizepräsident Ernst

#### Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Börner Minister der Finanzen Krollmann Minister des Innern Winterstein Minister der Justiz Dr. Günther Kultusminister Schneider Ministerin für Wissenschaft und Kunst Dr. Rüdiger Sozialminister Clauss Minister für Wirtschaft und Technik Dr. Steger Minister für Umwelt und Energie Fischer Minister für Landwirtschaft und Forsten Görlach Staatssekretär Dr. Dethloff Staatssekretär von Schoeler Staatssekretär Suchan MinDirig Knauer Staatssekretär Dr. Burckhardt Staatssekretärin Haibach Staatssekretär Dr. Steinhäuser MinDirig Dr. Groß Staatssekretär Kerschgens MinDirig Dr. Rudloff Staatssekretärin Dr. Czempiel

#### Abwesende Abgeordnete:

Trautmann

(Beginn: 14.02 Uhr)

## Präsident Dr. Lang:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie zu Beginn der 95. Plenarsitzung des Hessischen Landtags willkommen, eröffne die Sitzung und stelle die Beschlußfähigkeit fest.

Ich darf Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen)

Am 19. November wurde unser Kollege August-Wilhelm Mende im Alter von 57 Jahren durch den Tod mitten aus seiner parlamentarischen Arbeit gerissen. Herr Mende gehörte dem Landtag ab Oktober 1983 an. Während dieser Zeit war er Vorsitzender des Kulturpolitischen Ausschusses und Mitglied im Haushaltsausschuß, im Innenausschuß, im Ausschuß für Fragen des öffentlichen Dienstes und im Unterausschuß zur Nachprüfung der Staatshaushaltsrechnung. Seine Arbeit im Parlament zeichnete sich durch Sachbezogenheit und Fairneß aus. Er war uns ein allseits geschätzter und geachteter Kollege. Bei der Trauerfeier am vergangenen Samstag habe ich für den Landtag einen Nachruf gesprochen. Wir werden dem verstorbenen Kollegen ein ehrendes Gedenken bewahren. - Ich danke Ihnen.

(Die Abgeordneten nehmen die Plätze wieder ein)

Der Herr Landeswahlleiter hat mir mitgeteilt, daß mit Wirkung vom 20. November 1986 Herr Bernd Schleicher aus Wehretal für den verstorbenen Abgeordneten August-Wilhelm Mende Abgeordneter des Hessischen Landtags geworden ist. Ich begrüße Herrn Schleicher und hoffe auf gute Zusammenarbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Die Tagesordnung vom 18. November 1986 und ein Nachtrag vom 25. November 1986 mit insgesamt 26 Punkten sind Ihnen zugegangen. Wird zur Tagesordnung das Wort gewünscht? - Bitte schön, Herr Kollege!

#### Vielhauer (GRÜNE):

Herr Präsident, zu den Tagesordnungspunkten 17 und 19 beantragen wir, sie gemeinsam als Punkt 17 a und b aufzurufen, weil es sich thematisch um den gleichen Komplex handelt.

(Widerspruch bei der CDU)

## Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Kanther!

## Kanther (CDU):

Im Ältestenrat ist mit gutem Grund eine getrennte Beratung der Punkte vereinbart worden. Das halten wir allein für sachgerecht. Dabei sollte es bleiben.

# Präsident Dr. Lang:

Halten Sie den Antrag aufrecht? - Dann lasse ich über diesen Antrag der GRÜNEN abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, daß mit Mehrheit beschlossen wurde, die Tagesordnungspunkte 17 und 19 gemeinsam aufzurufen.

Wie im Ältestenrat vereinbart, tagen wir heute bis 18.00 Uhr, morgen von 9.00 bis 18.00 Uhr und am Donnerstag ebenfalls von 9.00 bis 18.00 Uhr.

Herr Ministerpräsident Börner hat mir mit Schreiben vom 12. November 1986 mitgeteilt, daß er die Plenarsitzung am Donnerstag vorzeitig verlassen muß, da er in der Hessischen Landesvertretung in Bonn einen Termin wahrzunehmen hat.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 1 auf:

#### Fragestunde - Drucks. 11/6900 -

Die Fragen 1041 des Kollegen Dr. Dieter und 1044 des Kollegen Klemm sind erledigt; ich verweise auf die schriftlichen Antworten des Ministers der Justiz in der Anlage 3 zu Tagesordnungspunkt 1, Plenarprotokoll 11/92 vom 4.11.1986.

Ich rufe die Frage 1047 auf. Herr Kollege Boppel!

## Boppel (GRÜNE):

Ich frage die Landesregierung:

Inwieweit verfügt die hessische Polizei über die notwendige Sachausstattung, um im Rahmen des "Programms zur Intensivierung der polizeilichen Bekämpfung von Umweltdelikten" erfolgreich und sachgerecht vorgehen zu können?

## Präsident Dr. Lang:

Herr Innenminister!

#### Winterstein, Minister des Innern:

Herr Abgeordneter, die Sachausstattung ist insoweit noch nicht optimal. Ich will Ihnen die Entwicklung darlegen.

Bereits im Jahr 1977 wurde eine einheitliche Ausstattung vorgenommen. Es handelte sich dabei um eine Art Grundausstattung. Allerdings ist das Hessische Landeskriminalamt mit hochwertigem Spezialgerät ausgestattet worden, um als Zentralstelle der hessischen Polizei die notwendigen kriminaltechnischen Untersuchungen vornehmen zu können.

Auf Grund der ständig steigenden Anforderungen an die Polizei hinsichtlich der Bekämpfung der Umweltkriminalität und im Zusammenhang mit meiner Konzeption zur Bekämpfung der Umweltkriminalität aus dem Jahre 1984 hat das Hessische Landeskriminalamt in Zusammenarbeit mit anderen hessischen Polizeibehörden einen Ausstattungsvorschlag erarbeitet. Ein Teil dieser Ausstattung konnte aus Mitteln des Haushalts 1986 beschafft werden. Die weiteren Beschaffungsmaßnahmen sollen ab 1987 fortgeführt werden. Aber selbst im Jahr 1987 werden wir nicht zu einer vollständigen Sachausstattung kommen. Ich habe die Absicht, nach einem Stufenplan die Sachausstattung insgesamt sicherzustellen.

### Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Otto!

#### Otto (F.D.P.):

Herr Minister, wie beurteilen Sie denn die personelle Ausstattung der hessischen Umweltschutzpolizei, nachdem uns in den letzten Tagen sogar aus rot-grün regierten Landkreisen Hilferufe wegen zu geringer Personalausstattung ständig auf den Tisch flattern?

## Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

#### Winterstein, Minister des Innern:

Herr Kollege Otto, wir haben bislang sowohl beim Landeskriminalamt als auch bei der Schutzpolizei, beispielsweise in Frankfurt und in anderen Städten, die Umweltkriminalität bekämpft.

Dies hat mir nicht ausgereicht. Deshalb habe ich 1984 die eigene Konzeption zur Verstärkung der Bekämpfung der Umweltkriminalität aufgelegt. Wenn ich mir die drei Haushalte von 1985 bis einschließlich 1987 betrachte, dann stelle ich fest, daß speziell für diesen Bereich bislang 65 neue Stellen geschaffen worden sind. Ich weiß, daß dies nicht reicht. Denn wenn Sie meine Konzeption einmal von der Sache her und von der Zielsetzung her betrachten, dann ist natürlich mehr Personal erforderlich. Ich hoffe sehr, daß wir auch hier wie bei der Sachausstattung in Stufen zu einer optimalen Aufstockung kommen.

## Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Boppel!

#### Boppel (GRÜNE):

Ich komme noch einmal zum Problem der Sachausstattung zurück. Am 12. Juni dieses Jahres gab es in der "Frankfurter Rundschau" einen größeren Bericht über das neue Umweltkommissariat in Frankfurt. Aus diesem Bericht zitiere ich folgenden Satz: "Eigene Schutzanzüge fehlen, notwendige Meßgeräte sind ebensowenig vorhanden wie entsprechende Einsatzfahrzeuge. Derweil steigt der Frust bei den Beamten, die sich den Auftakt ihrer Tätigkeit ganz anders vorgestellt hatten." Frage: Gilt denn der Zustand, wie er hier vom Juni dieses Jahres dokumentiert wird, immer noch, oder sind zumindest die gröbsten Dinge inzwischen bereitgestellt worden?

## Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

# Winterstein, Minister des Innern:

Herr Kollege Boppel, in der Tat war es so, daß zwar neue Stellen dem einschlägigen Kommissariat in Frankfurt zugewiesen worden waren, die Sachausstattung, zumindest teilweise, insbesondere die Geräte, die Sie eben genannt haben, beziehungsweise Schutzkleidung, waren auch schon in der Bestellung, allerdings nicht so umfassend, wie das erforderlich gewesen wäre.

Ich muß Ihnen sagen: Da ich die entsprechenden Mittel für die Sachausstattung im Haushalt nicht insgesamt bekommen habe, war ich gehalten, aus anderen Bereichen des Haushalts 03 Mittel freizumachen, um die Anschaffungen zu tätigen. Dies ist in der Zwischenzeit geschehen.

Ich wäre Ihnen dankbar - wenn Sie so besorgt sind um die Sachausstattung der Polizei zur Bekämpfung der Umwelt-kriminalität -, wenn Sie sich bei den nächsten Haushalten dafür engagieren würden, die Mittel wirklich bereitzustellen, die erforderlich sind, um die Sachausstattung umfassend zu erbringen.

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Weber!

### Weber (CDU):

Herr Minister, da wir bei den Hilferufen sind, möchte ich Sie fragen: Ist Ihnen der Hilferuf des Landrates des Wetteraukreises bekannt, und wie beurteilen Sie diesen Hilferuf?

## Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

#### Winterstein, Minister des Innern:

Herr Kollege Weber, der Hilferuf ist mir bekannt. Aber es ist ja nicht der einzige Hilferuf. Sie wissen sehr genau, da Sie mit Polizei zu tun haben, daß allgemein der Wunsch besteht, die Polizei da und dort zu verstärken. Soweit dies personell möglich sein wird, wird dies auch geschehen. Aber es handelt sich hier beim Landrat dieses Kreises nicht um eine besondere Situation.

#### Präsident Dr. Lang:

Frage 1048, Herr Kollege Dr. Schlitzberger!

# Dr. Schlitzberger (SPD):

Herr Präsident, eine Vorbemerkung: Ich bitte, aus dem "ß" ein "s" zu machen; in der Frage ist ein kleiner Rechtschreibfehler enthalten. Es ist ein Relativsatz. Also: "daß im Dreiländereck..." - das "daß" müßte mit "s" geschrieben werden, meine ich.

## (Heiterkeit)

- Ich habe es telefonisch richtig durchgegeben.

#### Ich frage die Landesregierung:

Besitzt sie Informationen über Planungen in der Bundesregierung; das im Dreiländereck Nordrhein-Westfalen/ Hessen/Niedersachsen gelegene Kernkraftwerk Würgassen aus wahltaktischen Gründen vorübergehend stillzulegen, wie in der "Bonner Kulisse" der Wochenzeitung "Die Zeit" vom 10. Oktober 1986 angedeutet wird?

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Wirtschaftsminister!

## Dr. Steger, Minister für Wirtschaft und Technik:

Herr Abg. Dr. Schlitzberger, es liegen der Landesregierung keine Informationen über eine beabsichtigte vorübergehende Stillegung des Kernkraftwerks Würgassen vor. Nachfragen beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen ergaben keine Bestätigung der rein spekulativen Überlegung, wie sie ein Redakteur der "Zeit" in der Ausgabe vom 10. Oktober 1986 angestellt hat.

## Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Dr. Schlitzberger!

#### Dr. Schlitzberger (SPD):

Herr Minister Steger, können Sie - nach Rücksprache mit dem Reaktorsicherheitsminister - sagen, ob auch für Würgassen, eines der ältesten Kernkraftwerke in unserer Republik, eine Sicherheitsprüfung vorgesehen ist?

## Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

### Dr. Steger, Minister für Wirtschaft und Technik:

Herr Abg. Dr. Schlitzberger, wenn ich richtig informiert bin, hat mein Kollege Jochimsen aus Nordrhein-Westfalen eine ähnliche Überprüfung, wie wir sie beispielsweise für den Reaktor Biblis A vor einiger Zeit in Angriff genommen haben, ebenfalls in Angriff genommen. Es bleibt das Ergebnis dieser Untersuchung abzuwarten, um zu beurteilen, ob daraus Konsequenzen zu ziehen sind.

Im übrigen darf ich Ihnen sagen, daß die Bundesregierung höchstens in Form von Weisungen, aber nicht von sich aus den Ländern Vorschriften über das Abschalten von Reaktoren machen kann.

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Messinger!

## Messinger (GRÜNE):

Ist der Kultusminister bereit, den Abgeordneten Schlitzberger darauf hinzuweisen, daß es sich bei dem fraglichen Satz nicht um einen Relativsatz, sondern um einen erweiteten Infinitiv mit "zu" handelt,

(Heiterkeit)

daß aber das "das" sehr wohl trotzdem mit einfachem "s" geschrieben wird?

(Vereinzelt Beifall und Heiterkeit)

# Präsident Dr. Lang:

Erwarten Sie eine Antwort vom Kultusminister? - Herr Kollege Schlitzberger, bitte sehr.

## Dr. Schlitzberger (SPD):

Ich darf zunächst dem Kollegen Messinger danken - er hat recht.

Ich möchte aber noch eine Frage an Herrn Dr. Steger anfügen dürfen. Herr Minister: Ist Ihnen bekannt, ob in die von Ihnen angesprochene Sicherheitsüberprüfung durch Ihren Kollegen in NRW auch die sogenannte Trockenlagerung in Castor-X-Behältern einbezogen wird?

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

## Dr. Steger, Minister für Wirtschaft und Technik:

Herr Abgeordneter, das kann ich Ihnen im Moment nicht sagen. Aber wegen der Nähe dieses Kernkraftwerkes zu dem hessischen Territorium werde ich mich gerne erkundigen und mir dann erlauben, Ihnen die Antwort schriftlich mitzuteilen.

#### Präsident Dr. Lang:

Frage 1049, Herr Kollege Dr. Schlitzberger!

#### Dr. Schlitzberger (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie viele Bürger Hessens haben bislang im Jahre 1986 im Rahmen des "kleinen Grenzverkehrs" die DDR besucht?

## Präsident Dr. Lang:

Herr Ministerpräsident!

#### Börner, Ministerpräsident:

Herr Kollege Schlitzberger, ich kann Ihre Frage leider nicht so präzise beantworten, wie Sie sie gestellt haben. Vom Bundesgrenzschutz wird nämlich keine Statistik über die Herkunftsländer der Bundesbürger, die von der Möglichkeit des sogenannten grenznahen Verkehrs in die DDR Gebrauch machen, geführt. Statistisch erfaßt wird lediglich die Anzahl der Bundesbürger, die eine Grenzübergangsstelle auf Bundesgebiet zum Zwecke eines Besuches des grenznahen Bereichs der DDR passieren.

#### Präsident Dr. Lang:

Frage 1053, Herr Kollege Schulze!

## Schulze (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Warum produziert sie ohne soziale Ausgleichsmaßnahmen in den kommenden Wintermonaten 50 zusätzliche Forstarbeitslose im Forstamt Hatzfeld wegen des zur Zeit in Diskussion befindlichen Naturparks Rothaargebirge?

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Landwirtschaftsminister!

#### Görlach, Minister für Landwirtschaft und Forsten:

Herr Kollege, was Sie mit Ihrer Frage der Landesregierung unterstellen, trifft nicht zu. Die Landesregierung produziert keine Arbeitslosen.

## Präsident Dr. Lang:

Zusatzfrage, Herr Kollege Fischer!

## Fischer (CDU):

Herr Minister, wie viele zusätzliche Waldarbeiter sind im Forstamt Edertal von dem Einschlagstopp betroffen und müssen dadurch zumindest finanzielle Einbußen hinnehmen?

# Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

## Görlach, Minister für Landwirtschaft und Forsten:

Herr Kollege, es gibt keinen Einschlagstopp, sondern eine Einschlagsbegrenzung. Ich darf darauf hinweisen, daß auf Grund einer sehr breiten Übereinstimmung in diesem Landtag vor nicht allzu wenigen Wochen die Landesregierung eine umfassende konzeptionelle Planung des Projektes Nationalpark in Nordhessen in die Wege geleitet hat. Und es war nicht zuletzt ein Abgeordneter aus der Opposition, nämlich der Vorsitzende der F.D.P.-Fraktion, der mit angeregt hat, dafür zu sorgen, daß für den Fall, daß dort oben ein Nationalpark entsteht, nicht ein Teil, nämlich die entscheidend wichtigen alten Bäume, eingeschlagen werden.

Ich habe mich damals schon gegen einen totalen Einschlagstopp gewehrt. Dieser ist auch nicht erfolgt. Vielmehr schützen wir ältere Bäume und schlagen sie nicht über der halben Umtriebszeit ein. Damit die Waldarbeiter nicht darunter leiden, sind die Forstämter aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der Landesforstverwaltung alles zu tun, damit Härten, die sich daraus ergeben könnten, nicht zu Lasten der Waldarbeiter gehen.

# Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Wilke!

#### Wilke (F.D.P.):

Herr Minister, ist beabsichtigt, auch in den anderen Regionen wie im Werra-Meißner-Kreis oder eventuell im Spessart einen solchen Einschlagstopp zu verordnen, oder sind es Spekulationen ohne Realität gewesen, die vom Staatssekretär im Ministerium für Naturschutz und Umwelt in der letzten Ausschußsitzung in die Welt gesetzt worden sind?

## Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

## Görlach, Minister für Landwirtschaft und Forsten:

Herr Kollege, es gibt nur Anordnungen in den Forstämtern Hatzfeld, Frankenberg und einem Teil des Forstamtes Edertal, diese Einschränkungen mit den notwendigen Ausgleichsmaßnahmen vorzunehmen, darüber hinaus nicht.

## Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Fischer!

## Fischer (CDU):

Herr Minister, ich hatte Sie nach den Zahlen gefragt. Sind Sie bereit, dem Parlament mitzuteilen, wie viele Waldarbeiter in den beiden Forstämtern Hatzfeld und Edertal davon betroffen sind, und könnten Sie deutlich machen, wenn keine Einkommenseinbußen hinzunehmen sind, in welcher Weise das ausgeglichen wird?

# Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

#### Görlach, Minister für Landwirtschaft und Forsten:

Herr Kollege, wir sind sehr bemüht, daß die Waldarbeiter, die jetzt saisonbedingt einen Teil der Buchen nicht einschlagen können, verstärkt beim Einschlag von Fichten eingesetzt werden; denn das verträgt sich auch mit der Konzeption des möglichen Nationalparks in dieser Region. Wenn es daraus finanzielle Einbußen geben sollte, müssen wir einen Ausgleich vorhalten.

Sie können davon ausgehen - und Sie wissen das ganz genau -, daß witterungsbedingt immer Arbeiten eingestellt werden müssen. Das hat nichts damit zu tun, daß diese Waldarbeiter dann, wenn die Witterung es erlaubt, auch wieder eingestellt würden. Es gibt keine Gefahr, wie sie der Kollege Schulze mit seiner Frage zu produzieren versucht, daß dort etwa jemand arbeitslos wird.

## Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Troeltsch!

#### Troeltsch (CDU):

Herr Minister, darf ich Ihren Worten entnehmen, daß die Landesregierung an der Idee des Nationalparks festhält?

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

## Görlach, Minister für Landwirtschaft und Forsten:

Herr Kollege, das ist aus der Debatte in diesem Landtag und auch dadurch deutlich geworden, daß die Landesregierung die beteiligten Ressorts beauftragt hat, nun die Konzeption zu entwickeln, wie der Nationalpark aussehen soll und an welchem Standort er eingerichtet werden soll. Dann wird zu entscheiden sein, ob es die finanziellen und räumlichen Voraussetzungen in Übereinstimmung mit der Bevölkerung möglich machen, diesen Nationalpark einzuführen.

Ich gehöre zu denen, die für die Konzeption eines Nationalparks in Nordhessen stehen.

# Präsident Dr. Lang:

Frage 1058, Herr Kollege Fischer!

## Fischer (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wo will sie in Hessen wilde Tiere, zum Beispiel Bären, Urpferde und Wölfe, ins Freie, wie, angekündigt, aussetzen?

## Präsident Dr. Lang:

Herr Landwirtschaftsminister!

#### Görlach, Minister für Landwirtschaft und Forsten:

Herr Kollege Fischer, dies, was Sie hier nachfragen, hat die Landesregierung nicht angekündigt.

## Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Fischer!

## Fischer (CDU):

Herr Minister, Sie haben es für wünschenswert gehalten, bestimmte Tiere wieder in freier Wildbahn laufen zu lassen. Würden Sie konkretisieren, an was Sie dabei denken, und ausschließen, an was Sie dabei nicht denken?

## Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

#### Görlach, Minister für Landwirtschaft und Forsten:

Herr Kollege Fischer, man kann mit Sachverständigen und Fachleuten gern darüber reden, welche seltenen Tierarten wir in den Regionen wieder neu aussetzen können.

# (Heiterkeit und vereinzelt Beifall)

Aber ich bitte Sie doch, korrekt zu sein! Ich habe nirgendwo im Namen der Landesregierung erklärt, daß wir Bären, Urpferde und Wölfe wieder ins Freie aussetzen wollen.

## Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Prof. Dr. Hamer!

# Prof. Dr. Hamer (CDU):

Herr Minister, denken Sie daran, wenn Sie dort ausgestorbene Tiere freilassen wollen, eventuell auch Dinosaurier dort wieder anzusiedeln?

## Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

## Görlach, Minister für Landwirtschaft und Forsten:

Nein. Es gibt menschliche Spezies, die sich ähnlich benehmen; da haben wir keinen Bedarf, die alten wieder zu holen.

#### Präsident Dr. Lang:

Frau Kollegin Wagner!

#### Wagner (Darmstadt) (F.D.P.):

Herr Minister, denken Sie dabei auch daran, daß Sie mindestens eine Quote von 50 Prozent Wölfinnen, Bärinnen und Urpferdinnen einsetzen?

# Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

#### Görlach, Minister für Landwirtschaft und Forsten:

Ich habe deutlich gemacht, daß die Landesregierung nicht daran denkt, Bären, Urpferde und Wölfe, wie angekündigt, ins Freie auszusetzen. Ich weiß nicht, auf welche Äußerung der Landesregierung sich der Kollege Fischer bezieht.

(Kanther (CDU): Sie sollten ein paar Kamele aussetzen, davon gibt es genug!)

#### Präsident Dr. Lang:

Frage 1059, Herr Kollege Fischer!

#### Fischer (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Nach welchem Konzept soll ein eigenständiges Amt für Naturschutz geschaffen und diese Verwaltung aus den Bezirksdirektionen Forsten und Naturschutz ausgegliedert werden?

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Umweltminister!

#### Fischer, Minister für Umwelt und Energie:

Herr Abgeordneter, die Landesregierung beabsichtigt nicht, ein eigenständiges Amt für Naturschutz zu schaffen und den Naturschutz aus den Bezirksdirektionen Forsten und Naturschutz auszugliedern.

# Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Wilke!

## Wilke (F.D.P.):

Herr Staatsminister, waren die Äußerungen Ihres Abteilungsleiters nur Gedanken, die einmal an die Öffentlichkeit gebracht wurden, oder war es ursprünglich die Idee Ihres Hauses, eine eigene Naturschutzverwaltung zu schaffen?

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

## Fischer, Minister für Umwelt und Energie:

Herr Abgeordneter, Sie müßten diese Äußerung, auf die Sie sich beziehen, schon konkretisieren.

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Fischer!

#### Fischer (CDU):

Herr Minister, da ich ebenfalls, wie der Kollege Wilke, Zuhörer bei den Ausführungen Ihres Abteilungsleiters war, frage ich Sie: Sind Sie bereit, mitzuteilen, warum ein solches eigenständiges Amt nicht eingeführt werden soll, obwohl es eindeutig angekündigt wurde, und auf welche Regierungsbezirke es sich beziehen soll, nur auf die beiden jetzigen, Kassel und Darmstadt, oder eventuell auch auf Gießen?

## Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

## Fischer, Minister für Umwelt und Energie:

Herr Abgeordneter, ich kann meine Antwort nur wiederholen: Wir beabsichtigen nicht, ein solches Amt einzuführen. Ich kenne auch Äußerungen seitens des Abteilungsleiters nicht, die in die Richtung gehen, daß ein solches Amt eingeführt werden soll. Ich darf definitiv wiederholen, daß die Landesregierung nicht beabsichtigt, ein solches Amt einzuführen. Mehr kann ich dieser Frage nicht hinzufügen.

## Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Wilke!

#### Wilke (F.D.P.):

Herr Staatsminister, halten Sie die Organisationsform im Naturschutz, wie wir sie jetzt haben, für optimal, um den Naturschutzgedanken in Hessen voranzubringen?

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

## Fischer, Minister für Umwelt und Energie:

Herr Abgeordneter, es ist jetzt ein knappes Jahr her, daß die Neuressortierung stattgefunden hat. Ich halte dies für eine zu geringe Zeit, um jetzt schon eine gesicherte Erfahrungsbasis zu haben, um diese Frage, nach vorne gewandt, beurteilen zu können. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sehe ich keine Veranlassung zu Veränderungen.

#### Präsident Dr. Lang:

Bitte schön, Herr Kollege Fischer!

#### Fischer (CDU):

Herr Minister, sind Sie der Meinung, daß die Bezirksdirektionen Forsten und Naturschutz in der jetzigen Form beibehalten werden sollen, oder sind Sie der Meinung wie einige SPD-Abgeordnete, daß diese Behörde wieder in die Regierungspräsidien eingegliedert werden soll?

## Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

#### Fischer, Minister für Umwelt und Energie:

Herr Abgeordneter, ich habe auf Ihre Frage gerade geantwortet, daß ich zum gegenwärtigen Zeitpunkt vor dem Hintergrund unserer Erfahrungen eines knappen Jahres keine Veranlassung sehe, an der Organisationsform irgend etwas in Frage zu stellen oder zu ändern.

#### Präsident Dr. Lang:

Frage 1060, Herr Kollege Otto!

#### Otto (F.D.P.):

Ich frage die Landesregierung:

Befürwortet sie eine Legalisierung von kleinen Garten- und Gerätehütten, die im Außenbereich zwar ohne formale baurechtliche Genehmigung, wohl aber mit jahrzehntelanger Duldung durch die Aufsichtsbehörden errichtet wurden?

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Innenminister!

#### Winterstein, Minister des Innern:

Herr Abgeordneter, die SPD-Landtagsfraktion hat einen Gesetzentwurf zu dieser Angelegenheit eingebracht, der in dieser Plenarsitzung behandelt werden soll. Ich denke, daß dies Gelegenheit gibt, im einzelnen über Ihre Frage zu sprechen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie damit einverstanden wären, Ihre Frage in diese Debatte einzubeziehen. Ich sage Ihnen ganz offen: In der verkürzten Form der Fragestunde ist es unmöglich, Ihre Frage pauschal mit Ja oder Nein zu beantworten.

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Otto/

#### Otto (F.D.P.):

Herr Minister, ich bin mit Ihrem Vorschlag gern einverstanden, unter einer Voraussetzung: daß wir in der Debatte zu dem Gesetzentwurf der SPD-Fraktion auch eine offizielle Stellungnahme der Landesregierung bekommen. Sind Sie damit einverstanden?

#### Winterstein, Minister des Innern:

Damit bin ich einverstanden. Ich habe dies sogar vorgehabt, Herr Kollege Otto.

#### Präsident Dr. Lang:

Frage 1061, Herr Kollege Weghorn!

#### Weghorn (F.D.P.):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung aus der Rundreise von Frau Staatssekretärin Haibach durchs Frankfurter Milieu gewonnen?

(Boppel (GRÜNE): Die Frage steht bei mir ganz anders!)

## Präsident Dr. Lang:

Frau Ministerin als Bevollmächtigte der Landesregierung für Frauenangelegenheiten!

(Boppel (GRÜNE): Aufklärung für Herrn Weghorn!)

# Dr. Rüdiger, Bevollmächtigte der Hessischen Landesregierung für Frauenangelegenheiten:

Die Erkenntnis, daß die von der neuen Sperrgebietsverordnung betroffenen Frauen eine wesentliche Verschlechterung ihrer ohnehin wenig erfreulichen Situation befürchten. Im übrigen, Herr Abgeordneter, hat die Staatssekretärin nicht "Frankfurts Milieu" interessiert. Folglich hat sie auch keine Rundreise durch "Frankfurts Milieu" unternommen. Wohl aber hat sie sich zu einem Gespräch mit Sprecherinnen dieser sozial ohnehin benachteiligten Frauen bereit erklärt und sich einige der vorgesehenen neuen Toleranzzonen zeigen lassen.

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Messinger!

## Messinger (GRÜNE):

Ist die Landesregierung bereit, möglicherweise weitergehende Erkenntnisse des Abg. Weghorn in diesem Problembereich in ihre Beratungen mit einzubeziehen?

(Heiterkeit)

## Präsident Dr. Lang:

Frau Ministerin!

# Dr. Rüdiger, Bevollmächtigte der Hessischen Landesregicrung für Frauenangelegenheiten:

Dann würde ich größten Wert darauf legen, daß die Zuständigkeit überprüft wird und sie nicht automatisch bei der Bevollmächtigten der Hessischen Landesregierung für Frauenangelegenheiten gesehen wird.

# Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Weghorn!

# Weghorn (F.D.P.):

Herr Landtagspräsident, ich verzichte auf weitere Fragen. Man kann die Geschmacklosigkeit auch übertreiben.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Welteke (SPD): Ja, da haben Sie recht!)

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Vielhauer!

(Boppel (GRÜNE): Weiter so!)

## Vielhauer (GRÜNE):

Frau Ministerin, liegen Ihnen Berichte vor über Erkenntnisse, die Herr Abg. Otto bei seiner in der Presse dargestellten Rundreise durchs Milieu gemacht hat?

#### Präsident Dr. Lang:

Frau Ministerin!

# Dr. Rüdiger, Bevollmächtigte der Hessischen Landesregierung für Frauenangelegenheiten:

Ich bin über die Presseberichte hinaus nicht weiter informiert. Aber dies ist nicht vergleichbar. Ich lege Wert darauf, zu verdeutlichen, daß meine Staatssekretärin sich um die Sorgen dieser Frauen bemüht hat und sich die vorgesehenen neuen Toleranzzonen hat zeigen lassen.

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Engel!

(Engel (GRÜNE): Ich ziehe zurück!)

Frau Kollegin Wagner!

## Wagner (Darmstadt (F.D.P.):

Frau Ministerin, ich frage Sie, wie Sie die Presseberichterstattung und Kommentierung im "Pflasterstrand" über diese Reise beurteilen und welche tatsächlichen Maßnahmen denn nun getroffen werden, um die Situation der Betroffenen zu ändern.

#### Präsident Dr. Lang:

Frau Ministerin!

# Dr. Rüdiger, Bevollmächtigte der Hessischen Landesregierung für Frauenangelegenheiten:

Ich habe sicherlich den Artikel im "Pflasterstrand" gelesen, habe ihn aber nicht vorliegen. Daher ist mir im Augenblick ein Bezug darauf in meiner Antwort nicht möglich.

Getan worden ist folgendes: Die Staatssekretärin hat nach dieser Schilderung von Sorgen und nach dem Anschauen dieser vorgesehenen Toleranzzonen den Regierungspräsidenten gebeten, noch einmal verstärkt die im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehende Frage zu prüfen, ob hier möglicherweise doch ein Verstoß gegen das "Kasernierungsverbot" vorliegen könne. Die Antwort liegt uns noch nicht vor. Aber der Brief an den Regierungspräsidenten ist unmittelbar nach dieser Besichtigung und nach dem Gespräch abgegangen.

## Präsident Dr. Lang:

Frage 1062, Herr Kollege Otto!

#### Otto (F.D.P.):

Ich frage die Landesregierung:

An wie vielen Werktagen dieses Jahres gab es auf der Bundesautobahn A 66 zwischen Wiesbaden und Frankfurt keinen Verkehrsstau von mindestens 1 Kilometer Länge?

## Präsident Dr. Lang:

Herr Wirtschaftsminister!

# Dr. Steger, Minister für Wirtschaft und Technik:

Herr Abg. Otto, auf der A 66 zwischen Wiesbaden und Frankfurt kommt es insbesondere zu den Hauptverkehrszeiten wegen des hohen Verkehrsaufkommens fast regelmäßig zu Verkehrsbehinderungen, die dann auch Verkehrsstauungen zur Folge haben können. Dies ist insbesondere im Raum Wiesbaden und am Ende der Autobahn bei Frankfurt am Main der Fall.

Aufzeichnungen über Zeitpunkte, Dauer und Länge der Verkehrsbehinderungen werden nicht geführt, so daß genaue Angaben nicht gemacht werden können. Im Regelfall kommt es jedoch zu größeren Behinderungen hauptsächlich an Werktagen. Ursache hierfür sind ausschließlich die verkehrlichen Gegebenheiten, insbesondere die hohe Belastung, und nicht etwa die bestehenden Geschwindigkeitsbegrenzungen, die durch eine Vergleichmäßigung des Verkehrs eher dazu beitragen, daß Staus abgebaut werden.

# Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Otto!

#### Otto (F.D.P.):

Herr Minister, dann muß ich Sie aber doch fragen, nachdem Sie jetzt mehrfach diese Vergleichmäßigung schönes Wort - des Verkehrsflusses als ein positives Ergebnis Ihres Tempolimit-Versuchs zu verkaufen wünschen, ob Ihnen eine Vergleichmäßigung des Verkehrsflusses zwischen Tempo 0 und Tempo 10 gelegen käme?

## Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

## Dr. Steger, Minister für Wirtschaft und Technik:

Nein, Herr Abgeordneter, das käme mir sicherlich nicht gelegen. Wir werden ja, wenn Herr Prof. Durth von der TH Darmstadt das umfangreiche Zahlenwerk vorlegt, Gelegenheit haben, über die Zahlen im einzelnen zu diskutieren. Dann werden Sie sicher sehen, daß meine These ihre Berechtigung hat.

## Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Kappel!

## Kappel (F.D.P.):

Herr Minister, schließe ich falsch, wenn ich inzwischen vermute, daß das originäre Ziel der Geschwindigkeitsbegrenzung die Vermeidung der Verkehrsstaus war?

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

#### Dr. Steger, Minister für Wirtschaft und Technik:

Nein, Herr Abgeordneter, das ist eine unzulässige Schlußfolgerung. Richtig ist es umgekehrt, daß nämlich gerade
Verkehrsstaus - das heißt also, das damit oft verbundene
heftige Bremsen - Ursache von Unfällen sind. Hauptziel
ist die Bekämpfung der hohen Unfallzahlen, nicht die
Bekämpfung von Verkehrsstaus. Es gibt aber eine positive
Korrelation zwischen Staus und Unfällen, wie Sie sicherlich aus eigener Erfahrung wissen.

# Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Otto!

#### Otto (F.D.P.):

Herr Minister, ich muß Sie jetzt ganz konkret fragen. Sie haben in der Fragestunde des letzten Plenums die Vergleichmäßigung des Verkehrs bereits als ein feststehendes Ergebnis Ihres Tempolimit-Versuchs dargestellt. Wenn Sie mir hier keinerlei Zahlen präsentieren können, möchte ich Sie fragen: Wie kommen Sie eigentlich zu diesem Ergebnis, daß ausgerechnet durch den Tempolimit-Versuch eine Vergleichmäßigung des Verkehrsflusses erreicht worden sei?

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

# Dr. Steger, Minister für Wirtschaft und Technik:

Herr Abg. Otto, bei der Präsentation der Zwischenergebnisse habe ich auf die sehr gewichtigen Indizien, die diese These stützen, hingewiesen. Ich habe Ihnen in der letzten Fragestunde gesagt, in welcher Phase der Bearbeitung, nämlich der Abschlußphase, sich das Gutachten befindet. Ich habe eben noch einmal darauf hingewiesen, daß wir, wenn wir die Zahlen komplett vorliegen haben, gern bereit sind, an Hand dieses Zahlenmaterials unsere These zu erhärten.

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Troeltsch!

## Troeltsch (CDU):

Herr Minister, setzt sich die Landesregierung auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse auf dieser Straße für die Fortführung des sechsspurigen Ausbaues ein?

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

#### Dr. Steger, Minister für Wirtschaft und Technik:

Herr Abg. Troeltsch, auf einzelnen Abschnitten: ja, generell: nein, weil die Interdependenz zur S-Bahn zu groß wäre und wir es im Sinne unserer Verkehrspolitik nicht verantworten können, weiteren Verkehr von dem öffentlichen Personennahverkehr, in diesem Fall der S-Bahn Frankfurt - Wiesbaden, abzuziehen. Deswegen wird es einen Ausbau der Gesamtstrecke - sechsspurignicht geben. Das ist übrigens auch im Bundesfernstraßenausbauplan nicht vorgesehen.

Wohl aber gibt es dort Überlegungen, bestimmte zusätzliche Maßnahmen zu treffen, wenn innerörtlicher Verkehr auf die A 66 verlagert werden kann, um diese Autobahn auch sozusagen als Ortsumgehung zu nutzen.

#### Präsident Dr. Lang:

Frage 1063, Frau Kollegin Dr. Streletz!

# Dr. Streletz (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Hält sie es für möglich, Transparenz über die Ziele und den Umfang von industriellen Geldmitteln in Hochschulen, zum Beispiel in Darmstadt, aber nicht nur dort, zu gewährleisten?

#### Präsident Dr. Làng:

Frau Ministerin!

## Dr. Rüdiger, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Ja, Frau Kollegin. Die Bedingungen für die Durchführung von Forschungsvorhaben mit Mitteln Dritter ergeben sich aus § 33 des Hessischen Hochschulgesetzes. Die Transparenz über die Ziele und den Umfang zusätzlicher Finanzmittel für Forschung aus öffentlichen Haushalten oder aus der an der Umsetzung von Forschungsergebnissen interessierten Wirtschaft ist an den hessischen Hochschulen gewährleistet. Soweit Mitglieder und Angehörige einer Hochschule im Rahmen ihrer dienstlichen Aufgaben Drittmittelprojekte durchführen, sind sie zur Anzeige entsprechender Vorhaben über den Fachbereich an die Hochschulleitung verpflichtet. In dem Ausführungserlaß dazu vom 31. Januar 1972, erneut in Kraft gesetzt mit Erlaß vom 29.12.82, ist festgelegt, daß in den Fällen, in denen zur Durchführung eines Forschungsvorhabens Landesbedienstete oder Einrichtungen einer Universität in Anspruch genommen werden, die Abwicklung über die Universitätsverwaltung zu erfolgen hat. Damit besteht Hochschulöffentlichkeit und die Möglichkeit für die Gremien, sich mit der Angelegenheit unbeschadet der

Verantwortlichkeit des einzelnen Wissenschaftlers und seiner Freiheit von Forschung und Lehre zu befassen. Bezüglich des Projekts an der Technischen Hochschule Darmstadt wird zudem auch der Präsident der Technischen Hochschule auf die Einhaltung der einschlägigen rechtlichen Vorgaben achten.

#### Präsident Dr. Lang:

Frage 1064, Herr Kollege Weghorn!

## Weghorn (F.D.P.):

Ich frage die Landesregierung:

Kann sie noch ein anderes Land in der Welt nennen, das - wie das Land Hessen - zur Genehmigung einer Sportveranstaltung einen Antrag`in 56-facher Ausfertigung verlangt? Im übrigen sind es 64 Ausfertigungen, wie ich inzwischen bei weiteren Recherchen herausgefunden habe.

## Präsident Dr. Lang:

Herr Wirtschaftsminister!

#### Dr. Steger, Minister für Wirtschaft und Technik:

Herr Abg. Weghorn, ich kann Ihnen zumindest die anderen zehn Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland als vergleichbare Fälle benennen. Denn die Durchführung motorsportlicher Veranstaltungen richtet sich in Hessen wie in allen anderen Bundesländern nach den von der Bundesregierung erlassenen Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu § 29 Abs. 1 und 2 der Straßenverkehrs-Ordnung. Danach darf die Erlaubnis nur erteilt werden, wenn zuvor eine Anhörung aller Betroffenen erfolgt ist. Diese Regelung gilt übrigens schon seit etlichen Jahren, sie ist also nicht neu.

Dabei sind neben der Polizei auch stets die Straßenverkehrsbehörden, die Straßenbaubehörden, die Baulastträger, die Forstbehörden und die Naturschutzbehörden zu hören. In Abhängigkeit von der Größe der Veranstaltung - das ist der entscheidende Parameter dafür - kann dies durchaus die von Ihnen genannte Zahl von Dienststellen sein.

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Weghorn!

## Weghorn (F.D.P.):

Herr Staatsminister, das wußte ich alles. Ich hätte trotzdem gern meine Frage von Ihnen beantwortet, ob Sie mir ein anderes Land nennen können, wo Sie zur Genehmigung einer Sportveranstaltung einen Antrag in 64-facher Ausfertigung einreichen müssen. Ja oder nein?

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

#### Dr. Steger, Minister für Wirtschaft und Technik:

Herr Abg. Weghorn, ich bin natürlich etwas überrascht, daß Sie eine Frage über einen Sachgegenstand stellen, den Sie schon umfassend kennen. Ich habe darauf hingewiesen, daß die Verwaltungspraxis sich in Hessen nicht von der anderer Bundesländer unterscheidet.

(Zuruf des Abg. Weghorn (F.D.P.))

- Herr Abg. Weghorn, es gibt zwei Möglichkeiten im Verfahren. Entweder reicht der Antragsteller den Antrag in einer einfachen Ausfertigung ein und die Verwaltungsbehörde vervielfältigt die Unterlagen dann für die Durchführung des Anhörungsverfahrens und stellt dem Antragsteller entsprechend der Verwaltungskostenordnung die dafür anfallenden Kosten in Rechnung, oder der Antragsteller - dies wird von den Antragstellern oft zur Beschleunigung oder auch wegen der schriftlich schlechten Qualität des Antrages gemacht - reicht bei der Genehmigungsbehörde bereits die für das Anhörungsverfahren benötigte Anzahl der Antragsunterlagen ein, damit dieses Verfahren, wie gesagt, beschleunigt werden kann.

Ich darf noch einmal darauf hinweisen, daß es hier keinen Unterschied in der Verwaltungspraxis der Bundesländer gibt und geben kann.

#### Präsident Dr. Lang:

Frau Kollegin Dr. Streletz!

## Dr. Streletz (SPD):

Herr Minister, gehe ich recht in der Annahme, daß es sich bei den von Ihnen beantworteten Dingen um Motorsportveranstaltungen handelt und nicht um jede Sportveranstaltung, wie man aus der Frage unter Umständen entnehmen könnte?

## Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

## Dr. Steger, Minister für Wirtschaft und Technik:

Frau Abgeordnete, ich hatte in meiner Antwort in wohl berechtigter Vermutung der Interessen des Herrn Abg. Weghorn darauf hingewiesen, daß es sich hierbei um die Durchführung motorsportlicher Veranstaltungen handelt.

(Welteke (SPD): Was ist denn da Sport?)

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Weghorn!

## Weghorn (F.D.P.):

Herr Staatsminister, sind Sie bereit, mir zuzugestehen, daß es mir nicht um die Fotokopierkosten geht? Sind Sie bereit, sich zu überlegen, daß hinter einer 64-fachen Prüfung für Vereinsmitglieder, die so etwas ehrenamtlich machen, auch gegebenenfalls 64 Einzelgespräche notwendig sind, sprich: daß die Verbürokratisierung, die Sie hier veranstalten und die es in keinem anderen Bundesland als in Hessen gibt, geeignet ist, den Leuten das ehrenamtliche Engagement zu versauern?

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

#### Dr. Steger, Minister für Wirtschaft und Technik:

Herr Abg. Weghorn, ich kann Ihre Feststellung nur entschieden bestreiten. Die hessischen Behörden handeln nicht bürokratischer als die Behörden anderer Bundesländer, ganz im Gegenteil! Wir sind traditionell immer ein sehr liberales Land gewesen

(Zuruf von der F.D.P.: Gewesen!)

- nein, wir sind es auch noch - und versuchen, Antragstellern, gleich, in welchen Bereichen, unbürokratisch zu helfen. Die hessischen Behörden verstehen sich dort sehr oft als Dienstleistungsbetriebe, wenn sie nicht hoheitlich tätig sind.

Nur, bei solchen Veranstaltungen, für die Sie über 50 Ausfertigungen des Antrages brauchen, handelt es sich um wirklich extreme Ausnahmefälle, also um sehr große Motorsportveranstaltungen. Dies ist keinesfalls die Regel. Wenn Sie eine vergleichbare Veranstaltung in einem anderen Bundesland hätten, würden Sie auch die gleiche Anzahl von Anträgen stellen müssen, weil der Verwaltungsaufbau zwischen den Bundesländern nun so unterschiedlich nicht ist.

# Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Otto!

## Otto (F.D.P.):

Herr Minister, gehe ich recht in der Annahme, daß Sie den Vorwurf, daß die Landesregierung pure Schikane gegenüber allen Motorsportveranstaltungen in Hessen ausübt, weit von sich weisen wollen?

## Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

#### Dr. Steger, Minister für Wirtschaft und Technik:

Herr Abgeordneter, Sie gehen völlig recht in dieser Annahme. Wir praktizieren keine Schikane. Was wir verlangen - ich muß Ihnen sagen, daß auch die Motorsportverbände zum größeren Teil dafür sehr aufgeschlossen sind -, ist, daß eine Interessenabwägung zum Beispiel zwischen den Interessen des Naturschutzes auf der einen Seite und den Interessen der Motorsportler auf der anderen Seite stattfindet. Sie wissen, daß wir dazu gerade mit den Motorsportvereinigungen in einem intensiven Dialog sind, wie dies durch möglichst unbürokratische Verfahren auch gewährleistet werden soll.

#### Präsident Dr. Lang:

Frage 1065, Frau Kollegin Wagner!

#### Wagner (Darmstadt) (F.D.P.):

Ich frage die Landesregierung - und zwar in der Fassung, wie ich sie der Landtagsverwaltung am 7.11. eingereicht habe -:

Wann wird sie die Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes vornehmen, zu der sie durch das Inkrafttreten des geänderten Hochschulrahmengesetzes vom 23. November 1985 mit einer Anpassungsfrist von zwei Jahren verpflichtet ist?

#### Präsident Dr. Lang:

Frau Ministerin!

## Dr. Rüdiger, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Mir liegt die geänderte Fassung der Frage nicht vor. Zur Frage, wann das hessische Hochschulrecht an das geänderte Hochschulrahmengesetz angepaßt werden wird, verweise ich auf die Ausführungen des Herrn Hessischen Ministerpräsidenten anläßlich der hochschulpolitischen Debatte in diesem Hause am 21.8. dieses

Jahres und meine ausführliche Stellungnahme, die ich in dieser Sitzung zu Protokoll gegeben habe.

#### Präsident Dr. Lang:

Zusatzfrage, Frau Kollegin Wagner!

## Wagner (Darmstadt) (F.D.P.):

Frau Ministerin, meine Frage war nach einem Datum, zu dem Sie nach Bundesrahmenrecht innerhalb von zwei Jahren - gerechnet vom 23. November 1985 - verpflichtet sind. Diese Antwort sind Sie und der Ministerpräsident in beiden Reden schuldig geblieben. Ich frage Sie also heute, wann Sie denn die Vorbereitungen treffen oder ob das etwa mit Wahlterminen zusammenhängt, daß Sie keine Antwort zu geben bereit sind.

#### Präsident Dr. Lang:

Frau Ministerin!

# Dr. Rüdiger, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Ich wiederhole, was ich im August zusammengefaßt festgestellt habe, und führe noch weiteres aus. Zunächst das Zitat:

Wir haben keinen Anlaß, uns unter Zeitdruck setzen zu lassen, sondern wir werden das Anpassungsverfahren in Ruhe, mit Behutsamkeit und Besonnenheit durchführen und dabei die gegebenen Zeitvorgaben voll ausnutzen.

Ich füge jetzt hinzu, daß die Anpassungsfrist von zwei Jahren im Herbst 1987 ausläuft. Die Landesregierung wird ihren verfasssungsrechtlichen Pflichten nachkommen. Allerdings erinnere ich daran, daß die Landesregierung bereits bei den Beratungen der Hochschulrahmengesetznovelle im Bundesrat in Übereinstimmung mit den anderen Ländern betont hat, daß sie die gegebene zweijährige Anpassungsfrist für viel zu kurz hält. Das 76er Gesetz hatte eine dreijährige Anpassungsfrist vorgesehen.

In diesem Zusammenhang muß ich zusätzlich mit aller Deutlichkeit darauf verweisen, daß es der Bundesregierung selbst immer noch nicht gelungen ist, die Umsetzung der neuen Personalstruktur nach dem HRG durch eine Neuregelung der Besoldung im Hochschulbereich gesetzgeberisch abzusichern, obwohl der Bundesrat im Hinblick auf die extrem kurze Anpassungsfrist einmütig, und zwar am 7.2.1985, die Bundesregierung aufgefordert hatte,

dafür zu sorgen, daß zu den Beratungen über das Dritte Gesetz zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes im zweiten Durchgang im Bundesrat auch ein Gesetzentwurf zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes vorliegt, der zusammen mit dem Änderungsgesetz zum Hochschulrahmengesetz beraten werden kann.

Ich stelle fest: Der Bundesrat hat seinen zweiten Durchgang am 18.10.1985 zur HRG-Novellierung hinter sich.

Ich stelle fest: Es ist inzwischen fast ein weiteres Jahr vergangen, und noch immer ist die Gesetzgebung nicht abgeschlossen, die nach Auffassung aller Länder synchron mit der HRG-Novellierung vorliegen sollte.

Es versteht sich von selbst, daß wir diesen Bereich mit in unseren Novellierungsvorschlag einbezogen wissen wollen und vorher erst Klarheit haben wollen.

#### Präsident Dr. Lang:

Frau Kollegin Wagner!

## Wagner (Darmstadt) (F.D.P.):

Ich frage Sie, Frau Ministerin, warum denn ausgerechnet die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen bereits im März 1986 ihr Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen im Lande Nordrhein-Westfalen hat vorlegen können und wieso Sie nicht bereit sind, eine Aussage darüber zu machen, wann denn die erste Lesung vor der Sommerpause nächsten Jahres in diesem Hause stattfindet.

# Präsident Dr. Lang:

Frau Ministerin!

## Dr. Rüdiger, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Ihre Irritation, was Nordrhein-Westfalen angeht, war bei mir genauso lange gegeben, bis mir verdeutlicht wurde, daß das ein Diskussionsentwurf sei, der selbstverständlich nicht die Qualität habe wie ein vorgelegter Novellierungsentwurf.

(Zuruf der Abg. Wagner (Darmstadt) (F.D.P.))

- So war die Erklärung. Ich habe nicht für andere Landesregierungen zu sprechen. Aber es ist aus hessischer Sicht tatsächlich eine Notwendigkeit, daß man weiß, auf welchem Fundament sich die Novellierung zu bewegen hat, eine Novellierung, die bekanntermaßen von uns nur aus bundesgesetzlicher Notwendigkeit akzeptiert wird, nicht aber weil wir sie für notwendig halten.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN - Schoppe (CDU): Wo ist Ihr Diskussionsentwurf?)

## Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Dr. Gerhardt!

#### Dr. Gerhardt (F.D.P.):

Frau Ministerin, unabhängig davon, ob Ihnen das verabschiedete Gesetz paßt oder nicht, frage ich Sie jetzt sehr deutlich: Zu welchem Zeitpunkt des nächsten Jahres wenn wir auf einen geordneten und ruhigen Gang der Gesetzgebungsberatung Wert legen - sind Sie bereit, einen Gesetzentwurf diesem Hause vorzulegen?

### Präsident Dr. Lang:

Frau Ministerin!

#### Dr. Rüdiger, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Das sage ich Ihnen auch sehr deutlich, Herr Kollege Gerhardt. Einmal hängt es davon ab, wann die besoldungsrechtliche Regelung auf dem Tisch liegt. Im Dezember will man verabschieden. Ich wiederhole: ein Dreivierteljahr nach der Aufforderung des Bundesrates.

Zweitens. Wir werden die Novellierung nicht im Schnellschuß durchführen, sondern nach sorgfältiger Prüfung im Ministerium, nach genauer Prüfung dessen, was unbedingt angepaßt werden muß – nur das werden wir anpassen -, werden wir in einen Dialog mit den Hochschulen eintreten.

Da ein Dialog nicht in der vorlesungsfreien Zeit stattfinden kann, versteht es sich von selbst, daß wir vor der Sommerpause nicht zu einer ersten Lesung kommen werden. Aber dies nachzuvollziehen, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit nach allen Äußerungen, die die Landesregierung getroffen hat.

## Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Wilke!

## Wilke (F.D.P.):

Frau Staatsministerin, ist es tatsächlich so, daß die Prüfung dessen, was novelliert werden muß, von den Juristen Ihres Hauses noch nicht vorgenommen worden ist? Oder liegt Ihnen diese Prüfung schon auf dem Tisch?

## Präsident Dr. Lang:

Frau Ministerin!

# Dr. Rüdiger, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Der Prüfungsauftrag ist selbstverständlich sofort erteilt worden. Die Prüfung ist noch im Gange.

#### Präsident Dr. Lang:

Meine Damen, meine Herren!

Ich unterbreche die Fragestunde. Ich habe mir das Protokoll über die Zusatzfrage des Kollegen Messinger zur Frage 1061 des Kollegen Weghorn vorlegen lassen. Gemäß § 70 Absatz 2 erteile ich dem Kollegen Messinger wegen dieser Frage einen Ordnungsruf.

Ich rufe die

Frage 1066 auf. Herr Kollege Dr. Simon!

#### Dr. Simon (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Warum wird nach den, Modernisierungsrichtlinien-Land der Einbau neuer elektrischer Wärmeerzeuger nicht gefördert?

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Innenminister!

#### Winterstein, Minister des Innern:

Herr Abgeordneter, die Landesregierung vertritt in ihrer Energiepolitik die Grundsätze einer sparsamen, rationellen, sozial- und umweltverträglichen Energienutzung. Danach soll sich die Stromanwendung auf solche Bereiche beschränken, in denen Strom unter energetischen, wirtschaftlichen und umweltpolitischen Gesichtspunkten vorteilhaft ist.

Die Verwendung von Strom zur Erzeugung von Heizwärme in Widerstandsheizungen ist nicht vorteilhaft. Der auf das Verhältnis von Nutz- und Primärenergie bezogene Nutzungsgrad beträgt für die Elektrowiderstandsheizung nur etwa ein Drittel des Nutzungsgrades konventioneller Öl- oder Gasheizungen. Selbst bei modernster Technik in Kraftwerken läßt sich dieser physikalische Sachverhalt nicht verbessern. Dies ist der Grund, weshalb die Landesregierung von der Förderung einer solchen elektrischen Wärmeerzeugung mit öffentlichen Mitteln absieht.

## Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Otto!

## Otto (F.D.P.):

Herr Minister, sind Ihnen noch weitere schwerwiegendere Bedenken gegen die Modernisierungsrichtlinien als die des Kollegen Simon bekanntgeworden? Nehmen Sie diese Bedenken auf die leichte Schulter?

## Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

# Winterstein, Minister des Innern:

Herr Kollege Otto, dies war eine konkrete Frage. Ich weiß jetzt nicht, welchen anderen Punkt Sie meinen. Da müßten Sie etwas konkreter werden. Danach könnte ich beurteilen, was ich davon halte. Wenn Sie aber so allgemein fragen, kann ich das nicht. Wir haben die Richtlinien erarbeitet, und ich bin davon überzeugt, daß sie richtig sind. Ich habe auf eine hier gestellte Frage die entsprechende Antwort gegeben und begründet, weshalb ich diese Regelung für zweckmäßig halte. Nun müßten Sie andere konkrete Fragen stellen.

## Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Dr. Jung!

## Dr. Jung (CDU):

Herr Minister, sind Informationen zutreffend, daß die überarbeiteten Richtlinien ebensowenig von der Praxis angenommen werden wie die vorherigen Richtlinien? Können Sie einmal diesem Hause mitteilen, wieviel Mittel in diesem Jahr bereits abgerufen worden sind und wieviel Mittel vom Haushaltsansatz her im Grunde genommen heute noch vorhanden sind, weil die Richtlinien nicht praktikabel sind?

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

# Winterstein, Minister des Innern:

Herr Kollege Dr. Jung, ich habe mich ohnehin schon oft gewundert, woher Sie Ihre Informationen beziehen. Ich will Ihnen dazu ganz offen sagen, daß die älteren Richtlinien, die Sie jetzt noch im Auge haben und die dann geändert worden sind, dazu geführt haben - dies habe ich hier auch öfters gesagt -, daß die Mittel nicht im gewünschten Umfang abgeflossen sind.

Nachdem diese Richtlinien geändert worden sind, ist es so, daß das Kontingent der Mittel für 1985 voll verausgabt ist. Die Mittel für 1986 sind den Kontingentträgern zugeteilt worden. Jetzt müssen sich die Kontingentträger äußern, um dann endgültig zu entscheiden. Dies alles ist auf Grund der neuen Richtlinien so gelaufen. Hier gibt es offenbar, was die Inanspruchnahme der Mittel angeht, keinerlei Hemmnisse mehr.

# Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Otto!

# Otto (F.D.P.):

Herr Minister, nachdem Sie mich eben gefragt haben, will ich es auf den Punkt bringen. Wie beurteilen Sie die jüngst vom Haus- und Grundbesitzerverein vorgebrachten Bedenken gegen die Modernisierungsrichtlinien, die darin gipfeln, daß durch die Mietpreisbindung in der Praxis die Hauseigentümer von diesen Modernisierungs-

richtlinien und von der Modernisierungsförderung keinen Gebrauch machen können?

(Beifall des Abg. Weghorn (F.D.P.))

## Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

### Winterstein, Minister des Innern:

Es ist doch ganz klar, Herr Kollege Otto, daß auch solche Richtlinien gerade im Bereich der Modernisierung auch ihre politischen Zielsetzungen haben. Die politischen Zielsetzungen unserer Modernisierungsrichtlinien liegen darin, zum einen insbesondere die Substandardwohnungen und -häuser zu renovieren, zum anderen damit gleichzeitig, weil öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, auch erträgliche Mieten zu erhalten. Dies ist die politische Zielsetzung. Daß dies manchem beim Hausund Grundbesitzerverein nicht gefällt, der eben unter diese Kriterien nicht fällt, will ich gar nicht bestreiten. Aber dies ist so gewollt.

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Bouffier!

#### Bouffier (CDU):

Herr Minister, Sie haben gesagt, die Mittel seien den Trägern zugeteilt. Bedeutet das im Klartext, daß die Mittel noch nicht verteilt und damit im Haushalt noch vorhanden sind?

## Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

# Winterstein, Minister des Innern:

Herr Kollege Bouffier, das Verfahren ist so, daß zunächst einmal nach einem bestimmten Schlüssel an die einzelnen Träger Kontingente verteilt werden. Diese werden den Trägern als Kontingent zur Verfügung gestellt. Dann bleibt abzuwarten, ob der jeweilige Träger das ihm zugeordnete Kontingent voll ausschöpft oder nicht. Dies wissen wir im Augenblick noch nicht. Da sind Rückläufe durchaus möglich.

(Zuruf des Abg. Dr. Jung (CDU))

- Das kann ich Ihnen auch erklären, Herr Dr. Jung, um die Zwischenfrage aufzunehmen.

Sie wissen sehr genau, daß die Richtlinien zu Beginn dieses Jahres, etwa nach einem Viertel des Jahres zustande gekommen sind. Daraufhin sind alle Mittel für 1985 abgeflossen, und dann ging das weitere Verfahren in die Mittel für 1986 hinein. Es war in jedem Jahr schon so, ganz gleich, welche Richtlinien vorlagen, daß es eine bestimmte Zeit braucht - die ist manchmal ziemlich lang -, bis die Kontingentträger endgültig entscheiden, ob sie die Kontingente in Anspruch nehmen oder nicht. Es gibt andererseits keine Schwierigkeiten, wenn der eine oder andere Kontingentträger sein Kontingent nicht in Anspruch nimmt, dies dann auf andere Träger zu übertragen.

## Präsident Dr. Lang:

Frage 1067, Herr Kollege Lortz!

#### Lortz (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Hält sie die umstrittenen Werbemaßnahmen für den Besuch der staatlichen Ferienhotels für erforderlich und angemessen?

### Präsident Dr. Lang:

Herr Finanzminister!

## Krollmann, Minister der Finanzen:

Herr Abgeordneter, mir ist nur ein Kritikpunkt bekannt, der nicht die Werbung als solche, sondern die Gestaltung des jüngsten, inzwischen verteilten Prospekts betrifft. Die Werbung selbst halte ich für angemessen.

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Lortz!

#### Lortz (CDU):

Herr Minister, ich will mir hier gar nicht länger Gedanken über die Aufmachung der Werbung machen, über all die Auseinandersetzungen, die Sie in Ihrem Kabinett selbst hatten, über den ganzen sexistischen Kram der Diskussion.

Mir geht es mit der Frage generell darum, daß Sie immer bekunden, wie beliebt und populär diese staatlichen Hotels seien, welche große Nachfrage bestehe und daß alle staatlichen Bediensteten dorthin rennen. Ist es dann überhaupt erforderlich, daß Sie in dem großen Stil und in der Art Werbung machen für den Besuch dieser Hotels?

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

## Krollmann, Minister der Finanzen:

Herr Abgeordneter, ich wiederhole: Sie sind der erste - ich akzeptiere das -, der sich über die Erforderlichkeit und Angemessenheit dieser Werbung Gedanken macht. Mir ist diese Kritik bisher nicht begegnet.

Meine Antwort ist: Ich halte es für vernünftig, daß die Verwaltung dazu übergegangen ist, Direktversand zu betreiben, wie das im übrigen gegenüber Pensionären bisher immer schon geschehen ist, weil sich immer wieder herausgestellt hat, daß die bisherige Methode der Verteilung nicht alle Bediensteten erreichte. Ich habe schon ein Interesse daran, daß alle Bediensteten die Chance haben, das Angebot wahrzunehmen.

## Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Welteke!

#### Welteke (SPD):

Herr Minister, sollte es so sein, daß den Mitgliedern der CDU-Fraktion, die an der letzten Bereisung der Ferienhotels des Landes Hessen durch den Haushaltsausschuß teilgenommen haben, entgangen ist, daß ein Punkt der Diskussion immer wieder die Frage war, ob in den Hotels des Landes Hessen neben Vollpension auch Halbpension angeboten werden sollte und daß Gegenstand der jetzigen Werbemaßnahme genau dieser Tatbestand ist, daß in Zukunft in den Ferienhotels des Landes Hessen neben Vollpension auch Halbpension gewährt wird und damit

die Nachfrage nach Benutzung dieser Hotels durch die Landesbediensteten sicherlich angeregt wird?

## Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

## Krollmann, Minister der Finanzen:

Herr Abgeordneter, meine Erfahrungen als Finanzminister sind - der eine mag sagen, leider, der andere wird sagen, Gott sei Dank - auf diesem Feld ja zeitlich noch relativ gering. Eines habe ich aber bereits festgestellt: daß sich die Ferienhotels des Landes Hessen einer durchaus intensiven parlamentarischen Kontrolle unterziehen. Das ist die eine Feststellung.

(Wilke (F.D.P.): Alle sechs Jahre!)

- Dies, Herr Abgeordneter, stimmt, glaube ich, nicht. Die andere Feststellung ist, daß es gewisse kommunikative Probleme zwischen denen, die vor Ort diese Kontrolle wahrnehmen, und den übrigen Mitgliedern dieses Hohen Hauses gibt. Es ist nicht das erste Mal, daß mir dies begegnet.

Ich hatte aber den Eindruck, daß Herr Kollege Lortz das Problem sehr viel grundsätzlicher angegangen ist, daß es ihm in der Tat darum ging, die Frage beantwortet zu bekommen, ob der jetzt gewählte Direktversand - von der Aussage einmal ganz abgesehen; Halbpension war und ist eine wichtige Aussage -, also die Zustellung an jeden einzelnen Bediensteten, sinnvoll war oder nicht. Ich halte diese Maßnahme für sinnvoll. Ob und wieweit wir sie ständig zu wiederholen haben, wird geprüft werden.

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Lortz!

# Lortz (CDU):

Herr Minister, ich frage noch einmal abschließend nach. Sie halten sowohl die einzelnen Werbemaßnahmen, die für den Besuch der Ferienhotels durchgeführt werden, als auch generell die Einrichtung der Ferienhotels und die Investitionen und Zuschüsse, die jährlich dafür geleistet werden müssen, für erforderlich und angemessen?

# Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

## Krollmann, Minister der Finanzen:

Den ersten Teil Ihrer Frage habe ich wiederholt beantwortet. Zum zweiten Teil stelle ich fest, daß ich mich nach meinem Gefühl damit in Übereinstimmung mit dem Hohen Hause befinde - ich nehme "Gefühl" zurück: nach meinem Wissen.

#### Präsident Dr. Lang:

Frage 1068, Herr Kollege Lortz!

#### Lortz (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Erkenntnisse über das "Waldsterben" liegen für die Bereiche des Forstamtes in Seligenstadt vor?

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Forstminister!

## Görlach, Minister für Landwirtschaft und Forsten:

Herr Kollege, die Erfassung der durch Immissionen verursachten Waldschäden wird nicht nach Forstamtsbezirken, sondern nach Wuchsgebieten vorgenommen. Bei diesen Wuchsgebieten handelt es sich um eine nach geologischen und auch geomorphologischen Kriterien erfolgte regionale Aufgliederung unseres Landes. Dies ist auch in anderen Bundesländern nicht anders, dies ist bundeseinheitlich so geregelt.

Das Forstamt Seligenstadt gehört zu dem Wuchsgebiet Rhein-Main-Ebene. Die festgestellten Ergebnisse für diesen Bereich des Wuchsgebietes, in dem sich das Forstamt Seligenstadt befindet, sind allerdings wesentlich schlechter als die Durchschnittswerte für das Land Hessen. Beispiel, wenn ich jetzt einmal einzelne Baumarten weglasse und die gesamte Fläche sehe: Landesdurchschnitt 48 Prozent Anteil geschädigte Fläche, Wuchsgebiet Rhein-Main-Ebene 60 Prozent.

## Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Lortz!

### Lortz (CDU):

Herr Minister, liegen Ihnen konkrete Erkenntnisse oder Berichte vor, oder worauf führen Sie es zurück, daß gerade in der dortigen Region ein viel höherer Schadanfall in den Wäldern festzustellen ist? Gibt es in Ihrem Haus konkrete Erkenntnisse?

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

# Görlach, Minister für Landwirtschaft und Forsten:

Die Frage, warum es in einzelnen Gebieten schlimmer ist als in anderen, gilt ja nicht nur für diesen Bereich, sondern auch für andere Regionen des Landes. In der Rhein-Main-Ebene liegt die Vermutung nahe - das zeigen auch die Rückstandsanalysen von Blättern, Erdreich und Baumnadeln -, daß ein verstärkter Schadeintrag aus der Luft seine entscheidende Ursache in der Westdrift hat.

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Fischer!

## Fischer (CDU):

Herr Minister, welche Erkenntnisse haben Sie inzwischen gewonnen, warum die Waldschadenserhebung 1986 in Hessen eine stärkere Zunahme als in anderen Bundesländern ergeben hat?

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

# Görlach, Minister für Landwirtschaft und Forsten:

Die Waldschadenszahlen in Hessen liegen auch 1986 noch unter dem Bundesdurchschnitt, wie Sie wissen. So war es auch in der vergangenen Zeit. Wir haben parallel laufende Entwicklungen, daß dort, wo noch unterdurchschnittliche Ergebnisse vorlagen, offensichtlich mit jedem Jahr die Differenzen sich langsam angleichen, das heißt, die, die noch besser lagen, wachsen stärker in die Schadenszahlen hinein.

#### Präsident Dr. Lang:

Frau Kollegin Dr. Streletz!

#### Dr. Streletz (SPD):

Herr Minister, könnte die Schadstoffdichte im Rhein-Main-Ballungsraum auch mit der dort vorhandenen Dichte an Kraftfahrzeugen zusammenhängen?

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

# Görlach, Minister für Landwirtschaft und Forsten:

Wir wissen ja, ohne die Prozentsätze genau zu kennen, daß sich die Schadfaktoren aus verschiedenen Komponenten ableiten. Mit Sicherheit haben die Industriedichte und auch der dichtere Verkehr etwas damit zu tun. Es ist nur schwer, auf den Prozentpunkt genau zu sagen - das kann uns zur Zeit kein Wissenschaftler sagen -, wer genau wieviel Prozentanteil am Schaden verursacht. Mit Sicherheit sind die Ursachen aber so zu suchen, wie Sie gefragt haben.

#### Präsident Dr. Lang:

#### Letzter Aufruf:

Frage 1069, Herr Kollege Lengemann!

# Lengemann (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wird es in Zukunft beim Markt "Casseler Freyheit" einen verkaufsoffenen Samstag geben?

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Sozialminister!

#### Clauss, Sozialminister:

Herr Kollege, wenn Sie unter einem verkaufsoffenen Samstag eine über die gesetzlich vorgeschriebene Ladenschlußzeit an Sonnabenden von 14 Uhr hinausgehende Öffnung der Verkaufsstellen verstehen, muß ich Ihre Frage verneinen. Die Voraussetzungen des Ladenschlußgesetzes liegen hierfür nicht vor; einschlägig ist § 16 des entsprechenden Gesetzes.

Bei dem Markt "Casseler Freyheit" sprechen die Umstände jedoch dafür, daß die Marktfestsetzung lediglich vorgenommen wurde, um die Möglichkeit einer Ladenöffnung über 14 Uhr hinaus zu erreichen. Das Marktgeschehen bildet keinen echten Anlaß für eine Verlängerung der Öffnungszeiten. Es rechtfertigt daher keine Freigabe. Mit der Ausnahmeregelung des Ladenschlußgesetzes soll vorhandener Bedarf gedeckt, nicht aber Bedarf künstlich geweckt werden.

#### Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege Lengemann!

#### Lengemann (CDU):

Herr Minister, abgesehen davon, daß ich Ihre Beurteilung nicht teile, wenn ein traditioneller Markt zu neuem Leben erweckt wird: Wie beurteilen Sie die ganze Angelegenheit unter dem Gesichtspunkt, daß Sie bei 41 anderen Gemeinden und Städten, zum Teil im Umland von Kassel, solche Ausnahmegenehmigungen erteilt haben?

## Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

#### Clauss, Sozialminister:

Herr Kollege, es ist mein Schicksal, daß viele meine Meinung nicht teilen, wenn es darum geht, Gesetze anzuwenden und auszulegen. Aber der konkrete Vorgang, der Grundlage Ihrer Frage ist, ist bei einem Verwaltungsgericht anhängig gewesen und zuungunsten des Antragstellers, zumindest im einstweiligen Rechtsschutzverfahren, entschieden worden.

Jeder Einzelfall muß entschieden werden. Die Verwaltungspraxis ist, daß auch jeder Einzelfall überprüft wird und daß die zuständige Dienststelle, nämlich der Regierungspräsident in Kassel, nach der Überprüfung des Einzelfalles zu der entsprechenden Entscheidung, jeweils nach Recht und Gesetz, kommt.

## Präsident Dr. Lang:

Herr Lengemann!

# Lengemann (CDU):

Herr Minister, trifft es zu, daß der Regierungspräsident in Kassel der Angelegenheit positiv gegenübergestanden hat und daß er auf Ihre Weisung so entschieden hat, wie er dann entschieden hat?

## Präsident Dr. Lang:

Herr Minister!

#### Clauss, Sozialminister:

Auch dies soll ein alltäglicher Vorgang sein, daß Dienststellen bei der Beurteilung von Rechtsfragen zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Im Rechtsstaat entscheidet am Ende das Gericht. Das Gericht hat entschieden.

## Präsident Dr. Lang:

Damit ist die Fragestunde beendet.

(Die Fragen 1070 und 1071, 1075 bis 1080 und 1082 und die Antworten der Landesregierung sind dem Protokoll über die heutige Sitzung als Anlage beigefügt. Die Fragen 1072 bis 1074 und 1081 sollen auf Wunsch der Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden)

#### Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Erste und zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher und dienstrechtlicher Vorschriften - Drucks. 11/ 6894 -

Es wird keine Begründung und keine Aussprache gewünscht. Damit ist die erste Lesung abgeschlossen. Ich rufe die zweite Lesung auf. Wer dem Gesetzentwurf in zweiter Lesung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest: Der Entwurf ist in zweiter Lesung einstimmig angenommen und damit zum Gesetz erhoben.

# Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Zweite und dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 1986 und zur Änderung des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 1987 (Nachtragshaushaltsgesetz 1986 und 1987) - Drucks. 11/6902 zu Drucks. 11/6707 und zu Drucks. 11/6786 und Drucks. 11/6836 -

Berichterstatter ist Herr Kollege Ibel. Bitte sehr!

#### Ibel, Berichterstatter:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der soeben von dem Herrn Präsidenten aufgerufene Gesetzentwurf, die Ergänzungsvorlagen und der Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. sind dem Haushaltsausschuß nach der ersten Lesung in der 92. Plenarsitzung am 4. November dieses Jahres überwiesen worden. Der Haushaltsausschuß hat alle Vorlagen in seiner Sitzung am 12. November dieses Jahres beraten, und er hat folgenden Beschluß gefaßt:

Der Haushaltsausschuß empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der Vertreter der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktionen der CDU und der F.D.P., den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. abzulehnen und den Gesetzentwurf unter Berücksichtigung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung in zweiter Lesung in der aus der Anlage 1 zur Drucks. 11/6902 ersichtlichen Fassung anzunehmen. Der Haushaltsausschuß empfiehlt dem Plenum mit dem gleichen Stimmenverhältnis, die aus den Anlagen 2 und 3 ersichtlichen Nachträge zu den Landeshaushaltsplänen für die Haushaltsjahre 1986 und 1987 zu beschließen.

#### Vizepräsident Lengemann:

Ich danke dem Berichterstatter und eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abg. Stanitzek.

#### Stanitzek (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Vielhauer (GRÜNE): Jetzt kommen die ganz neuen Argumente!)

Zusammen mit den Nachtragshaushalten 1986 und 1987 hat die Hessische Landesregierung auch die Finanzplanung für die Jahre 1986 bis 1990 vorgelegt. Auffallend ist, daß die Landesregierung wie selbstverständlich die Erfolgsdaten von Wachstum, erhöhter Beschäftigungszahl, Preisstabilität und Steuermehreinnahmen aufnimmt. Im Gegensatz zur Finanzplanung 1985 bis 1989, bei der die Landesregierung noch die Auslandskonjunktur als Begründung für die gut laufende Konjunktur anführte, wird nunmehr die Binnennachfrage als Konjunkturmotor auch von der Landesregierung dargestellt. Es gibt keine kritische Auseinandersetzung mit der Finanzpolitik des Bundes mehr. Die Erfolge der Konsolidierungs- und Stabilitätspolitik der Bundesregierung sind inzwischen so überzeugend, daß sie unter Fachleuten, die Finanzpolitik betreiben, unstreitig sind.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Nur hier und da gibt es noch einen kleinkarierten Parteipolitiker, der von "Kaputtsparen" redet. Zu den Erfolgen der Politik der Bundesregierung gehört auch, daß von der Gegengewichtspolitik dieser rot-grünen Landesregierung einfach nichts mehr übriggeblieben ist, es sei denn, die Fortsetzung der hessischen Schuldenpolitik wird auch in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre als die Gegengewichtspolitik zu Bonn verstanden.

(Beifall bei der CDU)

Während Sie allerdings mit Ihren Steuereinnahmen von der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung profitieren, entziehen Sie sich der Aufgabe, die gleichen Konsequenzen auch für Hessen zu ziehen. Die Bundesregierung betreibt bereits den fünften Haushalt mit einem Ausgabenzuwachs von unter 3 Prozent. Das war bis 1982 unvorstellbar und undurchführbar. Die Bundesregierung wird die Ausgaben im Haushalt 1987 sogar nur um 1,9 Prozent ansteigen lassen.

Während die Bundesregierung dies tut, steuern Sie den Haushalt 1987 mit einem Ausgabenzuwachs von über 3,4 Prozent und den laufenden Haushalt 1986 sogar von 5,1 Prozent. Die Folge dieser nach wie vor ungezügelten Ausgabenwirtschaft in Hessen ist eine langfristige Schuldenbelastung mit überhöhter Kreditaufnahme für unser Land. Am augenfälligsten wird diese Finanzpolitik wiederum durch den laufenden Haushalt, den Haushalt für 1986, in dem eine Nettokreditaufnahme von 1.620 Millionen DM enthalten ist. Dieser hohe Betrag, 1.620 Millionen DM, ist mehr, als Hessen durchschnittlich in den Krisenjahren 1980 bis 1982 an Krediten netto aufgenommen hat. In Zeiten der Rezession betrug die Nettokreditaufnahme 1.520 Millionen, also 100 Millionen DM weniger als 1986.

Diese Zahlen machen aber auch deutlich, daß das ganze Gerede von Sozialdemokraten in Hessen, aber auch darüber hinaus, die Schuldenaufnahme sei zur Aufrechterhaltung eines hohen Investitionsvolumens notwendig, um der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, nichts als eine Schutzbehauptung für unsolides finanzielles Handeln hier in unserem Land ist.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Denn noch nie, wenn man die Jahre von 1970 bis heute sieht, war die Investitionsquote so niedrig wie 1986.

(Welteke (SPD): Woher kennen Sie die eigentlich schon?)

Oder wollen Sie, Herr Finanzminister, ernsthaft behaupten, daß mit den Aufwendungen von 300 Millionen DM für die Neue Heimat auch nur ein Arbeitsplatz stabilisiert wird?

(Zuruf des Abg. Kuhnert (GRÜNE))

Meine Damen und Herren, um die Öffentlichkeit zu beruhigen, arbeitet der Finanzminister mit zwei Argumentationstricks. Erstens wird behauptet, Hessen liege besser als der Durchschnitt der Bundesländer, was die Nettoneuverschuldung und die Kreditfinanzierungsquote angehe. Zweitens wird behauptet, im vierten und fünften Jahr der mittelfristigen Finanzplanung trete eine fühlbare Senkung der Neuverschuldung ein.

Mit Ihrem ersten Trick, Herr Finanzminister, den Durchschnitt der Länder als Beleg dafür zu nehmen, daß Sie auch in Form neuer Verschuldung weiter sündigen können, verhalten Sie sich gegenüber der Zukunft unseres Landes einfach blind. Sie setzen nicht Maßstäbe, indem Sie Länder mit vorbildlicher Finanzpolitik und vergleichbaren hohen Steuereinnahmen als Beispiele anführen, sondern Sie trösten die Bevölkerung damit, daß es noch schlechtere Beispiele in der Bundesrepublik Deutschland, wie zum Beispiel Nordrhein-Westfalen, gebe. Aber inzwischen wissen nahezu alle Bürger in unserem Land: In Nordrhein-Westfalen regiert der Schuldenmajor Rau, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ihn warnte vor noch nicht allzulanger Zeit sein eigener Finanzminister vor der Fortsetzung dieser Politik in Nordrhein-Westfalen und verglich dieses Land mit den zahlungsunfähigen Ländern wie Polen und Mexiko. Meine sehr verehrten Damen und Herren, glücklicherweise gehört es zu den Erfahrungstatbeständen der überwiegenden Mehrheit der Menschen in unserem Land, daß Politiker mit Spendierhosen keine Wohltäter sind. So wird wohl die Finanzpraxis von Rau uns auch erspart bleiben; davon sind wir überzeugt.

Nur, meine Damen und Herren, im Gegensatz zur Mehrheit der Bürger ist die rot-grüne Landesregierung leider völlig lernunfähig. Lassen Sie mich deshalb einmal beispielhaft das Land Baden-Württemberg nennen, weil auch dieses Land steuerstark ist, einen höheren Beitrag zum Länderfinanzausgleich als Hessen leistet und gleichzeitig vorbildliche und solide Finanzpolitik betreibt.

Baden-Württemberg hat auf Grund seiner Einwohnerzahl ein Haushaltsvolumen von 38 Milliarden DM im Jahre 1986. Zum Vergleich: Das Ausgabevolumen im hessischen Haushalt beträgt 20,5 Milliarden DM. Der hessische Haushalt hat etwa nur halb soviel Ausgaben wie der baden-württembergische. Baden-Württemberg nimmt 1986 850 Millionen DM an neuen Schulden auf, während es in Hessen 1,620 Milliarden DM sind. Hessen nimmt also bei einem halb so großen Haushalt doppelt soviel Schulden auf wie Baden-Württemberg. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Hessen benötigt fast das Vierfache an neuen Krediten zur Finanzierung seiner Aufgaben.

Anders ausgedrückt: Die Kreditfinanzierungsquote in Baden-Württemberg beträgt 2,2 Prozent, in Hessen 7,9 Prozent.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie sich das selbst auf künftige Jahre auswirkt, zeigt, daß Baden-Württemberg mit seiner Kreditfinanzierungsquote von 2,2 Prozent 1986 schon so weit ist, wie Hessen in seinem Wunschtraum 1990 mit etwa 2,8 Prozent kommen will.

#### (Beifall bei der CDU)

Wenn man noch einen Vergleich anstellt - auch in Bayern, das von der Wirtschaftsstruktur schwächer ist, eine schlechtere Ausgangslage hat, ist die Neuverschuldung im Verhältnis zu den Ausgaben nur halb so hoch wie in Hessen. Beide Länder, Bayern und Baden-Württemberg, haben eine höhere wirtschaftliche Wachstumsrate als Hessen. Und sie fangen im Gegensatz zu Hessen nicht erst 1989 und 1990 an zu sparen.

Der zweite Trick: Die Besserungsschwüre der Hessischen Landesregierung sind, wie bereits seit einem Jahrzehnt, auf das vierte und fünfte Jahr der Finanzplanung gerichtet. 1989 soll die Kreditneuverschuldung auf 900 Millionen DM und 1990 auf 650 Millionen DM sinken. Aber jeder, der einmal die Zahlen der Finanzplanung die in den vergangenen zehn Jahren hier vorgelegen hat durchsieht, muß Sie fragen, Herr Finanzminister: Woher nehmen Sie eigentlich den Mut, solche Zahlen in die mittelfristige Finanzplanung hineinzuschreiben? Sie haben sich in keinem Jahr an Ihre eigenen Vorgaben - wenn man dies einige Jahre vergleicht - gehalten.

## (Beifall bei der CDU)

Seit einem Jahrzehnt versprechen Sie: Nach Ablauf von zwei weiteren Jahren wird gespart. - Und Ihr Sparen ist dann immer auf das letzte und vorletzte Jahr der mittelfristigen Finanzplanung gerichtet. 1982 zum Beispiel haben Sie die Voraussage für 1986 geleistet. Da wollten Sie 802 Millionen DM an neuen Schulden in diesem Jahr aufnehmen. Tatsächlich nehmen Sie 1.680 Millionen DM auf - die doppelte Anzahl.

(Welteke (SPD): Da können Sie einmal sehen!) Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, bei steigenden Steuermehreinnahmen. Sie hätten also Grund gehabt, weniger an neuen Krediten auszugeben. Sie tun es

doppelt so hoch.

(Beifall bei der CDU)

Und natürlich haben Sie jedes Jahr eine andere Begründung. Dieses Jahr ist es die Neue Heimat, andere Jahre sind es andere Ausflüchte. Aber lassen Sie mich den Beispielen noch eines hinzufügen. Im Jahre 1983 wollten Sie für das nächste Jahr, für das wir den Haushalt ja schon verabschiedet haben, 772 Millionen DM an Neuschulden aufnehmen und es sind inzwischen im Soll 1.200 Millionen DM, also 60 Prozent mehr. Ich füge hinzu: Das Jahr ist noch nicht zu Ende. Was da noch alles auf uns an neuen Schulden und neuen Ausgaben zukommen kann, können wir heute noch nicht absehen.

Diese Schuldenpolitik läßt natürlich auch die Zinsausgaben von Jahr zu Jahr wachsen. 1986 werden wir 1.574 Millionen DM für die Zinsen zahlen, und 1990 sind es schon, bei den günstigen Prognosen des Finanzministers, 1.802 Millionen DM.

Das Motto wäre vielleicht kurz so zusammenzufassen: "Morgen, morgen und nicht heute, sagen alle faulen Sparer." Der Landeshaushalt wird keine Reserven haben, wenn wirtschaftlich schwierige Zeiten kommen sollten.

(Lachen des Abg. Vielhauer (GRÜNE))

- Herr Vielhauer, die rot-grüne Politik ist ohne Haushaltsperspektive für die Zukunft, eine Finanzpolitik ohne Vernunft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Gerhardt (F.D.P.))

Der Nachtragshaushalt 1986 verschlechtert die finanzielle Situation des Landes weiter.

Beim Kauf der Neuen Heimat - das ist Inhalt der Nachtragshaushalte - lassen Sie es, Herr Finanzminister, an Sorgfalt fehlen, die nötig wäre, um finanziellen Schaden von unserem Land abzuwehren. Jede Kritik der CDU an dem beabsichtigten Kauf haben Sie als mieterfeindlich diffamiert.

(Kuhnert (GRÜNE): Quatsch!)

Die Besorgnisse, die mein Kollege Dr. Jung in der vergangenen Sitzung des Landtags vorgetragen hat, haben Sie polemisch abqualifiziert.

(Kuhnert (GRÜNE): Besorgnisse? Falsche Behauptungen hat er aufgestellt!)

Dabei haben Sie sich mehrmals während der Debatte in den vergangenen Monaten geirrt. Ihr erster Irrtum: Sie behaupteten in der 84. Sitzung hier im Landtag, der DGB habe nicht die Absicht, sich aus dem Komplex der Neuen Heimat zu lösen, sonst hätte er wie die AEG mit einem Vergleichsverfahren aus der Situation herauskommen können. Heute wissen wir, daß der DGB mit dem Schiesser-Deal eben das versucht oder in Kauf genommen hat. Nur die öffentliche Meinung und die Banken haben ihn gehindert - nicht der Wille des DGB -, zu dieser Lösung zu kommen. Sie hätten eigentlich schon damals wissen müssen, Herr Krollmann, daß ein Vergleich auf Grund der Vermögenslage der BGAG und des DGB nicht

so einfach ist. Die Beurteilung der damaligen Lage durch Sie war falsch.

Ihr zweiter Irrtum war die mehrfache Aussage, die Neue Heimat sei wirtschaftlich gesund, wenn wir sie übernähmen. Schon das Gutachten des Verbandes der Südwestdeutschen Wohnungsbauunternehmen belehrte Sie: Auch ohne einen Verkauf weiterer Wohnungen in den nächsten Jahren wird die Neue Heimat Südwest Verluste einfahren. Ein Unternehmen, das nur durch Verkauf seiner Substanz ohne Verluste arbeitet, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist doch nicht wirtschaftlich gesund. Es ist nicht so marode wie die Neue Heimat Gemeinnützig Hamburg, aber von Gesundheit kann man doch da nicht reden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf der Abg. Wagner (Eschwege) (SPD))

Sie belegen Ihren Irrtum mit Ihrer Handlungsweise. Denn erst durch das Einschießen von 65 Millionen DM an zusätzlichem Eigenkapital für die Neue Heimat Südwest, die Sie im Zusammenhang mit dem Kauf planen, soll die Gesellschaft vor weiteren Verlusten befreit werden.

Ihr dritter Irrtum besteht darin, daß Sie am 19. Juni behaupteten, die Sonderprüfung des Verbandes umfasse alles, was zur Fundierung des Kaufpreises für die Neue Heimat Südwest noch unklar sein könne. Auf Druck der CDU - aber zum damaligen Zeitpunkt, Anfang September, auch auf Druck der GRÜNEN

(Kuhnert (GRÜNE): Auf Druck!)

- jawohl, Herr Kuhnert -, haben Sie sich zu einem Teilgutachten der Treuarbeit, im wesentlichen zur Bewertung der stillen Reserven, entschlossen. Das Ergebnis auf diesem Teilgebiet, Herr Finanzminister, war doch für Sie vernichtend, denn die Treuarbeit hat bei Abwägen aller Risiken die stillen Reserven eben nicht auf 183 Millionen DM, sondern nur auf 93 Millionen DM festgesetzt.

Fazit: Das Gutachten des Verbandes der Südwestdeutschen Wohnungsunternehmen hat nicht alle Fakten gebracht, die zur Grundlage des Kaufpreises der Neuen Heimat Südwest führen. Wer sich in der Einschätzung der Situation so oft irrt, der kann doch für sich nicht in Anspruch nehmen, daß er in der Beurteilung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der Neuen Heimat Südwest und der wirtschaftlichen Zukunft dieser Gesellschaft richtig liegt!

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Aus der Natur der Sache ergibt sich, daß ein unabhängiges Gutachten der Treuarbeit weiterhin notwendig ist.

Weil Sie Ihre eigene Unsicherheit in der Ertrags-, Finanzund Vermögenslage verbergen wollen, legen Sie bei der Berechnung des von Ihnen ausgehandelten Kaufpreises nicht die Ertragslage der Gesellschaft zugrunde, sondern die stillen Reserven, die von der Treuarbeit errechnet wurden, und rechnen das Stammkapital und die Rücklagen hinzu. Ich lasse beim Folgenden die sechs Millionen außer acht, die vom Land eventuell nicht aufgewendet werden, weil 2 Prozent der Anteile vom DGB oder einer seiner Beteiligungen auch weiterhin gehalten werden sollen.

Sie wollen die Öffentlichkeit glauben machen, daß Sie mit dem Kaufpreis von 235 Millionen DM immer noch günstiger liegen als die stillen Reserven, Stammkapital und Rücklagen. Im Ergebnis zahlen Sie aber nicht 235 Millionen DM, sondern 265 Millionen DM. Das sind schließlich 14 Millionen DM mehr, als die stillen Reser-

ven, Stammkapital und Rücklagen betragen. Für manche Leute mögen 14 Millionen DM ein Pappenstiel sein. Aber wir streiten uns oft um kleinere Beträge, und für uns sind 14 Millionen DM kein Pappenstiel.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Bitte erklären Sie uns nicht im Parlament, daß 30 Millionen DM von der BGAG oder einer Tochtergesellschaft wieder als Kapital zufließen! Diese 30 Millionen DM hätte der DGB oder die BGAG ohnehin zahlen müssen, um den Besserungsschein zu erhalten. Sie wissen ganz genau, daß dieser Besserungsschein notwendig ist, um die Gemeinnützigkeit der Neuen Heimat Südwest zu erhalten. Mit diesen 30 Millionen DM bezahlen Sie, Herr Finanzminister, die unmittelbaren Schulden des DGB, nichts anderes.

(Beifall bei der CDU)

Im übrigen rücken Sie sich mit Ihrer Argumentation über den Substanzwert in die Nähe der Seriosität des Genossen Breit, der vor noch nicht allzu langer Zeit - man hat das im Ohr - den Kritikern über die Ertragslage der Neuen Heimat Gemeinnützig, Hamburg, oberlehrerhaft erklärte,

(Kronawitter (SPD): Das ist ein Drecksack!)

den 17 Milliarden DM Schulden stünden 18 oder 20 Milliarden DM Grundvermögen gegenüber. Herrn Breit haben seine wirtschaftlichen Vergleiche sehr schnell eingeholt.

Herr Krollmann, wir befürchten, daß auch nicht lange Zeit vergehen wird, ehe gleiches für Sie zutreffen wird. Ihre Argumentation, daß Sie im Verwertungsfall mehr als 300 Millionen DM für die Neue Heimat Südwest erlösen, ist doch unrealistisch. Sie ist auch unredlich gegenüber der Öffentlichkeit, denn Sie denken doch nicht im Ernst daran, bei Verlusten der Neuen Heimat Südwest diese, die Sie gerade erworben haben, durch Verkäufe wieder zu verwerten.

(Nitzling (SPD): Ein Durcheinander!)

So, wie die hessischen Bürger für die Hessische Landesbank Milliarden bezahlt haben, zahlen jetzt die Steuerzahler 300 Millionen DM unmittelbar und dann noch 100 Millionen DM obendrauf und haben die Aussicht, später auch die Verluste der Neuen Heimat Südwest, wenn sie anfallen sollten, abzudecken. Eine Verwertung wird es da nicht geben, sondern der hessische Steuerzahler wird erneut zur Kasse gebeten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Kuhnert (GRÜNE): Sollen sie nun verkaufen oder nicht verkaufen?)

Um einmal diese Frage zu stellen: Was passiert denn, wenn die Zinsen um 1 oder 2 Prozent in den nächsten Jahren steigen? Wir haben zur Zeit ein Niedrigzinsniveau. Bei 2 Milliarden DM Schulden, die das Land Hessen mit der Neuen Heimat Südwest übernimmt, entstehen in einem solchen Fall 20 bis 40 Millionen DM Zinsbelastungen pro Jahr.

(Nitzling (SPD): Er hat noch nichts verstanden!)

- Ich kann verstehen, daß Sie da aufgeregt werden.

(Kuhnert (GRÜNE): Bei der Ignoranz!)

Aber Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren einschließlich der Hessischen Landesregierung - handeln schlichtweg fahrlässig, wenn Sie ohne unabhängiges Gutachten der Treuarbeit über die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage die Neue Heimat Südwest erwerben. Dies kann man nicht zulassen!

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Betrachtet man den Preis von 300 Millionen DM, den das Land Hessen für die Neue Heimat Südwest bezahlt, dann fällt auf, daß Sie diesen Preis seit dem ersten Tag der Diskussion hier im Haus genannt haben. Bis heute hat sich im Ergebnis für die Steuerzahler des Landes Hessen nichts geändert. Letztlich beträgt der Preis des Landes Hessen für die Neue Heimat Südwest, den wir erbringen, 300 Millionen DM plus 100 Millionen DM Grünen-Beitrag.

(Beifall bei der CDU)

Das ist der Preis, den die hessische SPD in Solidarität mit dem DGB zur Auszahlung bringt, um Kumpanei und Genossenwirtschaft in Deutschland abzudecken.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Preis hat die wechselnden Situationen der Neuen Heimat Gemeinnützig, Hamburg, überlebt, die die "FAZ" nennt: "Einmal Schiesser und zurück". Der Preis wird nur anders aufgeschlüsselt, um der Öffentlichkeit optisch ein anderes Ergebnis zu vermitteln.

Sie setzen sich bei dieser Sachlage dem Verdacht aus, daß Sie die Situation der Neuen Heimat gar nicht interessiert. Sie erwecken den Eindruck, Sie wollten auf jeden Fall kaufen, gleichgültig, wie die Ertragslage der Neuen Heimat ist.

(Beifall bei der CDU - Kuhnert (GRÜNE): Peinlich ist das!)

Nachdem der DGB die Neue Heimat über die BGAG von Schiesser zurückgekauft hat - die UBH lasse ich einmal unberücksichtigt -, besteht keine Notwendigkeit für das Land Hessen, die Neue Heimat Südwest zu kaufen.

(Beifall bei der CDU - Kuhnert (GRÜNE): Das haben Sie doch schon vor Monaten gesagt!)

Denn nach dem Eingreifen der 15 größten Gläubigerbanken besteht unter allen Beteiligten Einigkeit: Über einen Vergleich oder einen Konkurs wird nicht mehr geredet. Herr Finanzminister, Sie selbst haben in der vergangenen Woche im Haushaltsausschuß keinen Zweifel daran gelassen, daß Sie einen Konkurs ausschließen. Unsere Darlegungen, daß der Kauf der Neuen Heimat Südwest durch das Land Hessen auch vom Grundsatz her falsch ist, erhalten immer mehr Plausibilität, insbesondere wenn man die Darlegungen betrachtet, die Sie noch vor einigen Wochen abgegeben haben.

(Beifall bei der CDU - Nitzling (SPD): Ein Durcheinander!)

Am 24. September 1986 begründeten Sie, Herr Krollmann, der Kauf der Neuen Heimat Südwest wie folgt:

... es geht um den Bestand dieser 30.000 Wohnungen der Neuen Heimat Südwest, und es geht darum, ob dieser Wohnungsbestand auch in Zukunft gemeinnützigkeitsrechtlichen Bindungen unterliegt oder nicht.

Sie erläuterten sofort weiter, daß die Kostenmiete bestimmend bleibt, solange die Wohnungen zum gemeinnützigen Bereich gehören, auch dann, wenn die Bindung aus dem sozialen Wohnungsbau ausgelaufen ist. - Herr Finanzminister, wollen Sie etwa behaupten, die Gemeinnützigkeit der Neuen Heimat sei durch das Sanierungs-

konzept bedroht, eine Auffanggesellschaft werde nicht mehr gemeinnützig sein?

(Kuhnert (GRÜNE): Was ist das denn? Schon einmal etwas von Laufzeitbindung gehört? Fragen Sie einmal Dr. Jung!)

Aus welcher Notwendigkeit heraus kauft das Land Hessen die Neue Heimat Südwest? Kein vernünftiger finanzwirtschaftlicher oder die Mieter betreffender Grund ist vorhanden, diese Gesellschaft jetzt zu erstehen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Auch Ihre Behauptung, Sie würden damit 30.000 Mietern und ihren Familien helfen, wird nicht dadurch richtiger, daß Sie sie wie Tibetanische Gebetsmühlen im Land wiederholen. Es gibt keinen ernsthaften Kenner der Materie, der inzwischen nicht auch in der Öffentlichkeit darstellt, daß sich an der Rechtsstellung der Mieter durch den Kauf oder Nichtkauf der Neuen Heimat Südwest in Hessen gar nichts ändern wird.

(Beifall bei der CDU)

Im Zusammenhang mit dem Kauf der Neuen Heimat Südwest ist schon atemberaubend, mit welcher Geschwindigkeit die GRÜNEN von der SPD eingekauft worden sind.

(Beifall bei der CDU)

Noch am 24. September formulierte Herr Kuhnert, der grüne Abgeordnete - nicht für sich als Fundamentalist, sondern für die Fraktion der GRÜNEN -:

Es ist doch unglaublich: ... der hessische Steuerzahler soll weit über 5.000 DM bezahlen.

(Nitzling (SPD): Er hat recht!)

Dies geschah im Zusammenhang mit dem Kaufpreis, den Herr Schiesser zu zahlen hatte. Herr Kuhnert äußerte sich über die Höhe des Kaufpreises, den die GRÜNEN als äußerste Marge erbringen wollten, wie folgt: "nur der nominelle Gesellschaftsanteil plus der Rücklagen". Das war für die GRÜNEN damals erträglich, und das waren ganze 158 Millionen DM. Er warnte schließlich vor Schnellösungen und stellte abschließend fest:

Es gibt keinen Grund zu übertriebener Eile. Fürwahr, Herr Kuhnert hat nur starke Worte gebraucht,

(Vielhauer (GRÜNE): Den Wievielten haben wir denn heute?)

aber schon nach sechs Tagen lösten sich diese Argumente in Luft auf, als die SPD mit der Speckseite von 100 Millionen DM nach dem grünen Mäuschen warf.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Schon sechs Tage später wurde der Nachtragshaushalt vom Kabinett mit Zustimmung des grünen Ministers verabschiedet. Das war am 1. Oktober. Ist das etwa keine übertriebene Eile, Herr Kuhnert? Wo bleibt denn Ihre ursprüngliche Forderung nach dem Gesamtgutachten der Treuarbeit? Und was ist denn mit dem Kaufpreis, der sich aus dem nominellen Gesellschaftsanteil plus Rücklagen zusammensetzen sollte?

(Zuruf des Abg. Kuhnert (GRÜNE))

So stimmten die GRÜNEN mindestens 100 Millionen DM höheren Kaufpreisforderungen der SPD zu und erhielten dafür 100 Millionen DM für eigene grüne Forderungen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Zufällig stimmt das bis auf 1 Million DM haargenau.

(Kanther (CDU): Das ist paring!)

SPD und GRÜNE, verehrter Herr Kollege Kanther, waren sich über eines einig, über das Schröpfen des hessischen Steuerzahlers. So konnten sie eine gemeinsame Plattform erreichen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf des Abg. Vielhauer (GRÜNE))

Das Ergebnis dieser neuen Transaktion sind dann zwei neue Staatsgesellschaften: die staatliche Neue Heimat Südwest und die staatliche Hessen-Energie GmbH. Zwei Staatsgesellschaften, die niemand braucht und die am Hals des Landes Hessen so überflüssig sind wie ein Kropf.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Von den 100 Millionen DM im Nachtragshaushalt 1986 werden 60 weitere Millionen bereitgestellt, obwohl für das rot-grüne Energiegesetz in den Jahren 1986 und 1987, einschließlich Verpflichtungsermächtigungen, über 312 Millionen DM zur Verfügung stehen.

(Zuruf des Abg. Messinger (GRÜNE))

Jetzt sind es also 372 Millionen DM. Um Ihnen das kurz aufzuschlüsseln: Übertragung aus dem Jahre 1985: 64 Millionen DM, jeweils 1986 und 1987 im Haushaltsansatz: 90 Millionen DM und 128 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen.

(Zuruf des Abg. Messinger (GRÜNE))

Im Haushaltsausschuß befragt, wieviel Ausgaben bis zum 31.10.86 aus diesem Titel geleistet worden sind, lautete die Antwort: ganze 23 Millionen DM. Aber das Fischer-Ministerium wußte Rat. Den Rest des Geldes werde man bis zum Ende des Jahres mindestens ausgeben.

Man stelle sich vor: In zehn Monaten werden 23 Millionen DM ausgegeben und bis zum Jahresschluß ein Vielfaches davon.

Meine Damen und Herren, wenn das nicht Jahresschlußstimmung und Geldausgabe in einem Maße ist, wie sie verschwenderischer nicht sein kann, muß ich fragen: Was soll es dann sonst sein?

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abg. Messinger (GRÜNE))

Ich füge hinzu: Geldausgabe zum Jahresschluß, wie ihn auch der Steuerzahlerbund kritisiert, bestätigt wieder einmal, daß hier in einem Maße verfahren wird, das nicht als ordentlich und solide bezeichnet werden kann.

372 Millionen DM Ausgaben für das rot-grüne Energiegesetz! Das ist schon ein erheblicher Brocken, meine Damen und Herren. Damit kann man schon grünes Klientel befriedigen. Eine ganze Schar von Gutachtern, Modellern und Stellungnahmen sind dafür im Lande abforderbar!

(Beifall bei der CDU)

Für den einfachen Bürger ist das einfach nicht mehr nachvollziehbar, was hier zur Zeit im Lande Hessen geschieht.

(Zuruf des Abg. Vielhauer (GRÜNE))

Ein solches Maß an Futterkrippen-Mentalität mit einer unverhohlenen Gefräßigkeit öffentlicher Mittel hat es noch nie gegeben!

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Über 30 Millionen DM Ausgaben sollen darüber hinaus für die Umgestaltung der Stromheizung auf andere Heizungsmöglichkeiten in kommunalen Einrichtungen ausgegeben werden.

(Zuruf des Abg. Vielhauer (GRÜNE))

Für diesen ach so wichtigen Titel, den man jetzt im Nachtragshaushalt erfunden hat, für den es keine Richtlinien gibt, gibt es im Haushaltsansatz 1987 noch nicht einmal eine Mark, obwohl zwischen dem Beschluß im Landtag über das Haushaltsgesetz und dem Kabinettsbeschluß noch nicht einmal vier Monate vergangen waren.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Diese 30 Millionen DM sind ein Betrag - das ist unzweifelhaft, Herr Messinger - dafür, um das grüne Ausstiegs-Szenario aus der Kernenergie zu untermauern. Das Geld dient in erster Linie, um die Basis zufriedenzustellen. Damit können Sie draußen so schön argumentieren, daß Hessen aus der Stromwirtschaft der Großkraftwerke aussteigt.

Wohl die allermeisten Heizungen dieser Art sind Nachtspeicherheizungen, die das Verbrauchstal ausnutzen und den Strom, der nachts erzeugt wird, abnehmen. Genaue Angaben dazu, wie sich das mit den zu tätigenden Ausgaben verhält, fehlen. Darüber hat man keine Übersicht. Man habe 13 Projekte, die 10 Millionen DM erfordern würden, war die Antwort im Haushaltsausschuß.

Neue Nachtspeicherheizungen werden im übrigen schon lange, auch vor Tschernobyl, nicht mehr genehmigt, weil keine entsprechenden Überkapazitäten vorhanden sind.

(Messinger (GRÜNE): Was denn jetzt?)

Gibt es keine Nachtspeicherheizungen - auch die, die bisher schon laufen -, dann bleibt der Strom nachts ungenutzt.

(Messinger (GRÜNE): In der Steckdose!)

Deshalb gehen Feststellungen, wie sie auch der hessische Innenminister heute in der Fragestunde über den geringen Wirkungsgrad von Strom für Heizung gemacht hat, an der Wirklichkeit vorbei. Selbst ein Wirkungsgrad ist von 30 Prozent einer Nachtspeicherheizung immer noch besser, als wenn der Strom überhaupt nicht genutzt wird, weil man ihn nachts sonst nicht verbrauchen kann.

(Beifall bei der CDU - Messinger (GRÜNE): Herr Stanitzek, wir haben eines gemeinsam: Wir verstehen beide nichts von Energie; der Unterschied ist nur, daß Sie darüber reden!)

Die Folge der Verringerung von Nachtspeicherheizung ist zwangsläufig, daß der Stromkunde über den Tagesstrom die angefallenen Einnahmen für den Nachtstrom bezahlen muß. Der Bürger unseres Landes bezahlt also doppelt, erst für eine kostspielige Umstellung durch Steuermittel, anschließend über den Strompreis noch einmal.

Im übrigen plant das Fischer-Ministerium für diesen Ausstieg eine Zuschußgewährung von 50 Prozent der anfallenden Bau- und Umstellungskosten. Man erweckt damit den Eindruck, als wenn man im Lande geradezu im Geld schwimme.

Auf diese Weise werden auch weitere 10 Millionen DM für die sogenannte Energieeinsparung in landeseigenen Gebäuden aufgewendet. Im Mai, also vier Monate vor der Beschlußfassung des Kabinetts, reichte zu diesem Zweck

noch 1 Million DM. Jetzt wird dieser Betrag verzehnfacht. Die Erkenntnissituation der Landesregierung muß geradezu phänomenal sein, daß man solche Beträge potenzieren kann.

Wahrscheinlich ist aber, meine Damen und Herren, daß der SPD nichts zu teuer war - egal was -, um die Zustimmung zum DGB-Solidaritätsbeitrag von den GRÜNEN zu erhalten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Was könnte man eigentlich mit 400 Millionen DM an dringend notwendigen landespolitischen Maßnahmen verwirklichen!

(Welteke (SPD): Das ist aber interessant! Ich dachte nach Ihrer einleitenden Rede, Sie würden sie gar nicht mehr ausgeben wollen!)

Wenn man schon über solche Beträge spricht und dafür hohe Kreditmittel aufwenden will - das ist doch Ihr politischer Wille -, dann muß man auch darüber sprechen, ob man das nicht auch anders - besser - ausgeben könnte.

(Welteke (SPD): Was hat denn nun bei Ihnen Priorität? Eine Konsolidierung oder die Ausgaben? - Vielhauer (GRÜNE): Das hätten Sie auch gleich sagen können, daß Sie etwas abhaben wollen!)

Hier erinnere ich mich, daß es noch nicht einmal sechs Monate her ist, als auch die SPD erklärte, ein Kindergartengesetz mit finanzieller Ausstattung sei notwendig, es sei aber kein Geld da.

(Welteke (SPD): Aha!)

Wie glaubwürdig sind aber, Herr Welteke, soziale Demokraten, wenn sie für DGB und GRÜNE 400 Millionen DM lockermachen können, aber für die Kinder unseres Landes noch nicht einmal 100 Millionen DM zur Verfügung haben!

(Beifall bei der CDU - Vielhauer (GRÜNE): Wo haben Sie denn Politik gelernt?)

Oder um ein anderes Beispiel anzuführen, das landauf, landab im politischen Gespräch, auch bei Ihnen, ist: Die Landräte in Nordhessen haben in Übereinstimmung mit uns einen Strukturfonds von 100 Millionen DM gefordert. Im Haushalt 1987 - genau wie 1986 - ist nicht eine zusätzliche Mark für Nordhessen vorhanden.

(Zuruf von der CDU: Keine müde Mark!)

Unserem Lande hätte es mehr genutzt, 100 Millionen DM im Rahmen eines nordhessischen Landesstrukturprogramms für Arbeitsplätze und wirtschaftliches Wachstum auszugeben,

(Vielhauer (GRÜNE): Wir haben doch gerade über die Strukturmaßnahmen geredet! Nur haben Sie sie eben noch abgelehnt!)

als den GRÜNEN 100 Millionen DM in den Rachen zu werfen.

(Beifall bei der CDU - Vielhauer (GRÜNE): Die sind doch zum Teil für Nordhessen! Was erzählen Sie denn hier? Wer hat Ihnen denn diese Rede geschrieben? Das ist ja peinlich!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich mit einer persönlichen Bemerkung abschließen, vielleicht vergleichbar der sehr persönlichen Äußerung, die der hessische Finanzminister zum Schluß der ersten Lesung gemacht hat und die darin gipfelte, daß er darstellte, andere arbeiteten mit Verleumdungen, Verdrehungen und Halbwahrheiten, und dies werde auf Dauer irreparabel der Demokratie schaden.

Ich wünschte mir, daß Sie, Herr Finanzminister, der Ministerpräsident und Ihre Partei, diesen Rat in den vergangenen vier Jahren selbst befolgt hätten.

Lassen Sie mich hinzufügen und den Sozialdemokraten sagen: Hören Sie auf, zu behaupten, gerade in diesem Zusammenhang, die CDU interessiere sich nicht für das Schicksal der Mieter der Neuen Heimat Südwest.

(Welteke (SPD): Das stimmt!)

Hören Sie auf, zu behaupten, wir wollten eine Ellbogengesellschaft, und wir schafften soziale Kälte und neue Armut.

Nicht die Massenarbeitslosigkeit, nicht die angeblich neue Armut sind soziale Zeitbomben, wie mancher Zeitgenosse formulierte. Diese Probleme lassen sich durch geeignete Politik lösen. Ich befürchte, daß sich die Lappasse als eine soziale Zeitbombe auswirken können, weil diese Vertrauen in unserem Land zerstört haben, das die Demokratie so dringend braucht.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Welches Vertrauen hat ein Arbeitnehmer, der brav seinen Gewerkschaftsbeitrag zahlt, künftig in einen Vertreter, der den größten Wirtschaftsskandal der Nachkriegsgeschichte verschuldet hat, meine Damen und Herren? Wenn Sie, Herr Krollmann, Ihren persönlichen Beitrag ernst nehmen, dann kaufen Sie die Neue Heimat Südwest so nicht und jetzt nicht.

(Beifall bei der CDU - Kuhnert (GRÜNE): Gar nicht!)

Schaffen Sie erst einmal Vertrauen und respektieren Sie den Wunsch vieler über den Rahmen der CDU hinaus nach einem unabhängigen Gutachten über die Finanz-, Ertrags- und Vermögenslage der Neuen Heimat Südwest, um Schaden vom Land Hessen abzuwenden.

Wir beantragen zur Vorbereitung der dritten Lesung die Überweisung der Nachtragshaushalte an den Haushaltsausschuß.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abg. Vielhauer (GRÜNE))

#### Vizepräsident Lengemann:

Das Wort hat Herr Abg. Kuhnert!

# Kuhnert (GRÜNE):

Liebe Mieterinnen und Mieter in Hessen!

(Zurufe von der CDU: Oh! - Vielhauer (GRÜNE): Aha, das war wieder bezeichnend!)

Das ist, glaube ich, das Publikum, für das heute hier geredet werden sollte. Wir wenden uns - ich sage das ganz offen; ich werde mich dazu noch äußern - gegen Reden mit falschen Argumenten, mit verbogenen Behauptungen, nur um interne Querelen zu behandeln.

Ausgangspunkt unseres Engagements, des Engagements der GRÜNEN, für eine langfristige Lösung der Frage Neue Heimat - und zwar lange bevor hier eine Oppositionsfraktion oder auch, das sage ich ganz ehrlich, die SPD-Fraktion über dieses Problem nachdenken wollte - war eine Stellungnahme - ich habe das bereits im Mai zitiert - des Wohnbunds, eines bundesweiten Vereins, der sich die Aufgabe gestellt hatte, neue Initiativen und Gedanken im Wohnungsbereich zu entwickeln. Diese Stellungnahme ist unter anderem auch mit meiner Betei-

ligung im Februar und April dieses Jahres erarbeitet worden.

Als kleine Nebenbemerkung, wer den Kalender kennt: Wir haben die Endberatung dieses Papieres am 1. Mai gemacht, als bekannterweise die Wolke von Tschernobyl über die Bundesrepublik hinwegging. Wer nachträglich meint, daß das soziale Engagement der GRÜNEN und auch das meiner Person in einen Zusammenhang mit Kuhhandel zu stellen sei, wird sich im Rahmen dieses Beitrages von mir auch noch eines anderen belehren lassen müssen.

Wir haben uns ausschließlich aus dem Interesse heraus über Monate in vielen Stunden mit diesem zugegebenermaßen schwierigen und zugegebenermaßen politisch auch skandalösen Verhalten dieses Neue Heimat-Konzerns im Besitze der Gewerkschaften deswegen beschäftigt, weil wir eben nicht asoziale Politik betreiben wollen, wie dies von den Vertretern der CDU heute schon wieder vorexerziert worden ist.

Wir wollen nämlich nicht Hunderttausende von Mietern in Hessen im Regen stehen lassen nach der Devise: Es ist scheißegal, was eigentlich wer veranstaltet hat, Hauptsache, es gibt Druck auf die anderen!, sondern wir wollen uns dafür engagieren, daß eine Lösung für Hunderttausende von Menschen in Hessen gefunden wird, die von ihnen auch akzeptiert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

## Vizepräsident Lengemann:

Herr Abg. Kuhnert, wegen des Ausdrucks, den Sie eben gebraucht haben, rufe ich Sie zur Ordnung. Sie wissen genau, welchen.

(Vielhauer (GRÜNE): Welchen denn?)

# Kuhnert (GRÜNE):

Ich habe gerade beim Nachlesen einer vorherigen Rede von mir festgestellt, daß ich den Ausdruck schon einmal gebraucht hatte und mich nachträglich entschuldigt habe. Ich entschuldige mich erneut dafür und nehme die Rüge mit Freuden entgegen, weil ich tatsächlich der Auffassung bin, daß es den Rednern der Union und der F.D.P. leider egal ist - ich sage: leider - , was mit den Mietern in Hessen geschieht. Hauptsache, man kann Wahlkampf organisieren.

Ich habe schon einmal gesagt: Sie können es natürlich versuchen. Aber eines, verehrte Damen und Herren von der CDU, ist wichtig: Sie dürfen sich dabei nicht erwischen lassen. Sie können natürlich interne Papiere machen, wonach es gar nicht um die Neue Heimat geht, wie es von dem Strategiepapier aus dem Konrad-Adenauer-Haus ja bekanntgeworden ist.

Nur, dann dürfen Sie solche Papiere nicht offen herumliegen lassen. In dem Papier ist doch ganz klipp und klar gesagt worden: Uns - es war ein CDU-Papier - geht es nicht um irgendeine Lösung der Mieterfragen, sondern es geht schlicht darum, Wahlkampf zu betreiben.

Sie haben kein Interesse - ich sage noch einmal: leider - an einer sozialen Lösung der Wohnungsfrage in der Bundesrepublik. Nein, im Gegenteil! Sie als CDU unter Führung des CSU-Bundesbauministers Schneider erklären schlicht: Ende des sozialen Wohnungsbaus in der Bundesrepublik. Das ist Ihre asoziale Politik in diesem Bereich.

Sie tun auch nichts, wenn es darum geht, einmal aufzuklären. Ich möchte kundtun, daß es mich sehr gewundert hat, daß sich die CDU in trauter Kumpanei an der Seite mit der SPD im Bonner Untersuchungsausschuß geweigert hat, zum Beispiel Herrn Schiesser rechtzeitig zu vernehmen, bevor er nun wieder aus der Pflicht entlassen worden ist. Dem Antrag der GRÜNEN im Untersuchungsausschuß in Bonn haben Sie nicht zugestimmt. Schließlich und letztendlich war das ja Ihr politischer Untersuchungsausschuß!

Aber auch hier im Landtag ist eigentlich Ihre Devise nur: Wahlkampf, Wahlkampf, Wahlkampf, das Thema so lange wie möglich am Kochen halten und jetzt - obwohl nun wirklich keine neuen Erkenntnisse da sind - wollen Sie im Zweifelsfalle wieder eine Verzögerungstaktik über die dritte Lesung machen.

(Badeck (CDU): Sagen Sie mal etwas zur Sache!)

- Jetzt kommt Ihr Zwischenruf: Sagen Sie mal etwas zur Sache. Ich möchte ja nicht völlig neben der Kappe liegende Äußerungen des wohnungspolitischen Sprechers der CDU im Hessischen Landtag, Herrn Jung, als Äußerungen zur Sache zitieren. Diese übergehe ich einfach. Man kann sich auch einmal mit einer Aussage vergaloppieren. Auch mir passiert das.

Wenn Sie sagen: Sagen Sie doch mal etwas zur Sache, dann antworte ich: Herr Stanitzek, Sie sollten sich vorher sachkundig machen, bevor Sie mit Zahlen operieren, die mit den Ihnen vorliegenden Gutachten gar nicht gedeckt sind.

Mir geht es zunächst einmal darum, Ihnen deutlich zu machen, daß Sie - das wundert mich natürlich - eine Verweigerungspolitik betreiben, daß Sie sich nicht den Problemen stellen. Ihre Ignoranz gegenüber denjenigen Mietern in Hessen, die nicht genügend Geld haben, spricht inzwischen Bände.

Allerdings ist festzustellen, daß dort, wo CDU-Politiker für Mieter Verantwortung tragen, die Politik der CDU ganz anders aussieht. Ich stelle heute fest, daß die Regierung des Landes Rheinland-Pfalz, getragen und bestimmt von der CDU, bis heute nicht nur keine kritische Äußerung zu dem geplanten Ankauf der Neuen Heimat Südwest, die immerhin fast 2.000 Wohnungen auch in Rheinland-Pfalz hat, geäußert hat, sondern daß sie das auch - so ist zu vernehmen - durchaus positiv sieht, aber verständlicherweise sich nicht im Rahmen des Bundestagswahlkampfes lautstark dafür einsetzen will.

(Zuruf des Abg. Wilke (F.D.P.)

Jetzt könnte man natürlich sagen: Die Kontrollgewalt des CDU-Generals, des Herrn Kanther, reicht nun einmal nur bis an die Landesgrenzen Hessens.

Dann möchte ich allerdings auch feststellen, daß der Nachfolger des Frankfurter Oberbürgermeisters, Herr Brück, der nun sicherlich keine kleine Figur in der hessischen CDU ist,

(Zurufe von den GRÜNEN: Doch!)

- das ist Eure Einschätzung - der öffentlich, ich wiederhole: öffentlich den Ankauf der Neuen Heimat Südwest durch das Land Hessen im Rahmen einer Fragestunde im Frankfurter Römer unterstützt hat. Er hat dies erklärt, weil - ich zitiere jetzt aus der Presseberichterstattung - dieser Ankauf durch das Land mit der an Mieterinteressen orientierten Magistratspolitik des CDU-Magistrats in Frankfurt übereinstimme.

Das ist offenbar die Position von CDUlern, die sich tatsächlich mit der Sache auseinandergesetzt haben und die hier nicht aus dem Saal herausgehen und sich in ihre Büros zurückziehen können, sondern die in der Stadt Rede und Antwort stehen müssen, wenn Mieterversammlungen sind.

Es gibt ganz offenkundig keine Alternative zu diesem Ankauf der Neuen Heimat Südwest. Ich habe auch aus der Rede von Herrn Stanitzek - das ist ja immerhin die zigste Rede der CDU zu diesem Thema - keine Alternative gehört. Man will schlicht die 100.000 Mieter in Hessen als Geiseln für den Wahlkampf benutzen.

Aber es ist auch nicht mehr soweit her mit der großen ablehnenden Haltung der Union. Nachdem der DGB den von mir auch hier im Landtag öffentlich kritisierten Schiesser-Coup wieder rückrängig gemacht hat - der politische Schaden, der dort angerichtet worden ist, trifft andere; ich bedaure ihn trotzdem -, nachdem jetzt wieder der Zustand eingekehrt ist, wie er im Frühjahr dieses Jahres war, erklärt nunmehr der CSU-Bundesbauminister Schneider, es sei sehr wohl eine Grundlage für konstruktive Gespräche zwischen dem Konzern Neue Heimat und dem Bund gegeben. Man sei auch seitens der Bundesregierung bereit, nunmehr finanziell zu helfen, wenn auch zunächst nur im Rahmen der Bürgschaften.

In einer Zeitungsmeldung vom 17. November - also eine Woche her - heißt es, er sehe neben diesen guten Voraussetzungen für weitere Gespräche allerdings keine Möglichkeit, Geld zu geben.

Aber ich gehe davon aus, daß dieses platte Verdikt von Herrn Schneider, nämlich aus Bonn werde es keine direkten Hilfen für die Neue Heimat geben, schlicht nach dem Bundestagswahlkampf eingestellt werden wird. Dann wird es auch ein konstruktives Gespräch über die Zukunft dieser Gesellschaft geben.

Denn eines muß allen klar sein: Die jetzt gesuchte Lösung, diesen Konzern an eine Verkaufsgesellschaft, auch wenn sie sich anders nennen mag, zu übertragen, kann keine langfristige Lösung sein. Es kann nicht im Sinne einer Partei, welcher politischen Orientierung auch immer, sein, staatliche Förderungsmittel - ich sage es einmal ganz drastisch - über Spekulationen - aus welchem Grund und auch auf Grund welcher in der Hamburger Konzernzentrale gemachten Fehler auch immer - in private Gewinne umzubiegen.

Fazit eins dieses Punktes: Die CDU ist offenkundig für den Ankauf der Neuen Heimat in Hessen, nämlich dann, wenn sie wirklich politisch dazu Rede und Antwort stehen muß.

Fazit zwei dieses Punktes: Es gibt offenbar keine ernsthaften Gründe gegen den Ankauf, nachdem die GRÜ-NEN dafür gesorgt haben, daß ganz klare Konditionen für diesen Kauf festgelegt worden sind.

Deswegen will ich mich zu diesen Konditionen noch einmal en detail? äußern. Zunächst einmal war eine der entscheidenden Konditionen, daß dieses Geschäft, ein schwieriges Geschäft und ein durchaus politisch zu diskutierendes Geschäft - wir weichen da keiner Fragestellung aus - von den Mietern gewollt wird. Die Mietervereine in Frankfurt, der Heimat-Siedlung, der Dunant-Siedlung, der Siedlung Alt-Eschersheim, der Deutsche Mieterbund in Hessen, fordern, und zwar explizit auch von der CDU und der F.D.P., den verbalen Solidaritätsbekundungen im Wahlkampf gegenüber den Mietern konkrete Tatsachen folgen zu lassen und heute

zuzustimmen. Ihnen liegen diese Schreiben vor. Ich bin einmal gespannt, wie Sie ihr Abstimmungsverhalten dort rechtfertigen wollen.

Zweitens. Wir haben im Mai 1986 im Hessischen Landtag erklärt, daß - ich habe dargestellt, daß die Förderung des sozialen Wohnungsbaues ein Treueverhältnis darstellt -, wenn ein Treueverhältnis mißbraucht wird - diesen Mißbrauch habe ich hier auch politisch markiert -, dann dieses Treueverhältnis aufgehoben werden müsse, daß dann allerdings auch - ich zitiere jetzt aus der Rede vom 28. Mai - die politisch Verantwortlichen in Bund, Land und Gemeinden, nicht nur zur Lösung der finanziellen Probleme der Neuen Heimat verpflichtet sind,

sondern sie sind auch dazu verpflichtet, Zielvorgaben über die künftige Nutzung, die künftige Verfügung, den Erhalt der Finanzierung und der Kontrolle des sozial gebundenen Wohnraums zu entwickeln und damit dieser Aufgabe zu entsprechen. Ein einfaches Aufkaufen dieser Bestände, wie das in Nordrhein-Westfalen stattfindet, um sie weiter an den Markt zu geben, würde kein Problem lösen.

Soweit meine damaligen Ausführungen zur Grundlegung der Verhandlungen, die wir mit der SPD über die Frage des Ankaufs der Neuen Heimat, ja oder nein, geführt haben.

Wir haben bereits im Mai unsere Bedingungen hier glasklar auf den Tisch gelegt. Ich darf deshalb noch eine zweite Passage zitieren:

Aber die Krise der Neuen Heimat soll auch als eine Chance für einen Neubeginn der Wohnungspolitik in Hessen genutzt werden. Der Verhandlungsauftrag der Landesregierung ist zwischen den Parteien SPD und GRÜNE an das Ziel gebunden worden, die dauerhafte Belegung und Mietpreisbindung zu gewährleisten und ein neues wohnungspolitisches Konzept der Mietermitbestimmung durchzusetzen. Wenn die Mietwohnungen

(Zuruf Fischer (CDU))

- jetzt hören Sie einmal zu, Herr Fischer -

der Neuen Heimat durch dieses neugebildete Unternehmen in Landesbesitz

- ich wiederhole es noch einmal, weil dieses die abschließende Zustimmungskondition ist -

auf Dauer mit geringen Mieten festgebunden werden, dann kann keiner von einer erneuten Subventionierung dieser Wohnungen sprechen.

Und wir haben gesagt:

Über die Randbedingungen für diese Verkaufsverhandlungen ist auf unser Drängen festgelegt worden, daß, wenn es zu einem Kauf der Neuen Heimat Südwest kommt, bei der rechtlichen Ausgestaltung der übernommenen Gesellschaft in den Organen und in der Geschäftspolitik eine Mietermitbestimmung verankert wird.

Das waren die zwei Kernpunkte, nach denen wir unsere politische Verantwortung ausgerichtet haben.

An dieser sozialen Grundhaltung der GRÜNEN hat sich nichts, aber auch gar nichts, auch nicht durch den skandalösen Ausverkauf der Gemeinwirtschaft durch den DGB, geändert. Da hat es keine Koppelgeschäfte gegeben.

Für meine Person erkläre ich hier deutlich, daß weder während der Verhandlung noch bei der Frage der Zustimmung es irgendwelche neuen Bedingungen gegeben hat, sondern daß einzig und allein meine Zustimmung zum Ankauf der Neuen Heimat Südwest aus der Erfüllung dieser Forderung, die ich im einzelnen noch belegen will, begründet ist.

(Zuruf Fischer (CDU) - Beifall Engel (GRÜ-NE))

- Ich persönlich - ich weiß nicht, ob da jetzt andere GRÜNE auch klatschen - sehe natürlich in dem billigen Flickwerk eines Energienachtragshaushaltes ein Placebo, eine Ersatzhandlung für die fehlende Durchsetzung des GRÜNEN-Landesversammlungsbeschlusses, NUKEM alt und Biblis A noch in diesem Jahr stillzulegen.

Aber, Herr Wilke und Herr Stanitzek, Ihre völlig unsinnige Behauptung, meine Bedenken beim Ankauf der Neuen Heimat seien nicht zur Sache ausgeräumt, sondern ich sei durch hundert Millionen für Joseph Fischer gekauft worden, diese Absurdität einem grünen Abgeordneten gegenüber, der selbst diesem Minister niemals das Vertrauen ausgesprochen hat, spricht für Ihre geistigen Kapazitäten und für eine Klarheit meiner eigenen inhaltlichen Position.

(Beifall bei den GRÜNEN - Vielhauer (GRÜNE): Das war in Ordnung!)

Ich brauche keinen Kuhhandel, um mich an meinen eigenen Zusagen und Aussagen, die ich im Hessischen Landtag gemacht habe, festnageln zu lassen. Ausschließlich diese Konditionen stehen heute zur Debatte. Ich glaube auch nicht, daß die absurde Idee, ich hätte im selben Rahmen dieser Diskussion nachträglich der Inthronisierung des grünen Ministers zugestimmt, irgend jemand ernst nimmt.

Wir haben erklärt, daß, wenn diese Bedingungen erfüllt sind - das habe ich im Landtag im Mai schon betont, das haben wir auch im Mai so deutlich gesagt, Herr Dr. Jung -, dann stimmen wir dem Kauf der Neuen Heimat zu, egal, was sonst noch landes- oder bundespolitisch geschehen mag. Genau das ist der Punkt, über den wir heute hier diskutieren.

(Dr. Jung (CDU): Alle Fragen, die gestellt wurden, sind nicht beantwortet!)

Dieses klare Wort vom Mai dieses Jahres, daß wir hunderttausend Mieter in Hessen nicht im Regen stehen lassen, wird heute durch den Ankauf der Neuen Heimat Südwest eingelöst und nichts anderes.

> (Vielhauer (GRÜNE): Sage, daß du trotz der hundert Millionen für die Energiepolitik zustimmst!)

Ganz offenkundig ist aber auch für uns entscheidend gewesen - daraus mache ich überhaupt keinen Hehl -, daß wir eine erhebliche inhaltliche Veränderung dieses künftigen Unternehmens mit erheblichem - ich sage es auch ganz offen - Verhandlungsaufwand der SPD abgerungen haben.

Es ist kein Zweifel, daß das, was zwischen SPD und GRÜNEN als Fraktionsvereinbarung für den Ankauf der Neuen Heimat Südwest vereinbart worden ist, einen Durchbruch in der verkrusteten Struktur der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft darstellt.

(Beifall Engel (GRÜNE))

Es kann gar nicht bestritten werden, daß Mietermitbestimmung ein politischer Preis ist, den die SPD hier hat entrichten müssen. Aber es kann auch nicht bezweifelt werden, daß dies die einzige Chance ist, da Staatsverwaltung allein keine Garantie ist, daß ewerkschaftlicher Besitz auch keine Garantie ist, daß offenbar nur eine Mietermitbestimmung eine Garantie ist, daß soziales Wohnungseigentum künftig nicht mehr mißbraucht werden kann. Wir versuchen, diese Garantie hier zu verankern.

(Dr. Jung (CDU): Das ist 1923 schon gescheitert!)

Die Vereinbarung zwischen SPD und GRÜNEN vom 28. Oktober dieses Jahres zum Ankauf der Neuen Heimat macht ja auch inzwischen bundesweit die Runde. Auf Antrag der GRÜNEN im Münchner Stadtrat wurde mit den Stimmen von GRÜNEN und SPD beschlossen, daß der Münchner Oberbürgermeister Kronawitter mit der bayerischen Staatsregierung Verhandlungen aufnehmen solle und dabei den Mietern ein Mitbestimmungsrecht bei der Geschäftspolitik eingeräumt werde, und diese Verhandlungen sollten sich am sogenannten hessischen Modell der Vereinbarung orientieren.

(Engel (GRÜNE): Sehr gut!)

Dies belegt also, daß die von uns GRÜNEN durchgesetzte grundlegende Änderung der künftigen Geschäftspolitik eine zukunftsweisende Lösung zugunsten der Mieter ist.

(Engel (GRÜNE): Der wird den Strauß auch noch überzeugen! - Fischer (CDU): Hoffentlich nicht!)

Wir haben auch erhebliche Schwierigkeiten mit der Kaufpreisbindung gehabt. Wir haben politisch erklärt, da wir auf keinen Fall bereit sind, den Kaufpreis von 300 Millionen DM zu akzeptieren. Die BGAG hat der Landesregierung ein Verkaufsangebot von 298 Millionen DM auf den Tisch gelegt. Kein Mensch von der CDU hat darüber geredet, daß die Hessische Landesregierung nur 235 Millionen DM bezahlen wird, obwohl nach den Vertragskonditionen, die der Herausnahme dieser Gesellschaft zugrunde liegen, der DGB verpflichtet ist - jetzt sage ich noch einmal: Nordrhein-Westfalen mit etwa 2 Millionen DM beziffert -, rund 298 Millionen DM für die Regionalgesellschaft Neue Heimat Südwest zu bezahlen, und zwar in bar.

Wir haben allerdings verlangt, daß sämtliche Verslechtungen zwischen der Tochtergesellschaft Südwest und dem Konzern in Hamburg aufgehoben werden. Aus dieser politischen Forderung, die wir gestellt haben, weil wir nicht bereit sind, irgendwelche Sauereien in Hamburg nachträglich abzudecken, ist die Ablösung des Besserungsscheins erfolgt, auf Grund unseres politischen Drucks.

Denn wirtschaftlich gesehen - da irrt Herr Stanitzek, und ich befürchte, er hat sich da nicht sachkundig gemacht - ist folgendes zu beurteilen. Jeder muß zur Kenntnis nehmen, daß dieser gemeinnützigkeitsrechtlich durchaus fragliche Besserungsschein in der Bilanz 1985 der Neuen Heimat Südwest abgeschrieben worden ist, also eine nicht mehr valutierende Forderung gegenüber Hamburg ist.

(Engel (GRÜNE): Das mußt Du ein bissel erklären!)

Das heißt ganz konkret - ich bin gern bereit, das zu erklären -: Es besteht gar keine förmliche Forderung in

Höhe von 30 Millionen DM von der Südwest an Hamburg,

(Zuruf des Abg. Dr. Jung (CDU))

sondern es ist nur noch eine nominelle Absichtserklärung gewesen. - Aber Herr Jung, halten Sie sich besser mit Ihrem Zwischenruf zurück, ich befürchte, Sie vergaloppieren sich sonst zum zigsten Mal.

(Beifall des Abg. Engel (GRÜNE))

Mit diesem Besserungsschein, mit der Bezahlung dieses Besserungsscheins wird ein von uns hier im Landtag aufgeworfenes gemeinnützigkeitsrechtliches Bedenken ausgeräumt. Damit ist eine der Kernforderungen erfüllt.

Allerdings muß ich auch zur Kenntnis nehmen, daß, wenn dann der DGB - sprich die NH Hamburg - 30 Millionen DM Bares an die Tochtergesellschaft hinüberschiebt, obwohl es finanziell gar nicht mehr zu fordern war, dies natürlich eine bare Erhöhung des Vermögens dieser Tochtergesellschaft ist

(Engel (GRÜNE): Richtig! Ist das so schwer zu verstehen?)

und daß wir aus diesem bilanziellen Grunde schlicht 30 Millionen DM mehr Kaufpreis bezahlen müssen. Bei all dem blöden Geschmack, den diese Geschichte hat, ist es mir lieber, 30 Millionen DM zu bezahlen, als in irgendeiner Weise den Eindruck entstehen zu lassen, wir wollten in eine nachträgliche Haftung von gemeinnützigen Sauereien von Hamburg treten.

(Beifall des Abg. Engel (GRÜNE) - Vielhauer (GRÜNE): Schon wieder ein unanständiges Wort gebraucht!)

Das ist der Punkt. Der reale Kaufpreis beträgt 235 Millionen DM und keine müde Mark mehr.

Damit haben wir GRÜNEN auch die Forderung durchgesetzt, daß der DGB eben deutlich unter der Preisforderung von 298 Millionen DM bleiben muß.

Wenn man das also so zusammenrechnet, heißt dies, daß der DGB - sprich die BGAG - präzise 298 Millionen DM für die Neue Heimat an den Konzern Neue Heimat bezahlt, vom Land Hessen jedoch nur 235 Millionen DM bekommt. Das heißt, knapp 65 Millionen DM berappt der DGB selber zur Sanierung der Neuen Heimat Südwest. Das war unsere politische Forderung an den Eigentümer DGB, mitzuhelfen, daß wir diese Gesellschaft tragen können.

(Beifall bei den GRÜNEN - Fischer (CDU): Die Mitglieder des DGB lassen schön grüßen!)

Damit ist auch diese politische Forderung, deutlich unter 300 Millionen DM zu bleiben, erfüllt worden.

Ich gebe zu, daß es wünschenswert gewesen wäre, die finanzielle Solidität des Unternehmens machte kein Nachschießen erforderlich.

(Engel (GRÜNE): Das wäre möglich gewesen!) Wir hätten uns auch bei einem anderen Geschäftsgebaren des Gesamtkonzerns vorgestellt, daß diese saure Traube an uns vorbeigegangen wäre. Aber man muß zur Kenntnis nehmen, daß wohl auch unter Umgehung der Aufsichtsräte und der staatlichen Kontrollen, die, wie oft, nicht funktioniert haben, dem Unternehmen Südwest so viel Geld in den vergangenen Jahren entnommen worden ist, daß die an und für sich solide Basis kurzfristig gefährdet war.

Da es unser politisches Ziel ist, 30.000 Wohnungen auf Dauer zu sichern, war es für uns selbstverständlich, dann auch eine finanzielle Konsolidierung dieses Unternehmens mit zu tragen. Es hat überhaupt keinen Sinn, sich gegenseitig vorzumachen, es handele sich hier um ein Wahlkampfunternehmen. Dann hätte man nämlich schlicht den Nachschuß herausgestrichen, dann hätte man hier politisch sagen können: Wir zahlen 235 plus 30 Millionen DM und keinen Pfennig mehr, und ein Jahr später hätte man feststellen müssen, daß eine Nachschußpflicht erforderlich gewesen wäre.

Diesen Kuhhandel, den CDU und F.D.P. in vielen anderen Ländern betreiben, wollten wir nicht betreiben, sondern wir wollten klipp und klar - das war unsere zweite Forderung - eine Lösung des Konfliktes Neue Heimat, eine Übernahme dieser Gesellschaft, ohne daß der Steuerzahler künftig damit weiter belastet wird.

(Wilke (F.D.P.): Na! - Dr. Jung (CDU): Jedes Jahr wird er belastet!)

Auch diese Forderung ist damit erfüllt.

Dritte Forderung: Wir haben verlangt, nachdem auf eigene Initiative durch die Landesregierung ein Verbandsgutachten durch den Prüfverband Südwest über das Unternehmen gegeben wurde, daß die Treuarbeit dieses Gutachten überprüft. Das war unser politischer Wunsch,

(Zuruf des Abg. Wilke (F.D.P.))

um unter anderem zu gewährleisten, daß es eben nicht, wie heute fälschlich von der CDU behauptet, irgendwelche Bedenken bei dieser Wertermittlung geben könne. Die CDU hat in Bonn immer wieder die Einschaltung der Treuarbeit verlangt, und ich mache kein Geheimnis daraus, daß dieses Unternehmen knochenhart prüft und im Rahmen seiner gesetzlich vorgeschriebenen Redepflicht auch auf Probleme hingewiesen hat, die nicht Gegenstand des Auftrags waren. Von daher ist auch die Forderung der CDU, nochmal dasselbe Unternehmen mit denselben Fragen zu beauftragen, schlicht Wahlkampfgeklingel gewesen.

Das heißt, wir haben wirklich auch einen wirtschaftlich tragbaren Preis von 235 Millionen DM erzielt, der von dem gedeckt ist, was man am Markt erzielt. Aber ich mache auch kein Geheimnis daraus, daß es mir sehr recht gewesen wäre, der DGB wäre mit 38 Millionen DM zufrieden gewesen. Aber - das beklagen alle Fraktionen - er hat sich eben wirtschaftlich verhalten, genau dem entsprechend, was als seine Aufsichtsfunktion als BGAG, als ein wirtschaftlich handelndes Unternehmen an dieser Stelle gesetzt war zur Lösung der Gesamtkrise.

(Dr. Jung (CDU): Wenn der Käufer vorher schon durch Zeitungsanzeige sagt, was er zahlen will!)

Die vierte Forderung war, daß alle vertraglichen Verflechtungen zwischen der Tochtergesellschaft Neue Heimat Südwest und dem Hamburger Konzern aufzuklären und aufzuheben sind.

Dazu kann ich erstens feststellen: Der Generalbesorgungsvertrag, der nach Feststellungen des Hamburger Untersuchungsausschusses in unzulässiger Weise Geld entnommen hat, wird aufgehoben. Zweitens werden die im Rahmen des BGAG-Einflusses liegenden Verträge in Richtung Versicherung und ähnlichem gekappt werden. Damit sind die entscheidenden Punkte der Befürchtung, daß wir ein Unternehmen übernehmen, das weiter im

Dunstkreis des gemeinnützigen Gemauschels in Hamburg stehe, widerlegt.

(Nitzling (SPD): Gemeinwirtschaftlich! - Fischer (CDU): Das Gemauschel hat Sie auch schon eingeholt!)

- Gemeinwirtschaftlich, stimmt.

Die vierte Forderung war, daß, bevor wir endgültig einem Kauf durch das Land zustimmen, eine Klärung. der Durchgriffshaftung haben wollen. Davon wurde heute nicht mehr geredet, weil diese Forderung erfüllt worden ist.

Der Finanzminister hat nicht nur im Haushaltsausschuß verbindlich erklärt, sondern ich gehe auch davon aus, das ist mir bestätigt worden, daß im Kaufvertrag festgelegt wird, daß das Land Hessen keine Durchgriffshaftung durch den Ankauf der Regionalgesellschaften übernehmen wird. Die Regelung, die gefunden worden ist, daß nämlich eine Unternehmsbeteiligungsholding, Tochter der BGAG, zwischenzeitlich die Anteile hält, garantiert darüber hinaus, daß, wenn überhaupt Forderungen aus dem Konzernkonkurs, so er denn entstehen möge, erhoben werden, diese gegen die BGAG und nicht gegen das Land gehen. Das heißt, auch diese Forderung, Klärung der Durchgriffshaftung, ist erfüllt.

Ebenso liegt dem Hessischen Landtag als Anlage zum Protokoll der 92. Plenarsitzung eine Erklärung der Landesregierung zum Thema Gemeinnützigkeit vor. Ich zitiere die Erklärung des Ministers Winterstein:

Das Land Hessen beabsichtigt, die Geschäftsanteile der Neuen Heimat Südwest komplett zu erwerben. Dadurch bleiben die 38 Millionen DM Kapitaleinlagen innerhalb des gemeinnützigen Wohnungsunternehmens Neue Heimat Südwest erhalten. Sie werden nicht abgezogen. Deshalb können Gesellschafter der Neuen Heimat Südwest die Gesellschaft über dem Nennbetrag ihrer Kapitalbeteiligung veräußern, ohne damit gegen Vorschriften des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes zu verstoßen.

Auch mit dieser Erklärung ist unsere Forderung erfüllt worden, sicherzustellen, daß der Kauf der Neuen Heimat Südwest nicht gegen gemeinnützigkeitsrechtliche Regelungen verstößt.

(Zuruf des Abg. Dr. Jung (CDU))

Sechste Forderung: Unsere Forderung, die in Schwebe befindlichen Siedlungen in Frankfurt, die an die BGI verkauft worden waren, zurückzuholen, ist erfüllt. Ich kann zunächst feststellen, daß die Siedlungen in Frankfurt namens Dunant und Alt-Eschersheim wiederum in der Verfügungsgewalt der Neuen Heimat Südwest sind. Nachdem inzwischen der Eigentümer der ehemaligen Siedlung in Frankfurt-Dornbusch zur Rückveräußerung bereit ist, laufen auf Bitte der Landesregierung jetzt auch Rückkaufsverhandlungen hierüber.

(Beifall des Abg. Engel (GRÜNE))

Auch diese Forderung ist erfüllt worden. Dies war ein ganz wesentlicher politischer Punkt, nicht diejenigen im Regen stehenzulassen, die quasi schon durch Überraschungscoups vorher verkauft worden sind, sondern all denen zu helfen, denen man noch helfen kann.

Die entscheidende politische Wende des Unternehmens ist allerdings die Veränderung der Geschäftspolitik. Die Kernpunkte möchte ich kurz zusammenfassen.

Erstens. Die Mietwohnungen dieses Unternehmens im Landesbesitz dürfen künftig grundsätzlich nicht mehr verkauft werden. Damit ist endlich der Ausverkauf von gemeinnützigem Wohnungsbestand gestoppt, ebenso wie die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen unterbunden ist. Auch wenn die öffentlichen Mittel zurückgezahlt sind - das ist der Punkt, Herr Stanitzek, an dem diese Regelungen greifen -, bleiben 30.000 Wohnungen in Hessen gebunden.

Zweitens. Alle diese Wohnungen werden auch auf Dauer Mietbewerbern angeboten, die den heutigen Vorschriften des sozialen Wohnungsbaus, der Sozialbindung, entsprechen, auch wenn in Bonn ein Kahlschlag des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes oder der Sozialbindung Platz greifen wird. Dieses neue Unternehmen im Landesbesitz wird auch dann eine soziale Idee in der Wohnungspolitik realisieren, wenn die gesetzlichen Grundlagen in Bonn schon längst gesprengt worden sind. Auch die Orientierung an der Kostenmiete, solange die rechtlichen Regelungen es irgend zulassen, ist festgelegt worden, wobei wir uns allerdings auch darauf verständigt haben, endlich einen Fehler der Vergangenheit gutzumachen: Sollte die zweite Berechnungsverordnung aufgehoben werden, dann soll eine einkommensabhängige Miete in diesem Bestand eingeführt werden. Dann wird endlich das leidige Problem der Fehlbelegung umgangen.

Drittens. Die Großstruktur eines solchen Unternehmens mit 30.000 Wohnungen bringt immer wieder die Gefahr mit sich, daß Fehlentscheidungen und Mißbrauch geschehen können. Die beste Sicherung dagegen ist, daß die Mieter, die eine solche Fehlentscheidung ausbaden müßten, ein entscheidendes Wort mitreden können. Genau dies haben wir GRÜNEN durchgesetzt: ein Mietermitbestimmungskonzept, das weit über die bisherigen Rechte von Arbeitnehmern in ihrem Betrieb hinausgeht.

(Zuruf des Abg. Fischer (CDU))

Im Aufsichtsrat werden ein Achtel Vertreter von Mieterinnen und Mietern sein, und es werden endlich - was wir seit den siebziger Jahren fordern - Mieterräte gebildet werden, die entscheidendes Mitspracherecht bei der Geschäftspolitik haben. Die Geschäftsführung wird bei bestimmten Entscheidungen, die die Mieter betreffen, an das Einvernehmen mit dem Unternehmensmieterrat gebunden sein. Das heißt, dieser erhält einen Zustimmungsvorbehalt. Dieser Zustimmungsvorbehalt gilt bei einer ganzen Reihe von Entscheidungen uneingeschränkt, das heißt, die Geschäftsführung ist gezwungen, sich mit dem Unternehmensmieterrat zu einigen. Bei Entscheidungen allerdings, die für die Ertragskraft des Unternehmens bedeutsam sind und bei denen keine Einigung erzielt wird, kann die Zustimmung des Unternehmensmieterrats durch die Entscheidung des Aufsichtsrats ersetzt werden.

Ich will nur skizzieren, was Mieter künftig in diesem Unternehmen mitbestimmen können: Da geht es um die Festlegung von Instandhaltungsprogrammen, von Modernisierungsprogrammen, um die Ausgestaltung der Neubauprogramme, die Neugestaltung von Programmen für Gemeinschaftseinrichtungen, die Festlegung von Grundsätzen für die Belegungs- und Kündigungspraxis, die Festlegung von Richtlinien für Freiraumnutzung und, was uns sehr wichtig ist, die Festlegung von Richtlinien zu weiterreichenden Formen der Selbstverwaltung. Denn wir sind selbstverständlich nicht damit zufrieden, nur eine Unternehmensmitbestimmung zu haben, sondern wir sind der Auffassung - wie dies auch im Rahmen der

Stiftung "Nachbarschaftliche Träger" praktiziert werden wird -,

(Zuruf des Abg. Badeck (CDU))

daß weiterreichende Formen der Selbstverwaltung der Mieter zu ermöglichen sind.

Mit diesen Punkten sind alle entscheidenden Bedingungen erfüllt worden, die wir GRÜNEN an den Ankauf der Neuen Heimat Südwest geknüpft haben: Klarheit über Haftungsfragen, Klarheit über die Frage der Gemeinnützigkeit, feste Rahmenbedingungen für die Gesellschaft im Landesbesitz, nämlich kein Verkauf von Wohnungen, dauerhafte Mietpreis- und Belegungsbindung und - das war eben unser politisches Koppelgeschäft - Mietermitbestimmung bis hin zur Mieterselbstverwaltung.

(Badeck (CDU): Und wer zahlt am Schluß die Zeche?)

Durch die Erfüllung dieser Bedingungen ist unser Ja zum Ankauf der Neuen Heimat Südwest uneingeschränkt gegeben. Wir sind in der Lage zu sagen: Wir haben unser Wort 100.000 Mietern in Hessen gegenüber gehalten.

(Beifall bei den GRÜNEN - Badeck (CDU): Zu Lasten der Steuerzahler!)

# Vizepräsident Ernst:

Das Wort hat Herr Abg. Wilke.

# Wilke (F.D.P.):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir können sicher feststellen, daß die Landesregierung und ganz besonders die SPD in der Frage Neue Heimat standhaft waren und einen einmal gefaßten Beschluß, dem DGB zu helfen, zu keinem Moment in Frage gestellt haben. Gleichgültig, was sich im Zusammenhang mit der Neuen Heimat abspielte, wurde der Kaufpreis von 300 Millionen DM bis auf 2 Millionen, egal, wie man rechnet, erfüllt.

(Nitzling (SPD): Wie beim Kronzeugen, Herr. Wilke!)

Die Fragen der Mieter wurden nicht anders behandelt. Es wurde nicht geprüft, welche Möglichkeiten sich aus neuen Entwicklungen ergeben. Die Entwicklungen waren ja vielfältig: Ausstieg des DGB, Konkursandrohung, Übernahme durch Schiesser, dann die Feststellung beim DGB: so geht es halt doch nicht, die Durchgriffshaftung besteht; der DGB in der vollen Verantwortung, wieder Rücknahme durch den DGB, erheblicher Zuschuß des DGB für die Neue Heimat. Aber das alles berührt den Komplex Neue Heimat Südwest nicht. Hier war die finanzielle Sicherung durch die Hessische Landesregierung zu jedem Zeitpunkt gegeben. Es wurde keine Chance genutzt, andere Regelungen im Interesse der Mieter zu treffen als die, daß der Steuerzahler in Hessen das alles doppelt bezahlen muß.

Auf dieser Grundlage sind alle Gespräche geführt worden. Die Schwierigkeit war noch, die Mehrheit zu bekommen. Herr Kuhnert hatte für die GRÜNEN sehr deutlich gesagt, welche Bedingungen erfüllt sein müßten. Aber ich frage mich, was geblieben ist. 33 Millionen DM als Kaufpreis waren ja einmal der Eckpunkt, weil das im Grunde den Ertragswert der Neuen Heimat darstellt. Jetzt ist es kein Problem mehr; das war einmal eine theoretische Erörterung. Er hat die Bedingungen zurückgenommen, und jetzt paßt es genau: Die Bedingungen der Hessischen Landesregierung ergeben die Zustimmung der

GRÜNEN, und das Einkaufen durch ein zusätzliches Energieprogramm wird doch nicht ernsthaft bestritten. Denn was hat das Energieprogramm mit der Neuen Heimat zu tun?

(Demonstrativer Beifall des Abg. Engel (GRÜ-NE))

Wozu brauchen wir jetzt schon Festlegungen für die Haushalte 1987, 1988 und 1989, wenn nicht die GRÜNEN dies als ihre Bedingung eingebracht hätten?

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN) Daher gibt es für uns keine Veranlassung, die Angelegenheit anders zu sehen als vor einem halben Jahr. Die F.D.P. sieht keine Notwendigkeit, mit zusätzlichen Steuersubventionen den Komplex Neue Heimat in Hessen zu bereinigen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Nitzling (SPD): Otto macht wieder alles durcheinander!)

Der DGB war jetzt gezwungen, die Karten offen auf den Tisch zu legen. Wir meinen, wenn das vor einem halben Jahr passiert wäre, dann hätten Sie sich manches Ungemach, auch politisches Ungemach, ersparen können.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Denn daß DGB und SPD in solcher Solidarität der deutschen Öffentlichkeit ein solches Bild vorspiegeln mußten, hat weder im Interesse der Arbeitnehmer im Lande noch im Staatsinteresse gelegen. Daß hier soviel Vertrauen verloren gegangen ist, hätte man sich ersparen können. Auch Herrn Breit wäre wohler gewesen; wenn er den Forderungen von Bundesminister Schneider gefölgt wäre, wäre er nicht in dieses Abenteuer geschlingert, dann hätte er gewußt, mit was für einem Unternehmen und mit welchen Karten er spielt. Er hat dies alles nicht gewußt, sonst wäre doch ein solches Spiel gar nicht möglich gewesen. Die Affäre Lappas hätte man sich unter diesen Bedingungen auch ersparen können.

Daher ist es richtig, daß, nachdem jetzt die Karten auf dem Tisch liegen, der Bund bei seinem Wort bleibt, das er schon vor einem Dreivierteljahr gegeben hat, sich an der Regelung des Komplexes Neue Heimat zu beteiligen. Auch die Banken werden sich daran beteiligen; daran gibt es doch gar keinen Zweifel.

Aber all dies, was zu einer Entlastung an Kosten führt, findet in Hessen nicht mehr statt. In Hessen bleiben wir bei den vorgegebenen Summen an Steuermitteln, die jetzt zur Sanierung beitragen.

Herr Kollege Stanitzek hat darauf hingewiesen, was die Entscheidung über diesen Nachtragshaushalt für folgende Haushalte bedeutet. Denn mit dem Kauf der Neuen Heimat Südwest ist es sicher nicht abgetan. Was an zusätzlichen Maßnahmen im Bereich der Modernisierung und Sanierung alles notwendig ist, haben die Gutachten gezeigt.

Hier werden in Zukunft erhebliche Mittel gebraucht, und es ist selbstverständlich, daß die Neue Heimat Südwest, wenn sie im Landesbesitz ist, auch erwartet, daß die öffentlichen Mittel genauso wie bei anderen Wohnungsunternehmen fließen. Nur gehe ich davon aus, daß, weil es dann eine Landesgesellschaft ist, sie im Interesse des Landes besser bedient wird als alle anderen, die in Zukunft Modernisierungs- und Sanierungsanträge stellen. Denn es befindet sich dann alles in der Hand des Innenministers.

(Welteke (SPD): Das ist doch bei den anderen, die im Landesbesitz sind, auch nicht so!)

- Herr Kollege Welteke, im Gegensatz zu Ihrer Auffassung denken wir auch noch an die privaten Hausbesitzer, für die natürlich dieselbe Chance gegeben sein sollte, für ihre Mieter zur Reduzierung der Miete oder der Verbesserung der Wohnverhältnisse öffentliche Mittel in Anspruch zu nehmen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Dies sind neue Belastungen, die auf den Haushalt zukommen. Es sind keine Belastungen, die zwangsläufig notwendig wären. Hier wird der Haushalt mit zusätzlichen Ausgaben, mit den daraus resultierenden Folgekosten belastet. Und das, was im Moment ansteht, regelt die Landesregierung nicht.

Ich will das Beispiel HIM nehmen. Die HIM ist durch politische Entscheidungen in Zahlungsschwierigkeiten gekommen. Die Treuarbeit hat vor einem Jahr in einem Gutachten festgestellt, Herr Ministerpräsident, daß die Sondermülldeponie, wenn Mainflingen nicht in diesem Jahr in Betrieb geht, die Investitionen und die Zinsen nicht mehr aktiviert werden können; sie müssen abgeschrieben werden. Jetzt können wir feststellen: Mainflingen ist nicht in Betrieb gegangen. Es ist ganz eindeutig, daß diese bisher aktivierten Kosten abgeschrieben werden müssen.

Die Landesregierung gibt eine Garantieerklärung ab, anstatt, was korrekt wäre, nach dem Haushaltsgesetz einen Zuschuß zu zahlen. Die Landesregierung hatte die Chance gehabt, eine weitere Vorlage zu diesem Haushalt zu machen, nachdem Sie ja bisher jede Woche eine nachgeschoben haben. Ich halte es für unerträglich, heute dem Haushaltsausschuß eine Vorlage von 57 Millionen zu einer Garantieerklärung zuzuleiten, wo absolut klar ist, daß gezahlt werden muß. Es verstößt gegen Haushaltsrecht, Zahlungspflicht dadurch zu ersetzen, daß ich Garantieerklärungen abgebe.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Wie sieht die Situation bei der HIM aus? 146 Millionen DM an Bürgschaften sind bewilligt worden. Vorige Woche sind weitere 23,5 Millionen DM an Bürgschaften bewilligt worden, zum Beispiel eine Bürgschaft dafür, daß Sie die Planungskosten für Bibesheim in den Schornstein schreiben müssen, weil nach dem Wechsel Clauss auf Fischer die politische Entscheidung gefallen ist: In Bibesheim gibt es keine Erweiterung. So etwas können Sie nicht durch Garantieerklärungen abdecken, denn entstandener Verlust muß sofort durch zugeführte Mittel ausgeglichen werden.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Das wäre etwas gewesen, was heute im Nachtragshaushalt geklärt werden müßte, was heute hätte entschieden werden müssen, nicht unter der Frage, daß wir das mit Vergnügen sehen, sondern unter dem Gesichtspunkt der Haushaltsklarheit und politisch falscher Entscheidungen, die in den Jahren 1985 und 1986 zu gravierenden Verlusten bei der HIM geführt haben. Daß sie in den Konkurs getrieben werden mußte, mußte durch eine Haushaltsvorlage dieser Landesregierung beim Nachtrag zum Haushalt 1986 ausgeglichen werden. Das wäre das gewesen, was politisch zu entscheiden war. Es ging nicht um Entscheidungen über Wolkenkuckucksheime wie Energieprogramme mit zusätzlichen Subventionen in den Jahren 1988 und 1989, um die Zustimmung der GRÜ-NEN zu bekommen, oder um ein Subventionsprogramm zur Sanierung der Neuen Heimat, um das Wohlwollen der SPD nicht zu verlieren.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt wird von uns abgelehnt. Wir hoffen, daß die Landesregierung zur dritten Lesung noch einmal überlegt, ob sie im Nachtrag nicht das bringt, was landespolitisch heute zu entscheiden ist

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

#### Vizepräsident Ernst:

Das Wort hat Herr Abg. Welteke.

## Welteke (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jedem Interessierten wird natürlich klar und ist klar, daß es der Opposition gar nicht darum geht und auch nie darum gegangen ist, durch gutgemeinte Ratschläge etwa den in Schwierigkeiten geratenen NH-Konzern vor Schaden zu bewahren und damit den DGB womöglich vor vermeidbaren finanziellen Einbußen zu schützen. Auch die Schalmeienklänge von Herrn Wilke können nicht überdecken, daß darin nie das Interesse der Oppositionsfraktionen bestanden hat.

Wer wie Sie und Ihre Parteifreunde in Bonn in den letzten Jahren zugesehen hat, wie versucht wurde, den Riesentanker NH nicht stranden zu lassen, und nichts getan und das letzte Flugblatt der Bundesregierung auf der Rückseite überschrieben hat: "Keine Steuermittel für die NH", macht ja geradezu deutlich, daß der Bundeswohnungsbauminister, außer Flugblätter über die Rechte der Mieter zu verteilen, in dieser ganzen Angelegenheit seit Frühjahr dieses Jahres nicht mehr in Erscheinung getreten ist, sondern anderen die Regie überlassen hat.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Jetzt ist der schuld!)

- Nein, ich sage, Herr Fischer, wer sich so verhält wie der Wohnungsbauminister der Bundesrepublik Deutschland dies in diesen Monaten getan hat, verhält sich ähnlich verantwortungslos wie diejenigen, die die Verantwortung dafür tragen, daß ein solch untaugliches Riesenunternehmen wie die NH entstanden ist. Sie haben nicht darauf geachtet, daß es auf einem geraden Kurs geblieben ist.

(Zuruf von der CDU: Der arme Wohnungsbauminister! Was hat denn der mit Herrn Lappas gemein?)

Die CDU im Lande Hessen und auch in der Bundesrepublik hätte den Konkurs zugelassen, wenn sie den Konkurs der Neuen Heimat nicht geradezu angestrebt hat. Es ist auf jeden Fall durch das Strategiepapier der CDU-Fraktion im Bundestag und dadurch, daß dieses Unternehmen von der CDU im öffentlichen Gerede gehalten worden ist, mit dazu beigetragen worden, daß sich eine geräuschlose Sanierung nicht hat vollziehen lassen.

#### Vizepräsident Ernst:

Herr Abg. Welteke, der Kollege Wilke möchte eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie sie zu?

(Welteke (SPD): Ja!)

Bitte sehr, Herr Abg. Wilke.

# Wilke (F.D.P.):

Herr Kollege Welteke, sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß der DGB-Vorsitzende Breit hervorragend gefahren wäre, wenn er sich so wie der Herr Wohnungsbauminister verhalten hätte, indem er sich erst informieren und dann entscheiden wollte, und nicht umgekehrt: erst Entscheidungen und dann Informationen?

# Welteke (SPD):

Herr Kollege Wilke, da sollten Sie sich noch einmal die genaue Abfolge von dem Gespräch, von dem Hilfeersuchen des Vorstandsvorsitzenden der Neuen Heimat Hamburg, Diether Hoffmann, an den Bundeswohnungsbauminister und an das gemeinsame Gespräch im Februar mit den Wohnungsministern der Länder bis hin zur ersten Aktuellen Stunde im Bundestag zum Thema Neue Heimat und die Aussagen des Wohnungsbauministers in dieser Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag sehr sorgfältig ansehen.

(Dr. Jung (CDU): Der DGB hat das doch widerrufen!)

Indiskretionen haben es dem DGB unmöglich gemacht, das vorzulegen, was er ursprünglich zugesagt hatte, weil in diesem Gespräch deutlich geworden ist, daß es der CDU in Bonn nicht darum ging, Sanierungsmöglichkeiten der NH auszuloten, sondern die Vermögensverhältnisse des DGB und damit dessen Streikfähigkeit kennenzulernen. Das war der Hintergrund, um den es hier ging.

# (Beifall bei der SPD)

Wenn sich Ernst Breit so verhalten hätte, wie sich der Bundeswohnungsbauminister in dieser Angelegenheit verhalten hat, dann hätte er sich hingesetzt und überhaupt nichts unternommen. Dann hätte er ruhig zugesehen, wie dieser Konzern immer weiter mit seinen mehreren Hunderttausend Mietern an den Rand des Konkurses gedrängt worden wäre.

Es ist ja deutlich: Die Interessen der Mieter und die Sorgen der betroffenen Kommunen sind weder bei Herrn Stanitzek noch bei Herrn Jung in den vergangenen Beiträgen hier im Landtag auch nur irgendwie erwähnt worden und zur Geltung gekommen.

Wer, meine Damen und Herren, hier noch Illusionen gehabt hätte, war spätestens - ich habe es eben schon angesprochen - seit Bekanntwerden des Strategieplans der CDU-Bundestagsfraktion für den Untersuchungsausschuß eines Besseren belehrt.

(Dr. Jung (CDU): Da steht vom Lappas nichts drin!)

Aus diesem Papier, das in seinen Einzelheiten fast an Regieanweisungen erinnert, ergeben sich doch ganz eindeutig Zweck und Ziel der ganzen Kampagne. Mit dem Hebel Neue Heimat sollten die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten geschwächt werden, damit Sie Ihre Politik der Wende zu Lasten der Arbeitnehmer und der sozial Schwächeren in unserer Gesellschaft weiter fortsetzen können. Das ist der konkrete Hintergrund.

(Beifall bei der SPD - Dr. Jung (CDU): Lappas, der Held der Arbeit!)

- Herr Kollege Jung, Sie können Ihre Zwischenrufe fortsetzen, dann komme ich auf Sie mit Ihren Angriffen auf den Ministerpräsidenten dieses Landes zurück. Nachdem Sie sich entschuldigt haben, haben Sie sich nicht entblödet, eine Woche später wieder einen Angriff zu starten. Sie verhalten sich in dieser Auseinandersetzung so schäbig, Herr Kollege Jung, als wenn ich in der Öffentlichkeit sagen würde: In Ihrem Wein ist Glykol gefunden

worden. Das will ich ihnen nur einmal deutlich sagen, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Ihre Ausfälle registriert doch kein anderer mehr als der Stenograph!)

Wenn wir über den Kauf der Neuen Heimat Südwest reden, geht es nicht um irgendeine Firma. Es geht um fast 30.000 Wohnungen und um etwa 100.000 Menschen, die in diesen Wohnungen leben. Anders als für Sie, meine Damen und Herren von der CDU und der F.D.P., waren und sind Wohnungen für uns Sozialdemokraten keine Ware wie jede andere auch, bei der die Marktgesetze von Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen - mit der Folge, daß derjenige, der Marktpreise nicht bezahlen kann, auf diese Ware verzichten muß.

Für uns gehört die Wohnung zu den elementaren Bedürfnissen menschlicher Existenz. Das in unserer Verfassung festgelegte Sozialstaatsprinzip, von dem Herbert Wehner sagte, es sei ein Befehl, verpflichtet uns auch, jedermann einen angemessenen Wohnraum zu tragbaren Bedingungen zu garantieren.

## Vizepräsident Ernst:

Herr Kollege Welteke, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage. Herr Kappel möchte eine stellen.

## Welteke (SPD):

Ich erkläre aber gleich, daß ich mein Haus nicht bei der Neuen Heimat gekauft habe, Herr Kappel. - Bitte!

#### Vizepräsident Ernst:

Herr Kappel, bitte sehr!

# Kappel (F.D.P.):

Herr Kollege Welteke, darin sind wir uns einig. Ich habe meines auch nicht dort gekauft. Aber mich würde nach Ihren Ausführungen nur interessieren: Sind Sie der Ansicht, daß die Neue Heimat im Blick auf die Mieter in deren Wohnungen das Optimale und Vorsorglichste getan hat?

(Zabel (SPD): So ein Unsinn! - Kronawitter (SPD): Jawohl, 50 Jahre lang!)

#### Welteke (SPD):

Ich bin jedenfalls davon überzeugt, daß die Neue Heimat in der Bundesrepublik Deutschland einen erheblichen Beitrag zur Beseitigung der Wohnungsnot nach 1945 geleistet hat.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Beitrag ist nicht dadurch zu schmälern, daß der Großkonzern Neue Heimat, wie viele andere kleine Wohnungsbaukonzerne und kleine Wohnungsbaugenossenschaften auch, weil das immerwährende Wachstum irgendwann ein Ende hatte,

(Kuhnert (GRÜNE): Aha!)

in eine Krise geraten ist. Diese Leistung ist auch nicht dadurch zu schmälern, daß unter Umständen einige Aufsichtsräte ihrer Aufsichtspflicht nicht Genüge getan haben und früheren Managern eine - fast muß man sagen - größenwahnsinnige Art von Geschäften im Ausland erlaubt haben. Auch dadurch ist die Leistung der Neuen Heimat nicht zu schmälern, Herr Kollege Kappel.

#### Vizepräsident Ernst:

Lassen Sie die weitere Zwischenfrage noch zu, Herr Kollege Welteke?

(Welteke (SPD): Ja!)

- Bitte, Herr Kollege Kappel!

#### Kappel (F.D.P.):

Herr Kollege, genau die letzten Bemerkungen, die Sie gemacht haben, sollen Ihrer Meinung nach beweisen, daß mit den Mietern in den Wohnungen der Neuen Heimat vorsorglich, sorgfältig und verantwortlich umgegangen worden ist?

#### Vizepräsident Ernst:

Wo ist denn die Frage, Herr Kollege Kappel?

## Kappel (F.D.P.):

Das war in Frageform formuliert.

## Welteke (SPD):

Ich wiederhole: Für uns heißt das Sozialstaatsprinzip auch, daß jedermann ein angemessener Wohnraum zu tragbaren Bedingungen zu garantieren ist. Das ist Anlaß für uns, so zu handeln, wie wir mit diesem Nachtragshaushalt vorgehen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist eine verfassungsmäßige Aufgabe, die sich aus diesem Sozialstaatsprinzip ableiten läßt, den für die Versorgung notwendigen Wohnungsbestand zu erhalten und für die Zukunft zu sichern.

An dieser Stelle muß man sich fragen: Was würde passieren, wenn das Land Hessen die Neue Heimat Südwest nicht kaufte? Von Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, ist immer wieder behauptet worden, daß dann gar nichts passieren würde. Sie behaupten, die Mieter seien sicher, weil Dauermietverträge bestünden und nicht damit zu rechnen sei, daß, wer auch immer Wohnungen der Neuen Heimat erwerbe, öffentliche Fördermittel zurückzahlen würde und damit die Wohnungen auf Sicht aus der Sozialbindung herausfallen könnten.

Angesichts des tatsächlich kaum nachvollziehbaren Notverkaufs an Herrn Schiesser muß man sich aber fragen, warum von den CDU-Fraktionen im Bund und in den Ländern Sorgen geäußert wurden hinsichtlich der Mietpreisbindung und der sozialen Sicherung der Mieter, wenn jedermann in jeder Situation die Mieter genauso stellen würde, wie wir sie jetzt mit dem Kauf der Neuen Heimat Südwest durch das Land Hessen stellen wollen

In diesem Zusammenhang wird von Ihnen immer ein großes Loblied auf das Mietrecht gesungen, das im übrigen Sozialdemokraten erkämpft haben und das in dieser Situation in der Tat hilfreich sein kann. Nur verschweigen Sie, daß Ihre Bonner Koalition seit Jahren drauf und dran ist, das Mietrecht an jeder Ecke zu durchlöchern.

## (Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wer die Presse aufmerksam verfolgt hat, weiß auch, daß Sie wesentliche Grundsätze dieses Mietrechts weiter aushöhlen wollen.

(Kronawitter (SPD): So ist das! - Koch (CDU): Das glaubt Ihnen doch keiner mehr! - Zabel (SPD): Die glauben das nicht, die fühlen das, Herr Koch!)

So beruhigt, wie Sie das immer darstellen, können die Mieter der Neuen Heimat deshalb überhaupt nicht sein. Herr Koch, wenn Sie meinen, daß das niemand glaubt, dann zitiere ich hier aus dem Bundestagsprotokoll vom 22. Oktober 1986 den Staatssekretär Erhard wörtlich, wo er die Absichten der Koalition deutlich gemacht hat. Es geht ihm erstens um die "Wiederherstellung der freien Kündigungsmöglichkeit für Mietwohnungen", es geht ihm zweitens um die "Streichung der Kündigungssperre bei Eigenbedarf in Umwandlungsfällen", es geht ihm drittens um die "Abschaffung des Vergleichsmietensystems", und es geht ihm viertens um die "Anpassung der Kostenmiete von Sozialwohnungen an die Marktbedingungen". Diese wörtlichen Zitate machen deutlich, worum es der Bundesregierung geht.

(Beifall bei der SPD)

Inzwischen scheut sich die Bundesregierung auch nicht mehr, dies bei den Kongressen und Versammlungen der Wohnungseigentümer als ihre politische Absicht für die nächste Legislaturperiode darzustellen.

Herr Kollege Koch, es ist Ihnen bisher bei dieser Kampagne gelungen, das Problem der Mietrechtsänderung zu verdrängen. Es geht nicht um eine Frage des Glaubens, sondérn hier ist eine Frage der Wahrnehmung angesprochen.

(Beifall bei der SPD)

Ein Teil der in Hessen gelegenen Wohnungen der Neuen Heimat hat keine Sozialbindung. Sie sind nur als gemeinnützige Wohnungen der Mietpreisbindung unterworfen. Entfällt aber die Gemeinnützigkeit - ich bewege mich immer noch in dem Szenario, was passiert, wenn wir uns anders verhalten - durch Verkauf an nicht gemeinnützige Eigentümer oder durch Aberkennung der Gemeinnützigkeit, so entfällt auch diese Bindung. Statt der Kostenmiete gilt dann schon heute die Vergleichsmiete, und die Vergleichsmiete darf nach Gesetz alle drei Jahre um bis zu 30 Prozent steigen.

Sicher geht es heute in erster Linie um diejenigen, die jetzt in den Wohnungen der Neuen Heimat Südwest leben. Wer allerdings den Anspruch erhebt, verantwortungsbewußte Wohnungsbaupolitik zu betreiben - diesen Anspruch erheben wir -, der muß auch an die Zukunft denken, also daran, was in zehn, zwanzig oder dreißig Jahren sein wird. Es dürfte zwischen uns unumstritten sein, daß in Hessen nach wie vor ein hoher Bedarf an Sozialwohnungen besteht.

(Lauterbach (CDU): Gar nicht wahr!)

- Dann lassen Sie sich einmal eine Auskunft von dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Frankfurter Stadtparlament geben, welche Zahlen ihm darüber vorliegen, wie viele Wohnungssuchende für Sozialwohnungen in der Stadt Frankfurt registriert sind! Sie werden erleben, daß die Zahl in die Tausende geht.

(Beifall bei der SPD)

Selbst wenn Sie Ihre Situation in Darmstadt so schlecht einschätzen, Herr Kollege Lauterbach, wird es dort nach wie vor Bedarf für Sozialwohnungen geben.

(Kronawitter (SPD): Der Lauterbach hat doch keine Ahnung! - Badeck (CDU): Sie haben doch keine einzige Wohnung mehr!)

- Nein, sie haben keine einzige Wohnung mehr, aber mit unserer Maßnahme bleibt der hohe Sockel an Sozialwohnungen bestehen.

(Dr. Jung (CDU): Die leerstehenden in Kassel!)

- Da können wir auf das Strukturproblem zu sprechen kommen.

Meine Damen und Herren, ich will noch einmal deutlich machen: In Hessen kann der Versorgungsgrad mit Sozialwohnungen im Landesdurchschnitt zur Zeit mit 75 bis 80 Prozent angesetzt werden, wenn man die gemeldete Nachfrage berücksichtigt. Sicher liegt diese Nachfrage in einzelnen Landesteilen unterschiedlich, aber in den Ballungsgebieten ist die Nachfrage nach Sozialwohnungen noch immer dramatisch hoch.

Insgesamt müßte es jedem einsichtig sein, daß der Wegfall von 30.000 Sozialwohnungen im Land Hessen dazu führen würde, daß das Land Hessen aus eigenen Mitteln Wohnungen in ähnlicher Zahl in den nächsten Jahren bauen und bereitstellen müßte. Ich möchte es jedem überlassen, nachzurechnen, was der Neubau von etwa 30.000 Wohnungen kosten würde,

(Fischer (CDU): Aus den Wohnungen sollen keine Luxuswohnungen werden!)

wenn man davon ausgeht, daß zur Zeit die Errichtung einer einzigen Wohneinheit von der öffentlichen Hand mit etwa 115.000 bis 120.000 DM an zinsgünstigen Darlehen gefördert werden muß. Bisher hat niemand von der Opposition gesagt, wie er das finanzieren könnte und ob der Neubau einer derartig hohen Zahl neuer Wohnungen aus städte- und landesplanerischen Gründen überhaupt vertretbar wäre.

(Lauterbach (CDU): Das ist doch eine Afterlogik, die Sie verwenden, Herr Welteke!)

- Was ist denn das, Herr Kollege?

(Lauterbach (CDU): Das, was Sie gerade gemacht haben!)

- Was eine "Afterlogik" ist, möchte ich von Ihnen wissen!

(Lauterbach (CDU): Was Sie gerade demonstriert haben!)

- Den Begriff kenne ich nicht. Vielleicht hätte ich bei Herrn Lauterbach in die Oberstufe gehen sollen, um den Begriff "Afterlogik" kennenzulernen.

Bei uns in Waldeck spricht man jedenfalls nicht eine solche Sprache, Herr Kollege.

(Zurufe des Abg. Kuhnert (GRÜNE) und des Abg. Kronawitter (SPD))

Es besteht doch gar kein Zweifel daran, daß wir, wenn wir verantwortungsbewußte Wohnungsbaupolitik betreiben und dem Sozialstaatsprinzip gerecht werden wollen, wie ich es vorhin ausgeführt habe, bis weit ins nächste Jahrtausend den Bestand von etwa 300.000 Sozialwohnungen im Lande Hessen halten müssen.

Im übrigen ist durch viele Beispiele und viele Gutachten nachgewiesen - der Untersuchungsausschuß in Bonn hat diese Gutachten von verschiedenen Institutionen angefordert -, daß ein Konkurs der Neuen Heimat den Steuerzahler in Hessen ähnlich viel kosten würde - wenn nicht gar mehr - als jetzt der Erwerb der Neuen Heimat Südwest. Hier braucht man nur daran zu erinnern, daß es bei allen gemeinwirtschaftlichen Wohnungsunternehmen zu Bewertungsproblemen kommen würde, daß es damit

zu Problemen bei einer großen Zahl von Banken kommen würde, daß damit Abschreibungsbedürfnisse entstehen würden, daß damit Steuermindereinnahmen für den Staat verbunden wären. Dabei sind mögliche Aufwendungsdarlehen noch nicht berücksichtigt, ferner nicht Verluste, die Wohnungsspekulanten produzieren und über Jahre absetzen. Es läßt sich sehr leicht nachrechnen, daß bei einem Konkurs und einem Drängen der Wohnungen an den Wohnungsmarkt eine Reduzierung der Werthaltigkeit von Eigentumswohnungen und Einfamilienhäusern auftreten würde. Die Verluste des Staates insgesamt würden dann höher sein als das, was wir jetzt aufwenden müssen, um die Neue Heimat Südwest zu erwerben.

Wir wollen für den vom Land beeinflußbaren Wohnungsbestand die Garantie abgeben, daß auch zukünftig für sozial Schwächere erschwinglicher Wohnraum zur Verfügung steht, und daß sie sich bei diesem wichtigen Gut Wohnung nicht allein den Marktgesetzen unterwerfen lassen müssen.

Um es an dieser Stelle noch einmal ganz klar zu sagen: Uns ist die Tatsache, 100.000 Menschen in Hessen auch für die Zukunft diese Gewißheit geben zu können - und damit auch der nachwachsenden Generation -, den von uns vorgesehenen Kaufbetrag wert.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal betonen, daß wir für diesen Kaufpreis über unser politisches Ziel hinaus auch einen angemessenen Gegenwert erhalten.

Herr Stanitzek, ich will jetzt nicht Ihre Zahlen nachrechnen. Sie haben die 30 Millionen DM, die die Werthaltigkeit der Neuen Heimat Südwest durch Kapitalaufstokkung ja verändern, vorhin nicht in Ihre Zahlenbeispiele eingerechnet - wahrscheinlich deshalb nicht, weil das die Treuarbeit ja auch noch nicht kennen konnte, weil das bis dahin gar nicht vereinbart worden ist.

(Stanitzek (CDU): Das sind Schulden des DGB!)

Aber ich denke, daß ein unverfänglicher Zeuge Sie möglicherweise davon überzeugen könnte, daß das, was wir in Hessen machen, auch wirtschaftlich angemessen ist, nämlich Herr Meier-Preschany, der vor dem Untersuchungsausschuß in Bonn in der 40. Sitzung, unmittelbar nachdem die Neue Heimat an Herrn Schiesser verkauft war - und auch die Neue Heimat Südwest -, unter anderem folgendes gesagt hat; ich zitiere ihn wörtlich -

(Zuruf des Abg. Fischer (CDU))

- Sie werden doch wohl zugeben, Herr Fischer, daß Herr Meier-Preschany für Sie - Herr Jung hat ihn ja das letzte Mal hier als Zeugen eingeführt - ein glaubwürdigerer Zeuge ist, als ich es sein kann.

(Dr. Jung (CDU): Nicht bestritten!)

Deswegen lassen Sie mich ihn doch zitieren.

(Kronawitter (SPD): Aber bitte ganz langsam für Herrn Fischer! - Zuruf des Abg. Dr. Jung (CDU))

Na also, Herr Jung, dann hören Sie jetzt auch bitte zu. Herr Meier-Preschany sagte vor dem Untersuchungsausschuß:

Die Situation der Neuen Heimat Südwest ist so geartet, daß eigentlich dieser Übererlös, - er meint den Erlös, den das Land Hessen zu zahlen bereit ist -

der entstanden wäre, sich rechtfertigen ließe aus der Ertragslage.

Mit anderen Worten: Der Haushalt des Landes wäre auf die mittelfristige Zeit nicht beansprucht worden.

Meier-Preschany sagt weiter zur Bilanz der Neuen Heimat 1985:

Hervorragend abgeschlossen hat Südwest.

Und er sagt:

Hessen hätte einen intakten Baubestand erworben, bei dem der Instandhaltungsstandard relativ klein ist.

Mit anderen Worten: wo die Qualität der Wohnungen auf jeden Fall gegeben ist.

(Fischer (CDU): Auf jeden Fall nicht!)

- Auf jeden Fall gegeben ist!

Ich schließe mich dem Urteil des Herrn Meier-Preschany an, der im übrigen auch noch darauf hingewiesen hat, daß die Regionalisierung nach seiner Auffassung das einzig schlüssige Konzept für die Sanierung der Neuen Heimat sei.

Er hat schließlich darauf hingewiesen, daß man es auf einen Konkurs nicht ankommen lassen kann. Befragt zu den Konkursfolgen, sagt Meier-Preschany im Untersuchungsausschuß:

Ein Konkurs hätte diese Republik durcheinandergeschüttelt. Das beschwöre ich Ihnen.

Noch immer sind die Oppositionsfraktionen im Lande Hessen bereit, einen Konkurs aus wahltaktischen Gründen mit hinzunehmen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abg. Troeltsch (CDU))

Meine Damen und Herren, noch ein Wort zur zukünftigen Struktur der Nachfolgegesellschaften. Herr Kuhnert hat bereits darauf hingewiesen. Die neue Gesellschaft ist in der Lage, sich langfristig wirtschaftlich zu tragen. Sie wird sich im wesentlichen auf die Pflege des Bestandes der Sozialwohnungen beschränken. Dies wird in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Mietern geschehen. Es ist vorgesehen, im Gesellschaftsvertrag Mitbestimmungsrechte der Mieter zu verankern, die über das Bisherige hinausgehen.

Da für uns Sozialdemokraten Wohnung nicht als etwas beliebig Auswechselbares gilt, sollten Mieter im allgemeinen die Umstände, unter denen sie leben, soweit dies irgend geht, mitbestimmen können. Wir werden durch den Ankauf der Gesellschaft in die Lage versetzt, diese politischen Forderungen nach Mietermitbestimmung auch in die Tat umzusetzen. Mieterinteressen sollen zukünftig sowohl im Aufsichtsrat der Gesellschaft als auch durch Mieterräte auf örtlicher Ebene und durch einen Unternehmensmieterrat auf Gesellschaftsebene vertreten werden.

Herr Kuhnert, Sie sollten nicht so tun, als sei das eine Erfindung der GRÜNEN oder gar eine Erfindung des fundamantalistischen GRÜNEN Jan Kuhnert im Hessischen Landtag ganz allein, was mehr Mietermitbestimmung anlangt.

Lesen Sie heute zum Beispiel in der "Frankfurter Rundschau" den großen Artikel über die Neue Heimat, über die Gewerkschaften. Dann sehen Sie, was dort zu Walter

Hesselbach und zum Thema Mieterbeiräte ausgeführt wird.

(Zuruf des Abg. Kuhnert (GRÜNE))

Ich kann Ihnen auch viele Beschlüsse sozialdemokratischer Gremien vorzeigen, in denen mehr Mietermitbestimmung gefordert wird.

Diese Mitbestimmungsrechte im Unternehmensmieterrat werden sich insbesondere auf wesentliche Entscheidungen des Unternehmens beziehen, die die Belange der Mieter berühren. Sie können sich natürlich nicht in Bereiche hineinbewegen, die Bestand und Ertragskraft des Unternehmens berühren.

Mieter sollten jedoch mitwirken können bei Instandhaltungsprogrammen, Modernisierungsprogrammen und Neubauprogrammen, bei den Gemeinschaftseinrichtungen, bei der Nutzung der Freiräume und Ähnlichem.

Alle diese Chancen und Möglichkeiten, Wohnungspolitik im Interesse der Mieter zu betreiben, könnten ohne den beabsichtigten Kauf der Neuen Heimat Südwest durch das Land nicht durchgeführt werden. Würde sich die Hessische Landesregierung so verhalten haben, wie Sie dies, meine Damen und Herren von der Opposition, gefordert haben und wie dies auch die Bundesregierung bei der gesamten Neuen Heimat getan hat, wären Sie doch die ersten, die mit Krokodilstränen angelaufen kämen, wenn der erste Sozialmieter in Hessen seine Wohnung nach dem Verkauf verloren hätte. Sie hätten uns dann zweifellos zu Recht die Frage gestellt, weshalb sich Sozialdemokraten nicht für Sozialmieter engagiert hätten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Und natürlich, meine Damen und Herren: Ihnen kann die Tatsache, daß wir etwas tun, nicht ins Konzept passen. Das wird uns aber nicht daran hindern, die von Anfang an klare Linie, die in Hessen in der Frage der Zukunft der Neuen Heimat Südwest eingeschlagen wurde, zu nutzen, um die Interessen der Mieter weiterzuverfolgen.

Ich möchte zusammenfassen:

Erstens. Der Weg, die Neue Heimat Südwest anzukaufen, ist der einzig sichere Weg, etwa 30.000 langfristig benötigte Sozialwohnungen auch langfristig sowohl für die jetzigen Mieter als auch für zukünftige Interessenten als preiswerten sozialgebundenen Wohnraum zu erhalten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Zweitens. Der vorgesehene Kaufpreis entspricht einem realistischen Gegenwert.

Drittens. Die Kontrolle der Neuen Heimat Südwest durch das Land Hessen gewährleistet einen an den Interessen der Mieter ausgerichteten sozialen Wohnungsbestand selbst für den zu befürchtenden Fall zu erhalten, daß die Bundesregierung sich nicht nur - wie sie das bereits getan hat - aus der Förderung des sozialen Wohnungsbaus verabschiedet, sondern so, wie man das heute erkennen muß, den sozialen Wohnungsbau als solchen überhaupt aufgibt und Wohnungsbaupolitik überhaupt ad acta legt.

Viertens. Der Verkauf der Gesellschaft wird dem Land Hessen ermöglichen, in modellhafter Weise Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Mieter zu verankern.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluß den Appell an Sie richten, nicht ausgerechnet, wo wir hier vor der Lösung dieses Problems nun stehen, Opposition um jeden Preis treiben zu wollen. Ich möchte insbesondere Sie von der CDU-Fraktion darum bitten, daß Sie sich bei dem Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt, Herrn Brück, oder bei dem Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion in Frankfurt, Herrn Wenderoth, einmal erkundigen, warum die Stadt Frankfurt den Ankauf der Neuen Heimat durch das Land Hessen begrüßt und sich dafür bedankt hat.

Ich bitte Sie, sich auch bei unvoreingenommenen Fachleuten, etwa beim Deutschen Mieterbund, zu erkundigen, der vorbehaltlos unseren Weg unterstützt, der Sie sogar auffordert, dieser Vorlage zuzustimmen. Ich bitte Sie schließlich: Fragen Sie einmal die Menschen, um die es hier schließlich geht. Fragen Sie doch einmal die Bewohner der Siedlungen der Neuen Heimat Südwest.

## (Beifall bei der SPD)

Tun Sie nicht weiter so, als wären Sie in Sorge, daß die Landesregierung in diesem Zusammenhang eine falsche Entscheidung trifft. Ihr politisches Ziel ist es, aus durchsichtigen Gründen einen Erfolg unserer Bemühungen in Hessen zu verhindern, um weiteren Wahlkampf mit der Neuen Heimat betreiben zu können.

# (Beifall bei der SPD)

Besonnenere in Ihren eigenen Reihen dagegen halten den Weg, den das Land Hessen eingeschlagen hat, für zwingend.

Da seit Sommer dieses Jahres die Oppositionsfraktion keine neuen Argumente mehr vorgetragen hat, da darüber hinaus im letzten Haushaltsausschuß nicht mehr über die Sache diskutiert worden ist, da heute keine Anträge gestellt worden sind und es tatsächlich auch keine Argumente gibt, die unsere richtige Absicht im Kern treffen könnten, lehnen wir die neuerliche Überweisung an den Haushaltsauschuß ab

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

und beantragen, die dritte Lesung für diesen Nachtragshaushalt für Donnerstag dieser Woche auf die Tagesordnung zu nehmen. Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜ-NEN)

#### Präsident Dr. Lang:

Bitte sehr, Herr Kollege Milde!

# Milde (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wenn eine dritte Lesung erst nach einer erneuten Ausschußberatung jemals wirklich sachlich begründet war, dann gerade heute,

(Kuhnert (GRÜNE): Wollen Sie mit Herrn Brück reden?)

weil die Veränderungen in den Eigentumsübergängen hin und her dazu geführt haben, daß die Neue Heimat Südwest jetzt dort ist, wo sie auch hingehört - bei den ehemaligen Eigentümern - und die ehemaligen Eigentümer jetzt durch den Verkauf einer Bank durchaus in der Lage sind, ihre Pflichten zu erfüllen, und deshalb das Land Hessen nicht 300 Millionen DM Steuergelder, ohne die Zinsen für die zukünftigen Jahre, aufbringen müßte, um hier die Mieter - wenn es denn so sei, wie Herr Welteke sagt - zu retten.

Weil dies alles so ist, ist es im Interesse des Landes und der Steuerzahler zwingend geboten, erst zu prüfen, ob der bisher vielleicht von den Sozialdemokraten als richtig erachtete Weg nicht doch - wie wir es von Anfang an gesagt haben - der falsche Weg ist.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Hier geht es darum, genau zu prüfen und nicht voreilig Schaden dem Lande zuzufügen. Deshalb bestehen wir auf der dritten Lesung im Dezember und fordern die Regierung auf, bis dahin die Dinge in Ordnung zu bringen und Abstand zu nehmen von einem Plan, der den Steuerzahler belastet, aber den DGB entlastet, aber den Mietern nichts nützt

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

## Präsident Dr. Lang:

Meine Damen, meine Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Ich lasse zunächst über den Antrag auf Ausschußüberweisung abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest: Mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. ist der Antrag auf Ausschußüberweisung abgelehnt.

Wir kommen dann zur Abstimmung in zweiter Lesung in der Fassung des Ausschußberichtes. Wer in zweiter Lesung dem Nachtragshaushaltsgesetzentwurf in der Fassung des Ausschußberichtes zustimmen will, den darf ich um das Handzeichen bitten. Danke. Die Gegenprobe!
- Stimmenthaltungen? -. Ich stelle fest, daß mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. der Gesetzentwurf in zweiter Lesung angenommen worden ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN) Es wurde jetzt die dritte Lesung beantragt. Frage: Sofort, morgen oder übermorgen?

(Zurufe: Donnerstag!)

- Donnerstag. Oder sofort? - Herr Kollege Welteke!

#### Welteke (SPD):

Herr Präsident, da auch die Ausführungen des Kollegen Milde mich nicht überzeugt haben, beantrage ich, die dritte Lesung jetzt sofort durchzuführen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

#### Präsident Dr. Lang:

Ich lasse über diesen Antrag, die dritte Lesung sofort vorzunehmen, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den darf ich um das Handzeichen bitten. - Danke. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest: Dieser Antrag auf sofortige Abstimmung zur dritten Lesung ist angenommen mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P..

Ich rufe zur dritten Lesung auf. Wer dem Gesetzentwurf in dritter Lesung in der Fassung der zweiten Lesung zustimmen will, den darf ich um das Handzeichen bitten. - Danke. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest: Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. in dritter Lesung angenommen und damit zum Gesetz erhoben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich rufe Punkt 4 der Tagesordnung auf:

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Getränke- und Speiseeissteuer, des Gesetzes über die Vergnügungssteuer und des Gesetzes über kommunale Abgaben - Drucks. 11/6913 -

Ich bitte um Wortmeldungen. - Herr Kollege Wilke, bitte sehr!

# Wilke (F.D.P.):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde das Verfahren für einen solchen Änderungsantrag für ein Gesetz, das lange außer Kraft gesetzt sein müßte, richtig. Man kann einen solchen Schwachsinn nicht begründen. Denn wer den Gesetzentwurf der SPD und der GRÜNEN durchliest, kann doch nur zu der Erkenntnis kommen, daß das einzige, was man hier machen kann, die Abschaffung der Vergnügungssteuer ist.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abg. der CDU)

Das, was Sie im Gesetzentwurf vorschlagen, ist ein Verkomplizieren, es ist ein Flickwerk, und es hat mit Logik überhaupt nichts mehr zu tun. Ich will das nur einmal mit zwei, drei Beispielen verdeutlichen. Sie wollen bei der Freistellung von alkoholfreien Getränken auf den halben Steuersatz gehen.

(Engel (GRÜNE): Das ist doch gut!)

Entweder gar nichts, oder lassen Sie es voll greifen. Sie wollen die Freistellung der Fischereisteuer. Warum soll dann nicht auch die Jagdsteuer freigestellt werden? Warum müssen dann die Hege- und Pflegemaßnahmen weiter besteuert werden? Meine Damen und Herren, der Gesetzentwurf, den Sie vorgelegt haben, bestätigt unsere Auffassung, daß dieses Gesetz zum 1.1.1987 dort hätte bleiben müssen, wo es schon einmal war: außer Kraft gesetzt. Dann wären diese Probleme bereinigt.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abg. der CDU)

# Präsident Dr. Lang:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Vorschlag für die Ausschußüberweisung: federführend Haushaltsausschuß, beteiligt Innenausschuß. - Kein Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein Gesetz über die Duldung bestehender Kleinbauten - Drucks. 11/6914 -.

Bitte schön, Herr Kollege!

## Zabel (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf soll eine Befriedung für viele Bürger schaffen, die plötzlich mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind, obwohl sie sich keiner Schuld bewußt sind.

Verzweifelt haben sich in den letzten Monaten viele Bürger an den Petitionsausschuß des Hessischen Landtags gewandt und um Hilfe gebeten, weil sie für ihre Gartenhütten eine Abrißverfügung oder aber eine Nutzungsuntersagung erhalten haben. Um es gleich an dieser Stelle zu sagen: Das Vorgehen der Behörden ist in keiner Weise zu beanstanden, da sie nach Recht und Gesetz gehandelt haben.

Es ist aber nach meiner Ansicht und nach unserer Ansicht auch festzuhalten, daß es unzählige jetzt zu beseitigende Gartenhütten im Lande gibt, die erstens zum Teil seit über zwei, drei Jahrzehnten stehen und genutzt werden und zweitens von den Behörden bisher über Jahrzehnte geduldet worden sind.

(Beifall bei Abg. der CDU und der F.D.P.)

Drittens wurde es zum Teil sogar von Gemeindebehörden gebilligt oder sogar von ihnen darauf hingewiesen, solche Gartenhütten erstellen zu können.

Aus diesen Tatsachen resultiert, meine Damen und Herren, daß die Betroffenen überhaupt kein Unrechtsbewußtsein haben und daher auch keine Einstellung zu den staatlichen Maßnahmen finden können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Dies gilt besonders für Fälle, in denen bereits die zweite oder dritte Generation solche Kleinbauten nutzt.

(Troeltsch (CDU): Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, das ist nicht die Regel. Aber es gibt diese Fälle. In manchen Gemeinden sind sogar Flächen für Kleingärten ausgewiesen worden, und zwar besonders in der Nachkriegszeit - Sie wissen, unter welchen Umständen dies geschah -, die noch heute genutzt werden.

Für diese Flächen, die für solche Kleingartenmaßnahmen ausgewiesen worden sind, sind die baurechtlichen Voraussetzungen in diesen Jahren nie geschaffen worden. Abrißverfügungen oder Nutzungsverbote sind in solchen Fällen natürlich für die Betroffenen besonders wenig nachvollziehbar.

Der Gesetzentwurf, den wir vorlegen, soll für die Besitzer oder die Nutzer solcher Kleinbauten im Außenbereich unverständliche Härten beseitigen.

Ehe ich auf die Zielsetzung und auf den Inhalt des Gesetzentwurfs eingehe, möchte ich deutlich machen, was wir nicht wollen. Dies ist meiner Ansicht nach notwendig, weil bereits vor Fertigstellung eines Gesetzentwurfes Spekulationen und sogar Unterstellungen laut geworden sind, die korrigiert werden müssen.

Meine Damen und Herren, wir wollen nicht, daß in Zukunft im Außenbereich Bauten errichtet werden können, in welcher Größe auch immer. Wir wollen nicht, daß das Bauverbot im Außenbereich in irgendeiner Weise angetastet wird.

(Zuruf des Abg. Koch (CDU))

Wir wollen nicht, daß illegale Bauten wie Ferienhäuser, Wochenendhütten, Jagdhäuser oder ähnliche bauliche Einrichtungen im Außenbereich geduldet werden. Sie haben in der Natur keinen Platz und dürfen keine Duldung erfahren.

(Zuruf des Abg. Koch (CDU))

- Herr Kollege, wenn Sie anderer Meinung sind, können Sie das hier vertreten und dann besonders in Ihrem Wahlkreis. Das wird sehr interessant sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind der Meinung, daß solche Bauten auch in der Zukunft keine Berechtigung in der Natur haben.

(Koch (CDU): Das geht doch rechtlich gar nicht!)

- Das geht rechtlich, Herr Koch. Das steht nämlich in der Bauordnung so drin, was ich jetzt sage.

(Koch (CDU): Wenn Sie es aber so machen, geht es nicht mehr!)

Wir wollen nicht, daß durch dieses Gesetz das Naturschutzgesetz oder die Bauordnung Einschränkungen erfahren. Diese Gesetze haben Gültigkeit und sollen unangetastet bleiben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich ein paar wenige Sätze zu dem sagen, was wir wollen. Kleinbauten, die vor dem Erlaß des Naturschutzgesetzes mit Duldung der Behörden erstellt wurden und im engen Zusammenhang mit der Nutzung des Grundstücks stehen, sollen geduldet werden. Dabei wird im Gesetzentwurf der Begriff Kleinbauten sehr eng, aber nach unserer Auffassung für die Zielsetzung auch ausreichend umrissen. Kleinbauten sind danach Gerätehütten oder Gartenhütten, die nicht mehr als 25 Kubikmeter umbauten Raum umfassen. Das ist ein Gartenhäuschen mit einem Ausmaß von 3 auf 3 oder von 3 auf 4 m, denn bei einer Höhe von 2 m und dem Dach ist der umbaute Raum bereits gegeben.

Wir schreiben weiter in das Gesetz hinein, daß sie nach ihrer Beschaffenheit nur zum vorübergehenden Aufenthalt für Menschen dienen dürfen. Dieser Begriff "Beschaffenheit" ist bewußt gewählt worden - ich bin kein Jurist; ich habe mir das sagen lassen -, um auszuschließen, daß in solchen Gartenhäuschen Wohneinrichtungen wie Öfen, Sanitäranlagen oder Betten eingestellt werden.

Zäune sollen nach dem Gesetzentwurf nicht höher als 2 Meter sein. Ich verkenne nicht, daß wir hier zwischen der ersten und zweiten Lesung des Gesetzentwurfs dies noch etwas präziser fassen, vielleicht sogar eine Aussage über die Beschaffenheit solcher Zäune machen sollten. Es muß nicht unbedingt Maschendraht sein. Man könne darüber reden, wie man das der Natur auch etwas besser anpassen kann.

Ziel ist es, meine Damen und Herren, zusammenfassend ausgedrückt, einen gewissen Bestandsschutz für kleine Gerätehütten zu schaffen, die zur Nutzung des Grundstücks gebraucht werden und vor dem Erlaß des Naturschutzgesetzes entstanden sind.

Wir sind uns voll bewußt, daß die Festlegung einer zeitlichen Begrenzung und eine bestimmte Größenordnung auch in Zukunft dazu führen, daß für die nicht darunter fallenden Objekte Abrißverfügungen ergehen. Dies ist nicht zu verhindern und soll auch nicht verhindert werden, weil diese Bauten entweder nach dem Erlaß des Naturschutzgesetzes erstellt wurden oder von ihrer Dimension her nicht mehr als Gerätehütte bezeichnet werden können.

Nach dem 19. Dezember 1980 war allen Behörden, besonders den Gemeindeämtern, aber auch den Bürgern bekannt, daß Bauen im Außenbereich anzeigepflichtig und genehmigungspflichtig ist. Das heißt also, wir beziehen uns auf diesen Tag, weil wir der Meinung sind, daß von da an das Rechtsbewußtsein ein anderes sein müßte als bei den Bauten, die vor Jahrzehnten erstellt worden sind.

Wir sind uns bewußt, daß der Gesetzentwurf juristische und praktische Fragen aufwerfen wird. Deshalb sind wir gern bereit, in der parlamentarischen Beratung mit allen Betroffenen, wie zum Beispiel mit den Kommunalen Spitzenverbänden, aber auch mit den 29er Verbänden zu reden und ihren Rat einfließen zu lassen. Wir erwarten sogar die aktive Mithilfe vieler bei der Lösung dieses anstehenden Problems.

Meine Damen und Herren, ich betone: Wir sind uns darüber im klaren, daß es sehr schwierig ist, die notwendige Befriedung in diesem Bereich zu meistern. Aber wir gehen davon aus, daß fast alle in diesem Hause an einer Lösung interessiert sind, und bitten um eine Überweisung in die Ausschüsse.

(Beifall bei der SPD)

Das Wort hat Herr Abg. Möller.

## Möller (Gießen) (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU hat schon bei Vorgesprächen im Innenausschuß erklärt, daß sie bei der Bewältigung des Problems stillschweigend geduldeter Kleinbauten mithelfen will. Diese Bereitschaft erkläre ich heute noch einmal.

Der Gesetzgeber muß handeln, denn eine Vielzahl von Petitionen beweist: Obwohl nur Gebäude ohne Aufenthaltsräume von bis zu 30 Kubikmeter und im Außenbereich sogar von bis zu 5 Kubikmeter nach der Bauordnung und der Freistellungsverordnung anzeige- und genehmigungsfrei sind, hat sich in Stadt und Land die Gewohnheit entwickelt, das eigene Land gewissermaßen in Besitz zu nehmen. Manche mögen dies auch für einen Übelstand gehalten haben, und nicht immer, fürchte ich, hat hier der von meinem Vorredner zitierte gute Glaube so recht vorgelegen.

Aber wir dürfen nicht vergessen, daß es ja unter den Augen der Gemeindeverwaltungen und oft auch unter der stillschweigenden Duldung der Bauaufsichtsbehörden geschehen ist, daß solche Garten- und Gerätehütten und Einfriedigungen entstanden, oft in regelrecht ausgewiesenen Wochenendgebieten, häufig in Nutzgärten, vielfach im Zusammenhang mit sportlichen Einrichtungen, mit Übungsplätzen und ähnlichen Freizeiteinrichtungen im Außenbereich. Das alles hat sich, so möchte man fast sagen, organisch entwickelt. So brach für die Ersteller vieler solcher Kleinbauten, die häufig viel persönliches Engagement, viel Fleiß und Arbeitskraft in diese Bauwerke eingebracht haben, teilweise eine Welt zusammen, als mit dem Inkrafttreten des Naturschutzgesetzes die Behörden - ich wiederhole, was Sie gesagt haben durchaus pflichtgemäß ermittelt haben und dann mit Nutzungsverboten und Abbruchverfügungen vorgegangen sind.

Allein bei uns in Hessen stehen - man muß sich diese Zahl vor Augen halten - 28.000 Gartenhütten vor dem Abbruch. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel durch alle Instanzen, am Ende tiefe Enttäuschung und manchmal ein Aufbegehren gegen berechtigtes Verwaltungshandeln und zutreffende Gerichtsurteile, die einfach angesichts der Rechtslage nicht anders aussehen konnten, waren die Folge.

Nun liegt gewissermaßen der Schwarze Peter bei uns, dem Parlament; denn nun erwartet man von uns, daß wir, um es volkstümlich zu sagen, die Kuh vom Eis bringen, und das ist, wie mir scheint, nicht leicht.

Ich verkenne nicht, daß der Gesetzgeber ein Stück von seiner Strenge verliert, vielleicht ein Stück der gebotenen Pflichterfüllung, wenn er hier hilft. Eines möchte ich sehr klar sagen. Der Gesetzentwurf, den uns die Fraktion der SPD hier zur Beratung vorgelegt hat, kann bestenfalls das politische Problem rechtswidriger Kleinbauten lösen. Das juristische Problem, nämlich die Frage, wie wir das, was wir im Grunde alle wollen, sachlich und rechtlich richtig durchsetzen, müssen wir, so scheint mir, durch überaus sorgfältige Ausschußberatungen erst lösen.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt eine Menge Fragen, bei deren Beantwortung die Union mithelfen möchte, ohne das Patentrezept bereits in der Tasche zu haben.

Mir scheint die wichtigste Frage zu sein, ob die durch das Inkrafttreten des Hessischen Naturschutzgesetzes gezogene zeitliche Grenze - was vor dem 19.12.1980 entstanden ist, soll geduldet werden, danach soll nichts mehr laufen - so unabdingbar ist; denn die Interessenlage bleibt ja. Wenn ich mich etwa in die Vorstellung eines Rentners, vielleicht sogar eines Behinderten versetze, der im Außenbereich einen Garten hat, den er einzäunen und in dem er einen Geräteschuppen bauen will, dann darf dieser Geräteschuppen nach dem bestehenden Gesetz nicht größer als 5 Kubikmeter sein. Mit 5 Kubikmetern kann man aber im Grunde nichts anfangen. Deshalb ist es ja zu dieser ausufernden rechtswidrigen Bebauung gekommen.

Wir müssen uns also die Frage stellen - ich bringe es als Frage -: Erstens. Sollte man nicht, anstatt hier solch ein Duldungsgesetz zu verabschieden, die Bauordnung ändern,

(Zabel (SPD): Ein Bundesgesetz!)

damit das, was wir aus der Vergangenheit dulden sollen, auch in Zukunft möglich ist? Zweitens. Ist diese vorgesehene Grenze, nämlich 25 Kubikmeter, eine unabdingbare Grenze, die nicht überschritten werden darf, oder gibt es da praktische Überlegungen, beispielsweise die, daß der Handel nach seinen Normen und den Bedürfnissen seiner Kundschaft meistens die Fertighäuser - ich meine jetzt die Fertiggartenhäuschen -, die Fertiggeräteschuppen und -hütten meistens etwas größer dimensioniert?

(Zabel (SPD): Der Handel wird sich ganz schnell darauf einstellen!)

- Ich erlaube gleich Ihre Zwischenfrage, Frau Dr. Streletz, möchte aber noch einen Gedanken vortragen.

Eines wollen wir natürlich auch nicht. Wir wollen nicht, daß Schwarzbauten im Außenbereich, in denen man wohnt, in denen man lebt und die man bewußt - da kann niemand guten Glauben für sich in Anspruch nehmen - errichtet hat, daß die sozusagen auf dem Umweg über die Gesetzesnovelle plötzlich alle Rechtens werden können. Das wollen auch wir mit Sicherheit nicht. - War das Ihre Frage, Frau Kollegin Dr. Streletz?

#### Dr. Streletz (SPD):

Beinahe, Herr Kollege. Ich wollte Sie fragen, ob Sie davon ausgehen, daß Sie das wirklich wollen können, daß für die Zukunft Tür und Tor für jegliche Art von Bebauung im Außenbereich geöffnet wird, ohne Grenzsetzung. Sie haben gesagt, daß 25 Kubikmeter eine Grenze seien. Grenzen werden wir immer, bei allen Gesetzen setzen müssen, die wir machen. Ich frage Sie wirklich: Wollen Sie die Ausuferung wirklich für die Zukunft dulden, oder wollen Sie nur eine Bereinigung der Altlasten?

# Möller (Gießen) (CDU):

Frau Kollegin, die Frage zu stellen, heißt, sie zu verneinen. Der Gedanke wäre geradezu schrecklich, wenn im Außenbereich jeder tun und lassen könnte, was er will, wenn im Außenbereich praktisch alles sanktioniert würde, was dort wild entstanden ist und man nun noch ermutigt würde, dort in Zukunft zu handeln, wie man will!

Was ich meine, ist folgendes, und ich bitte, da nicht mißverstanden zu werden. Die CDU-Fraktion erwägt ich betone ganz besonders: erwägt, wir fordern es noch nicht - für die Ausschußberatungen - und sie erwartet da vielleicht, Herr Minister, etwas die Unterstützung durch die Bauabteilung Ihres Hauses - einen Abänderungsantrag, der statt der Duldung eines rechtswidrigen Zustands, wie Sie das mit Ihrem Gesetzentwurf vorhaben, unter Umständen eine Änderung von § 88 HGO in Verbindung mit § 1 Nr. 1 der Freistellungsverordnung vom 29. Oktober 1979 zum Inhalt haben könnte mit dem Ziel, Garten- und Gerätehütten sowie Einfriedigungen in einer ortsüblichen und der Natur und Landschaft angemessenen Ausgestaltung nicht nur für die Zeit vor dem Dezember 1980 zu dulden, wie Sie das wollen, sondern unter Umständen auch in Zukunft zu gestatten. Das heißt, die Rechtswidrigkeit wegnehmen, von der Duldung zur Genehmigung führen und die Möglichkeit eröffnen, daß das, was sich in der Vergangenheit als ein großes und viele Bevölkerungskreise ergreifendes Bedürfnis herausgestellt hat, vielleicht auch in Zukunft zu erlauben.

(Dr. Streletz (SPD): Also doch!)

Das ist die wirklich schwierige Frage. - Also doch? Aber keine Häuser und nichts, was nennenswert oder überhaupt über vielleicht 30 Kubikmeter hinausgeht.

Ein zweiter Punkt. Wir wissen natürlich - die Zurufe beweisen das -, wie viele Probleme ein solches Vorhaben aufwirft. Eine Frage lautet zum Beispiel: Wo dürfen auch solche Kleinbauten in Zukunft auf keinen Fall errichtet werden? Doch sicherlich nicht in Naturschutzgebieten und in Wasserschutzgebieten und sicher nicht so - für den Zuruf bin ich dankbar, Herr Kollege Troeltsch -, daß die Gemeinden nun zu Erschließungsmaßnahmen gezwungen werden, um auf dem dritten und letzten Umweg doch wieder das unerlaubte Wohnen dort zu erlauben.

Oder: Wo liegt die gerade noch zulässige Größe im Außenbereich? Da nehme ich Ihren Zuruf auf, Frau Kollegin Dr. Streletz. - Sicherlich nicht bei 150 Kubikmetern. Aber sind es unbedingt 25 Kubikmeter, oder dürfen es auch 30 Kubikmeter sein?

(Zuruf des Abg. Boppel (GRÜNE))

In dieser Größenordnung bewegen wir uns mit unseren Überlegungen. Dazu sind wir in der Tat erpicht, den Rat der Fachleute zu hören.

Oder: Wie lösen wir das Problem, daß es bereits rechtskräftige Abbruchverfügungen gibt? Ist ein Gesetz in der Lage, solche rechtskräftigen Bescheide sozusagen durch einen Gnadenakt des Gesetzgebers einfach zu beseitigen?

Schließlich: Wie vermeiden wir bei unseren gut gemeinten Novellierungsbemühungen einen Verstoß gegen höherrangiges Recht, beispielsweise Bundesgesetze?

Die allerletzte Frage ist - da müssen wir alle wohl sehr tapfer sein -: Wenn dieses Gesetz so oder gar in einer noch erweiterten Fassung, wie ich sie zu erwägen gebe, Wirklichkeit wird, müssen wir uns darüber klar sein, daß dann die anderen kommen, die Leute mit den Bauten, die ein Stückchen größer sind, und daß die sagen: Was euch recht war, ist uns jetzt billig. Ich glaube, wir müssen alle miteinander einen sehr heiligen Eid leisten, daß wir der Versuchung widerstehen, Schleusen zu öffnen. Wir müssen sagen: Irgendwo ist Schluß. Wenn sich das über die Parteien und Fraktionen hinweg in diesem Haus als Ergebnis der ersten Lesung festklopfen läßt, so daß wir wissen, wo die Pflöcke eingeschlagen sind, innerhalb derer wir uns in der Ausschußberatung bewegen, dann war diese erste Lesung sicherlich sehr wichtig.

Das sind Fragen über Fragen, die uns zeigen, daß ein vermeintlich so kleines und simples Gesetzesvorhaben durchaus seine Tücken hat. Ich will nicht, daß wir vor diesen Fragen kapitulieren. Es ist die Aufgabe des Gesetzgebers, mit diesen Fragen fertig zu werden und die Probleme zu bewältigen. Aber ich bin schon der Meinung, daß eine überaus sorgfältige und nach vielen Seiten offene Ausschußberatung notwendig ist.

Im Vorfeld sollten wir vor allen Dingen eines vermeiden: daß wir etwa bei den Betroffenen hier und heute schon Hoffnungen wecken, die sich dann nicht erfüllen lassen, daß die Leute unter Umständen denken: Es ist schon alles gelaufen, wir brauchen keine Rechtsbehelfe mehr einzulegen, wir brauchen uns um nichts mehr zu kümmern, der Gesetzgeber wird es schon richten. - Vor solchem Zweckoptimismus kann ich nur dringend warnen. Die Arbeit des Gesetzgebers ist eine mühsame. Aber ich glaube, hier handelt es sich nicht um ein Problem der Parteipolitik, das Parteien oder Fraktionen entzweien könnte, sondern hier handelt es sich um die Frage, wie wir vielen Leuten - hier kann man einmal den oft benutzten Ausdruck gebrauchen -, auch vielen sogenannten kleinen Leuten, die ihr Herz in diese Häuschen gesteckt haben, in Zukunft gerecht und wirkungsvoll helfen können.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

#### Vizepräsident Messinger:

Das Wort hat der Herr Innenminister.

Ein Wort zur Redezeit. Wir haben uns darauf geeinigt, daß um 18 Uhr Schluß ist. Ich bitte die noch ausstehenden Redner, ein bißchen Solidarität miteinander zu üben.

## Winterstein, Minister des Innern:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Otto hatte in der Fragestunde nach der Meinung der Landesregierung gefragt. Ich will diesem Anliegen jetzt gern nachkommen. Bei dem vorgelegten Gesetzentwurf der SPD-Landtagsfraktion geht es um die Abwägung zwischen den Zielen des Natur- und Landschaftsschutzes auf der einen Seite und den berechtigten Interessen insbesondere von Kleingärtnern auf der anderen Seite.

Exakte Erhebungen über die Zahl der hier in Rede stehenden Freizeitanlagen existieren nicht. In den vergangenen Jahren wurden ohne jede Planung Gartenanlagen im Außenbereich mit den dazugehörigen Gebäuden im gesamten Land Hessen errichtet. Nach einer älteren Erhebung sind allein in den Jahren 1973 bis 1978 außerhalb geplanter Bau- und Dauerkleingartengebiete etwa 10.000 Gärten eingerichtet worden, die nicht in der Bodennutzungsstatistik erfaßt worden sind. Bei einer geschätzten Durchschnittsgröße von 600 Quadratmetern Garten ergeben sich somit 600 Hektar Gartenfläche, die von der Bevölkerung in dieser Form beansprucht werden.

Neuere Erfassungen existieren bedauerlicherweise nicht. Gleichwohl ist aber zu vermuten, daß die in der Öffentlichkeit genannte Zahl von etwa 25.000 illegalen baulichen Anlagen im Außenbereich in Hessen eher zu niedrig gegriffen sein könnte.

Diese Zahlen zeigen das Ausmaß des hier diskutierten Problems deutlich. Sie zeigen aber auch in einem ganz beeindruckenden Maße auf, welch ein starkes Bedürfnis großer Teile der Bevölkerung nach der Errichtung von Gartenanlagen besteht. Ich bin zwar für die Wahrnehmung der Interessen des Natur- und Landschaftsschutzes in der Bauplanung. Ich bin aber ein entschiedener Verfechter einer Freizeitpolitik, die sich an den Interessen der Menschen orientiert. Diese beiden Pole zeigen den Grundkonflikt, um den es hier eigentlich geht.

Ich denke, daß die Entwicklung in unserer Gesellschaft in den vergangenen Jahren den Freizeitsektor in erheblichem Umfang gestärkt hat. Die wachsende Zahl von Garten- und Außenanlagen drückt aus, daß die Menschen einerseits sicherlich mehr Freizeit haben, andererseits aber auch mehr das Bedürfnis haben, Ausgleich für die Anspannung in ihrem Beruf zu finden und gleichzeitig in ihrer Freizeit selbstverwirklichenden Tätigkeiten nachzugehen. Dazu gehören offenbar in besonderem Maße die kleingärtnerischen Anlagen.

Was hier versucht wird, ist eine gewisse Heilung vorhandener Härtefälle. Langfristig wird hier die einzig greifende Lösung zur Befriedigung dieses Bedürfnisses einer Vielzahl von Menschen in diesem Lande nur sein, daß die Gemeinden prüfen, für welche Kleingärten auf welchen Grundstücken die Aufstellung entsprechender Bebauungspläne erforderlich sein wird. Nur so, meine ich, können wir die Zukunft in den Griff bekommen. Auf der Grundlage von Landschaftsplänen sollten die Gemeinden prüfen, welche Flächen sich eben für Dauerkleingartenanlagen eignen. Wahrscheinlich wäre nämlich ein großer Teil der meist illegal errichteten Gärten im Außenbereich nicht entstanden, wenn im Zuge der Bauleitplanung ausreichend Dauerkleingärten zur Verfügung gestellt worden wären. Einzelne Gemeinden - ich möchte insbesondere die Stadt Kassel nennen - haben sich dieser Aufgabe durchaus mit sehr großem Erfolg gestellt.

Der Gesetzentwurf der SPD - Herr Kollege Möller, da gebe ich Ihnen recht - geht sicherlich in die richtige Richtung, kann aber das Problem der Versorgung der Bevölkerung insgesamt mit Kleingärten sicherlich nicht befriedigen. Es ist, wie gesagt, der Versuch, Härtefälle in den Griff zu bekommen.

Ich muß darauf hinweisen, daß durch die Rechtsprechung festgelegt ist, daß jede verwaltungsinterne Lösung zur Duldung solcher Härten im Bereich illegaler baulicher Anlagen als rechtswidrig erachtet wird. Die Rechtsprechung hat einen Vertrauenstatbestand des Bürgers auch bei jahrelanger Duldung verneint. Die Bauaufsichtsbehörden sind deshalb gefordert, gegen alle illegalen baulichen Anlagen im Außenbereich gleichermaßen vorzugehen, solange im geltenden Recht keine Änderung herbeigeführt worden ist.

Ich will hier folgendes sagen: Ich werde den vorliegenden Gesetzentwurf der Fraktion der SPD zum Anlaß nehmen, im Verwaltungshandeln zunächst ein Moratorium herbeizuführen, um dem Landtag eine offene Willensbildung zu ermöglichen,

(Beifall bei der SPD)

sowohl in inhaltlicher als auch - Herr Kollege Möller, da gebe ich Ihnen recht - insbesondere in rechtlicher Hinsicht.

> (Boppel (GRÜNE): Was heißt denn "Moratorium"? Für welche Bauten, für alle?)

- Für die, die im Gesetzentwurf der SPD-Landtagsfraktion angesprochen sind, Herr Kollege Boppel; soweit sie in diesem Gesetz angesprochen sind - weiter kann dies durch Verwaltung nicht geschehen. Ich kann mich nur an diesem Gesetzentwurf orientieren. Es wäre sicher nicht vertretbar, wenn die Verwaltung jetzt, ohne das anstehende Gesetzgebungsverfahren abzuwarten, durch den Erlaß weiterer Verfügungen gewissermaßen vollendete Tatsachen auf Dauer schaffen wollte. Dies geht sicher nicht. Deshalb muß es in dieser Frage zunächst bei einem Moratorium bleiben.

# (Beifall bei der SPD)

Im Grundsatz, meine Damen und Herren, befürworte ich eine Legalisierung von Kleingarten- und Gerätehütten, wenngleich - ich sage es noch einmal - sowohl inhaltlich über die Abgrenzung als auch über die rechtlichen Grundlagen gesprochen werden muß. Denn ich meine, daß man selbst, wenn man politisch noch so sehr etwas will, danach trachten muß, eine Rechtsgrundlage zu haben, die hieb- und stichfest ist und allen Gerichten gegenüber standhalten kann. Darauf würde ich sehr großen Wert legen. Ich denke, daß wir hierzu in den Ausschußberatungen noch eine ganze Menge Zeit aufwenden müssen - wie gesagt: in inhaltlicher Hinsicht wie insbesondere auch in rechtlicher Hinsicht.

Meine Damen und Herren, ein Letztes: Wir wissen alle miteinander sehr genau, daß diese Diskussion eigentlich quer durch alle in diesem Hause vertretenen Fraktionen geht. Wir wissen, daß es sich hier um einen außerordentlich schwierigen Abwägungsprozeß handelt. Wir würden der Sache sicherlich dienen, wenn diese Frage in den künftigen Ausschußberatungen, in den parlamentarischen Beratungen sachbezogen und ohne Vorbehalte nach der einen oder anderen Seite geführt würde.

(Beifall bei der SPD)

#### Vizepräsident Messinger:

Das Wort hat Herr Abg. Boppel.

#### Boppel (GRÜNE):

Meine Damen und Herren! Herr Innenminister, als wir damals unseren Amnestiegesetzentwurf für Startbahngegner eingebracht haben, hätte ich mir gewünscht, daß Sie dem mit genausoviel Verständnis begegnet wären wie dem Entwurf, der heute von der SPD vorgelegt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN - Vielhauer (GRÜNE): Bravo!)

Ich denke, wir sollten uns mit diesem Entwurf sachlich auseinandersetzen. Ich will vorweg sagen: Es ist kein gemeinsamer Entwurf von SPD und GRÜNEN. Wir haben dazu dezidiert eine andere Meinung. Wir halten eine Änderung der derzeitigen Rechtslage nicht für notwendig, ja sogar für schädlich. Ich will auch ausführen, warum.

Ich will zunächst aber drei Aspekte vortragen, die bei Ihrem Gesetzentwurf beachtet werden müssen. Da ist zunächst, erstens, eine Abwägung zwischen Freizeit- und Bestandsschutzinteressen einer bestimmten Bevölkerungsgruppe, die diese Hütten gebaut und diese Zäune

errichtet hat, gegenüber Naturschutz- und Umweltschutzgesichtspunkten und Freizeitinteressen der Bevölkerungsmehrheit, die nicht draußen zwischen engen Zäunen herumlaufen will.

Zum zweiten ist zu prüfen, inwieweit dieser Gesetzentwurf verfassungsgemäß ist und nicht insbesondere gegen Artikel 3 des Grundgesetzes verstößt.

Es ist zum dritten zu prüfen, ob dieser Gesetzentwurf überhaupt das an Erwartungen erfüllen kann, was die SPD selbst in diesen Gesetzentwurf unter dem Schlagwort "Friede den Hütten, Krieg den Palästen" hineingelegt hat.

(Vielhauer (GRÜNE): Nein, nein! Nur Friede den Hütten, die Paläste kommen erst später!)

Da sind Erwartungen geweckt worden, die unserer Meinung nach mit diesem Gesetzentwurf nicht einzuhalten sind.

Zum ersten Punkt. Wir halten diese rückwirkende faktische Legalisierung der bisher illegalen Hütten mit 25 Kubikmeter und der Zäune bis 2 m Höhe auch außerhalb des Erwerbsgartenbaus unter dem Aspekt des Natur- und Landschaftsschutzes für nicht verantwortbar. Der Innenminister hat darauf hingewiesen, es gehe nicht nur um 10.000, sondern möglicherweise um 30.000 oder mehr Fälle draußen. Mag auch die einzelne Baumaßnahme für sich betrachtet oft als Bagatellfall erscheinen, so kommt der Fülle der illegalen Maßnahmen im Außenbereich, den Gartenhütten, den Jagdhütten, den Wochenendhäusern, den Vereinsheimen, den Zäunen und Teichen insgesamt doch eine erhebliche umweltbeeinträchtigende Wirkung zu.

In der Summe stellen diese Maßnahmen eine nicht zu tolerierende Belastung dar, zumal Sekundäreffekte, Kfz-Verkehr im Außenbereich, Gewässerbelastungen, Lärm, Abfälle usw. in Betracht gezogen werden müssen.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Neben dem Aspekt der unmittelbaren ökologischen Auswirkung dieser Bauten ist auch das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf freien Zugang zur Natur und Landschaft in die Betrachtung einzubeziehen. Denn die nun als legal vorgesehene Einfriedung von Privatgrundstücken führt nicht nur zur Zerstörung des Landschaftsbildes, sondern auch zu einer nicht hinnehmbaren Beschränkung des Erholungsraums für all diejenigen Bevölkerungsgruppen, die sich eigene Grundstücke, Gärten und Hütten im Außenbereich gar nicht leisten können.

# (Beifall bei den GRÜNEN)

Ich frage, Herr Zabel und verehrte Kollegen von der SPD: Wozu braucht ein Kleingärtner draußen einen 2 m hohen Zaun? Wozu braucht er das? Das geht auch bei wohlwollendster Betrachtung

(Zuruf von der SPD: Keine Ahnung!)

an den Interessen der Leute draußen glatt vorbei.

(Badeck (CDU): Sie sind halt ein bißchen weltfremd!)

Ich halte es, um auf die Verfassungsmäßigkeit und auf den rechtlichen Aspekt einzugehen, für besonders problematisch, daß hier die Nichtanwendung des Hessischen Naturschutzgesetzes auf die freigestellten Bauten gesetzlich festgeschrieben werden soll. Der Gleichheitsgrundsatz des Artikels 3 des Grundgesetzes läßt eine Ungleichbehandlung von vor und nach dem Inkrafttreten des

Hessischen Naturschutzgesetzes errichteten Hütten nicht zu, da nach Rechtsprechung des VGH bereits das Hessische Landschaftspflegegesetz vom 4. April 1973 solche Maßnahmen eindeutig als Beeinträchtigung der Natur ansah und eine entsprechende Eingriffsregelung vorsah. Es kommt doch auch nicht von ungefähr - das ist schon im Vorblatt Ihres Gesetzes ein Stück Legende -, daß bereits im Jahre 1977 in diesem Landtag über die Frage wurde - ich habe die Protokolle hier - und damals bereits darauf hingewiesen wurde, daß der Landschaftsüberwachungsdienst seit 1973 eine Bestandsaufnahme aller Hütten gemacht habe. Damals waren bereits für alle, die betroffen waren, klar, daß es um illegales Bauen geht. Die Legende, das Unrechtsbewußtsein

(Zabel (SPD): Da gibt es keinen Streit!)

- nein, nein, Herr Zabel, daran kommen wir nicht vorbeisei erst nach Inkrafttreten des Naturschutzgesetzes entstanden, muß vom Tisch kommen. Sie wissen das genau. Das Problem lag nicht in der Illegalität, es lag vielmehr darin, daß bestimmte Behörden draußen ihren Pflichten nicht nachgekommen sind - die kommunalen Baubehörden.

## (Beifall bei den GRÜNEN)

Das jetzt praktisch im Nachgang vom Tisch zu wischen und die Sünden kommunaler Behörden mit einem Aufwasch wegzufegen, ist eine rechtlich äußerst fragwürdige Sache, die wir für bedenklich halten. Ich erwarte - in Richtung Staatskanzlei gesprochen - zumindest genausoviel Sorgfalt beim Lesen und Durcharbeiten dieses Gesetzentwurfs wie damals, als es um die Getrenntsammlungsverordnung ging. Herr Schonebohm ist in dieser Frage wirklich elementar gefragt.

# (Beifall bei den GRÜNEN)

Nun kommen wir zum dritten Punkt. Was bringt denn ihr Gesetzentwurf wirklich? Erstens: Er wird in der Tat die Legalisierung von 2 m hohen Zäunen überall draußen im Land bringen. Aber, Herr Zabel, nach allen Umfragen, die ich bei unseren Dezernenten gemacht habe, fallen höchstens 10 Prozent der Hütten unter die Regelung.

(Zabel (SPD): Das sind rund 5.000! Das ist doch etwas!)

Das heißt, 90 Prozent sind genauso betroffen, und dann fängt es an. Dann kommt der erste und sagt: Warum kann ich meine Hütte, die am 21. März 1981 gebaut wurde, nicht weiter stehen lassen? Warum muß sie abgerissen werden? Der Nachbar hat am 20. September 1980 gebaut und darf sie stehen lassen. - Ich möchte Sie einmal fragen: Was kommt da alles auf uns an neuen Prozessen, an neuer Ungerechtigkeit und an neuer Beschäftigung für die Gerichte zu? Wenn der Gleichheitsgrundsatz durchschlägt, dann könnte es sein - auch wenn Sie das im Moment nicht wollen oder nicht zugeben -, daß am Ende der Legalisierungseffekt wesentlich größer ist als das, was in diesem Gesetz hier festgeschrieben ist. Dann haben Sie einen Effekt, den Sie gerade eben in Ihrer eigenen Rede bestritten haben.

Ich muß deshalb aus unserer Sicht sagen: Es geht auch anders. Es gibt keinen Grund dafür, die rechtlichen Grundlagen zu verändern. Es geht erstens so, daß die betroffenen Kommunen in Gottes Namen durch Bauleitplanung, durch Flächennutzungsplanung entsprechende Flächen ausweisen. Daß sie auf diesem Weg nachträglich legalisieren, ist unter Wahrung von Umweltgesichtspunkten möglich.

(Zuruf des Abg. Zabel (SPD)

- Sie wissen, daß hier jahrelang verschleppt worden ist. Sie wissen, daß es inzwischen einzelne Gemeinden gibt, die das sehr maßvoll machen und auch neue Kleingartengebiete durch ihre Bauleitplanung bereitstellen. Das sind die Wege, die anzuwenden sind, und nicht der Versuch, von oben herunter, kurz vor einer Wahl, den Aufwasch auf einmal zu machen.

# (Beifall bei den GRÜNEN)

Was Sie in dem Gesetzentwurf vorschlagen, sind wirklich Willkürgrenzen. Warum 25 Kubikmeter? Herr Möller sagte ganz richtig: Wenn schon 25, warum nicht 30? Wenn schon 30, warum nicht 50? Warum nicht gleich bis an die Genehmigungsgrenze gehen, die im Moment besteht? So weicht die ganze Sache Stück für Stück auf, und wir kommen am Ende bei dem heraus, was wir zumindest nach Ihren Ausführungen - beide nicht wollen: Wir wollen keine Zersiedelung von Natur und Landschaft. Wir wollen nicht, daß das Naturschutzrecht über den Deckmantel eines solchen Gesetzes hintenherum außer Kraft gesetzt wird. Darum geht es an dieser Stelle.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zabel (SPD): Das wollen wir auch nicht!)

Willkürgrenze 25 Kubikmeter, Willkürgrenze 19.10. 1980!

(Zabel (SPD): Willkür ist auch, gar nichts zu tun!)

- Gar nichts zu tun, wird dazu führen, daß die Wege, die draußen beschritten worden sind, auch weiter beschritten werden. Im Moment gibt es eine systematische und maßvolle Vollstreckung. Es gibt auch zeitlich begrenzte Nichtvollstreckungen von Abrißverfügungen, befristete Duldungen. Unsere Baudezernenten, die das auszusechten haben, sagen: Leute, laßt die Gesetzesgrundlage in Ruhe, denn so, wie sie ist, können wir maßvoll damit umgehen! Sobald diese Legalisierungswelle kommt, steht uns neuer Zoff ins Haus! - Ich sage Ihnen jetzt schon voraus: Sie tun sich mit dieser Regelung nichts Gutes.

Ich erwarte von den Beratungen im Ausschuß eine sachliche Diskussion, aber meine Fraktion und ich erwarten eines nicht: daß das Gesetz so lange in den Ausschüssen bleibt und auf dem Weg eine unklare Rechtslage hergestellt wird, bis vor Ort kein Vollzug mehr möglich ist. Ich begrüße deshalb ausdrücklich, wenn der Innenminister sagt: Ich bereite entsprechende Erlaßregelungen vor, aber diese Erlaßregelungen werden nur Bauten betreffen, die in diesem Gesetzentwurf zur Legalisierung vorgesehen sind.

Das heißt für mich im Klartext: Der begonnene Vollzug für alle Bauten, die nicht unter dieses Gesetz fallen, die keine Legalisierungschance haben, muß systematisch weitergehen. Das ist der richtige Weg. Die SPD wäre gut beraten, in dieser Frage nicht nach Mehrheiten rechts von der Mitte zu schielen, sondern den vernünftigen Weg zu gehen. Das kann unter Umständen auch heißen, sich von uns davon überzeugen zu lassen, daß die bestehende Rechtslage die einzig Richtige ist, um das Problem angemessen zu lösen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

## Vizepräsident Messinger:

Das Wort hat Herr Abg. Otto.

#### Otto (F.D.P.):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst in aller Klarheit: Die F.D.P.-Fraktion begrüßt im Grundsatz das Bemühen, kleine Garten- und Gerätehütten zu legalisieren, die zwar ohne die formale baurechtliche Voraussetzung errichtet wurden, wohl aber mit jahrzehntelanger Duldung durch die Aufsichtsbehörden.

Ich möchte an dieser Stelle nicht verschweigen, daß sich die F.D.P.-Fraktion diese Grundsatzentscheidung nicht leicht gemacht hat; die Entscheidung ist erst nach sorgfältiger Prüfung so gefallen.

(Vielhauer (GRÜNE): Das wäre das erste Mal bei euch!)

Zugegebenermaßen - es gibt ernst zu nehmende rechtspolitische und naturschützerische Bedenken gegen eine Legalisierung solcher Kleinbauten. Diese rechtspolitischen Bedenken gipfeln darin, daß sich rechtstreue Kleingärtner unter Umständen gelackmeiert fühlen können; denn in den letzten Jahren wurden, wie Sie wissen, bereits Tausende von Hütten derjenigen Bürger abgerissen, die keine Rechtsmittel gegen die Abrißverfügung eingelegt hatten. Wir verkennen auch nicht, daß sich diejenigen kommunalen Verwaltungen, die in den letzten Jahren konsequent gegen ungenehmigte Hütten vorgegangen sind, zum Beispiel der Vogelsbergkreis und der Main-Taunus-Kreis, durch eine nachträgliche Legalisierung desavouiert vorkommen können.

Meine Damen und Herren, daher gibt es in dieser Frage keine einfachen Antworten. Die ersten drei Redner dieser Debatte haben darauf hingewiesen: In dieser Frage sollte es kein Alles oder Nichts geben. Vielmehr handelt es sich um einen schwierigen Zielkonflikt, der einer sorgfältigen Abwägung bedarf.

Angesichts der Ausführungen des Kollegen Boppel möchte ich darauf hinweisen, daß eine Teilamnestie, wie sie von den anderen Fraktionen ins Auge gefaßt wird, notwendig ist, weil das Vertrauen Zigtausender Kleingärtner in eine jahrzehntelange Verwaltungspraxis Schutz verdient. Die Behörden haben bis in jüngste Zeit die Garten- und Gerätehütten stets wohlwollend geduldet,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

obwohl eine Genehmigung nicht schwarz auf weiß vorlag. Es soll auch einige kommunale Beamte geben, die sich selbst solche Hütten zugelegt haben. Im Vertrauen auf diese ständige Verwaltungspraxis haben die Gartenfreunde in ihrer Freizeit und teilweise unter erheblichen finanziellen Opfern ihre Hütten und Einzäunungen errichtet und gepflegt.

(Dann (SPD): Ausgezeichnet!)

Herr Kollege Boppel, wir sind der Auffassung, daß sich viele dieser Gartenanlagen harmonisch in die Landschaft einfügen und sie bereichern. Viele dieser Gärten enthalten Feuchtbiotope und unterstützen den Artenschutz, indem sie zahlreichen Tieren Rückzugsmöglichkeiten bieten. Wir sollten uns nicht von dem Irrglauben leiten lassen, daß der Natur nur nütze, was von den offiziellen Verbänden mit Hilfe von Millionen an Steuermitteln angelegt wird, daß aber all das der Natur schade, was von den Kleingärtnern angelegt wird. Einen solchen Irrglauben teilen wir nicht.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU und bei Abgeordneten der SPD)

Wir Freien Demokraten sind nicht der Auffassung, daß alle Gerätehütten unsere Landschaft verschandeln. Viele

sind seit jeher ein Landschaftsbestandteil. Wir glauben daher auch nicht, Herr Kollege Boppel, daß ein Kahlschlag aller Hütten den Zielen der Landschaftspflege und des Naturschutzes entspräche. Im Gegenteil, sehr viele der Gartenanlagen bereichern die Landschaft und dienen ökologischen Zielen.

Ich möchte ganz klar darauf hinweisen, daß zu einer lebendigen und natürlichen Umwelt auch der Mensch gehört. Hunderttausende von Menschen empfinden Ausgleich und Glück bei der Arbeit in ihren Gärten. Nicht jeder von ihnen hat die finanziellen Mittel für einen Garten direkt vor dem eigenen Haus oder in einer offiziellen Kleingartenanlage.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Ich bedaure daher die fehlende soziale Sensibilität der GRÜNEN.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

denen eine rigorose Landschaftsräumung offensichtlich wichtiger ist als Zehntausende von Kleingärtnern, die sie aus der Landschaft verbannen wollen.

Herr Kollege Boppel, die Gleichsetzung, die Sie zwischen Kleingärtnern und Steinewerfern von der Startbahn West vorgenommen haben, finde ich mehr als geschmacklos. Das will ich Ihnen klar sagen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Eine Amnestie von Startbahngegnern ist beileibe etwas anderes als eine Amnestie von Kleingärtnern, die im Vertrauen auf Verwaltungspraxis diese Hütten mit Herzblut errichtet haben.

(Boppel (GRÜNE): Recht bleibt Recht! - Vielhauer (GRÜNE): Immer so, wie es paßt!)

Diese Gleichsetzung akzeptiere ich nicht.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU - Vielhauer (GRÜNE): Jeder nach Recht und Gesetz! Oder gilt das nicht für alle? Das möchte ich hier einmal klarstellen!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie es mich etwas überspitzt sagen: Wir halten es gesellschaftspolitisch für sehr viel sinnvoller, wenn Menschen in der Natur ihre Gärten pflegen, als wenn sie zu Hause vor ihrem Fernseher sitzen. Die F.D.P. ist daher sowohl aus landschaftspflegerischen als auch aus gesellschaftspolitischen Gründen und zum Schutz von berechtigtem Vertrauen bereit, einen sinnvollen Kompromiß zu fördern, der auf eine soziale Amnestie hinausläuft.

(Unruhe - Glockenzeichen des Präsidenten)

- Die Kleingärten scheinen hier ganz schön viel Aufregung hervorzurufen.

(Anhaltende Unruhe - Glockenzeichen des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich möchte ganz klar betonen: Mit der F.D.P.-Fraktion wird es keine Legalisierung von schwarzgebauten Wochenendhäusern, Jagdhäusern oder ähnlichem geben,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

im übrigen auch nicht für Landtagskollegen. Wir sind aber der Auffassung, daß viele kleine Geräte- und Gartenhütten bis etwa 30 Kubikmeter umbautem Raum -

(Nitzling (SPD): Frechheit!)

- Was ist denn so frech?

(Anhaltende Unruhe)

- Herr Präsident, habe ich das Wort?

(Glockenzeichen des Präsidenten)

Wir sind der Auffassung, daß viele kleine Geräte- und Gartenhütten bis etwa 30 Kubikzentimeter umbauten Raumes - -

(Heiterkeit - Beifall bei den GRÜNEN - Vielhauer (GRÜNE): Sehr schön, da machen wir mit! - Boppel (GRÜNE): Da machen wir mit!)

- Da sieht man einmal, welch soziale Einstellung wir haben.

Aber vielleicht kann der Herr Präsident einmal dafür sorgen, daß ich meine letzten Sätze hier noch vortragen kann. Dann können Sie auch pünktlich nach Hause gehen.

## Vizepräsident Messinger:

Herr Kollege, ich versuche mein Bestes; aber mit meiner Autorität scheint es heute nicht sehr weit her zu sein.

(Otto (F.D.P.): Zumindest nicht bei Ihrer eigenen Fraktion!)

Ich bitte das Hohe Haus jetzt um ein bißchen Mäßigung, auch bei solch wichtigen Fragen wie die, die wir jetzt diskutieren.

Auch wenn es jetzt schon fast 18.00 Uhr ist: Der Kollege Otto hat das Wort bis zum Ende seiner Ausführungen.

## Otto (F.D.P.):

Herzlichen Dank, Herr Präsident!

Der von der SPD-Fraktion vorgelegte Gesetzentwurf ist eine erste Diskussionsgrundlage. Im einzelnen bestehen allerdings gegen diesen Gesetzentwurf schwerwiegende rechtssystematische Bedenken. Der Kollege Möller hat hier darauf hingewiesen.

Ich möchte deshalb an dieser Stelle auch betonen, daß uns eine Regelung über § 88 HBO als ein etwas sinnvollerer Weg erscheint, weil wir glauben, daß diese Amnestierung, diese Duldung eines rechtswidrigen Zustandes viele Probleme aufwirft, zum Beispiel die Frage: Wie verfahren wir mit den rechtskräftigen Abrißverfügungen? Wie verfahren wir unter Gleichheitsgesichtspunkten gegenüber all den Kleingärtnern, deren Hütten zwar unter die Amnestie gefallen wären, die aber inzwischen bereits abgerissen sind?

(Vielhauer (GRÜNE): Wiederaufbauen! Wiederaufbauprogramm! - Hinz (GRÜNE): Investitionsprogramm!)

Wir müssen vielleicht sogar erörtern, ob an eine Regelung ähnlich der Privilegierung der Gerätehütten der Landwirtschaft zu denken sein könnte.

Meine Damen und Herren, Sie können sicher sein, daß sich die F.D.P.-Fraktion an der parlamentarischen Beratung dieses Gesetzentwurfs konstruktiv beteiligen wird.

(Vielhauer (GRÜNE): Endlich mal! Wenigstens einmal!)

Sie können sicher sein, daß ein vernünftiger Kompromiß in dieser Frage nicht an der F.D.P.-Fraktion scheitern wird.

(Beifall bei der F.D.P. und der SPD)

#### Vizepräsident Messinger:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Es ist vorgeschlagen worden, den Gesetzentwurf zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Innenausschuß - federführend - und an den Ausschuß für Umweltfragen - beteiligt - zu überweisen. Dem wird nicht widersprochen. Dann ist so entschieden.

Die Sitzung ist beendet.

(Schluß: 18.02 Uhr)

## Anlage (zu Tagesordnungspunkt 1)

## Frage 1070 - Abg. Hinz (GRÜNE):

Ich frage die Landesregierung:

Was für ein Projekt plant sie, welches für Hessen in Form einer Stiftung Wissenschaftler, Politiker und Wirtschaftler zum Nachdenken über das Tagesgeschäft hinaus zusammenbringen will und das der Minister für Wirtschaft und Technik, laut "Darmstädter Echo" vom 6. November 1986, bei einer Veranstaltung der TH Darmstadt und der Gesellschaft für Schwerionenforschung ankündigte?

# Antwort Minister für Wirtschaft und Technik Dr. Steger:

Mit meiner Äußerung am 5.11.1986 an der Technischen Hochschule in Darmstadt habe ich auf das "Hessische Forum für Informationstechnik und Gesellschaft" hinweisen wollen, das im übrigen den Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft und Technik bereits im Detail bekannt ist. Bei diesem Forum handelt es sich um den Versuch, die unterschiedlichen Betroffenen ebenso wie wissenschaftliche und politische Entscheidungsträger miteinander ins Gespräch zu bringen und diesen technologiepolitischen Dialog zu institutionalisieren.

Die Erfahrungen zeigen, daß die Aufgabe der Technikfolgenbewertung weder durch wissenschaftliche Forschung allein noch durch bekannte Formen der Technologiefolgenabschätzung oder Politikberatung zu bewältigen sind. Wissenschaftler, Politiker und Wirtschaftler sollen in dieser wichtigen Frage der Bewertung der neuen Techniken über das Tagesgeschäft hinaus in diesem Forum mitarbeiten. Die Landesregierung hat in ihrer gestrigen Kabinettsitzung die Errichtung des Forums beschlossen.

# Frage 1071 - Abg. Messinger (GRÜNE):

Ich frage die Landesregierung:

Wie bewertet sie die haushaltsrechtliche Situation der Frankfurter Studentenschaft nach dem Kulturfest des von RCDS und Giraffen gestellten AStA, das ein Defizit von 250.000 DM erbracht hat?

# Antwort Ministerin für Wissenschaft und Kunst Dr. Rüdiger:

Die Landesregierung mißbilligt die durch das Kulturfest des AStA verursachten erheblichen Überschreitungen des Haushaltsplans der Studentenschaft der Universität Frankfurt.

# Frage 1075 - Abg. Dr. Streletz (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Therapiemöglichkeiten haben in Hessen Männer, die Gewalt gegen Frauen ausgeübt haben?

#### Antwort Minister der Justiz Dr. Günther:

Bei der Beantwortung der Frage nach den Therapiemöglichkeiten für Männer, die Gewalt gegen Frauen ausgeübt haben, muß man unterscheiden: auf der einen Seite die Strafgefangenen, die im Maßregelvollzug Untergebrachten sowie die unter Bewährungsaufsicht Stehenden, das heißt Personen, die zwangsweise einer Therapie zugeführt werden; auf der anderen Seite diejenigen Männer, die freiwillig entsprechende Therapiemöglichkeiten suchen.

Für Strafgefangene oder im Maßregelvollzug Untergebrachte werden die im Einzelfall sachdienlichen Behandlungs- und Therapiemöglichkeiten im Vollzugsplan festgelegt. Neben anstaltsinternen medizinischen und psychologischen Beratungs- und Behandlungsmöglichkeiten werden im Justizvollzug auch externe Therapeuten tätig. In den Maßregelvollzugseinrichtungen werden überwiegend psychotherapeutische Maßnahmen angeboten. Den therapeutischen Behandlungen sind jedoch enge Grenzen gesetzt. Einerseits stehen vor allem den Justizvollzugsanstalten nicht ausreichend Therapeuten zur Verfügung oder können für die Arbeit gewonnen werden. Andererseits ist die Therapiefähigkeit und -willigkeit der Strafgefangenen und der im Maßregelvollzug Untergebrachten häufig nicht in dem erwünschten Umfang gegeben.

Die Planungen zur Erweiterung der Sozialtherapeutischen Anstalt in Kassel sehen vor, strafgefangenen Männern, die gewalttätig gegen Frauen wurden, vermehrt im Rahmen der Sozialtherapie Gelegenheit zur Durcharbeitung ihrer Problematik zu geben. Hierzu gehört auch, durch Vollzugsmitarbeiter, insbesondere durch die Fachdienste, die Therapiemotivation dieser Gefangenen zu fördern und zu stärken.

Soweit eine therapeutische Behandlung als Bewährungsauflage angeordnet ist, gehört es zu den Aufgaben eines Bewährungshelfers, bei Bedarf auch zu einer Behandlung durch Ärzte der Fachrichtung Neurologie oder Psychiatrie zu raten.

Soweit schließlich Männer freiwillig entsprechende Therapiemöglichkeiten suchen, können sie sich an die niedergelassenen Nervenärzte, die psychiatrischen Kliniken und auch die Familien- und Erziehungsberatungsstellen wenden.

#### Frage 1076 - Abg. Hilfenhaus (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Auswirkungen hat die erneute Senkung der Milchquoten in Höhe von 10 vom Hundert, wie sie vom Bundeslandwirtschaftsminister vorgeschlagen wird, auf die hessische Landwirtschaft?

# Antwort Minister für Landwirtschaft und Forsten Görlach:

Die hessischen Milcherzeuger sind von der Garantiemengenregelung tendenziell stärker betroffen als der Durchschnitt der deutschen Milchviehhalter. Insbesondere sind dafür folgende Tatbestände maßgebend:

Da die Milcherzeugung in Hessen bereits vor 1981 nur relativ gering gesteigert wurde, liegt auch zwischen den Jahren 1981 und 1983 (Berechnungszeitraum für die Milchquote) der Anstieg der Molkereianlieferung mit 1,3 Prozent weit unter dem Bundesdurchschnitt von 9,3 Prozent. Obwohl die hessischen Milcherzeuger weniger zur Überschußproduktion beigetragen haben, ist für sie - insbesondere auf Grund des einheitlichen Basisabzugs - die von der Bundesregierung getroffene Regelung besonders ungünstig.

In Hessen besteht mit 50 Prozent ein weit überdurchschnittlicher Anteil nebenberuflicher Milcherzeuger, bei denen die kontingentbedingten Einkommensverluste besonders gravierend sind.

Eine weitere Kürzung der Anlieferungs-Referenzmengen, wie sie vom Bundeslandwirtschaftsminister vorgeschlagen wird, würde auf Grund der vorgenannten Gründe den negativen Effekt der Garantiemengenregelung für die hessischen Milcherzeuger noch verstärken.

Eine Verminderung der daraus resultierenden Einkommensverluste wäre möglich, wenn eine nach Höhe der Milcherzeugung abgestufte Kompensation durchgeführt werden würde. Ein diesbezüglicher Vorschlag wurde vom -Land Hessen eingebracht.

In Hessen ist der Gesamterlös aus der Milcherzeugung im Jahr 1985 gegenüber dem Jahr 1983 (Basisjahr) bereits um 62,5 Millionen DM (7,2 Prozent) zurückgegangen. Bei einer weiteren Reduzierung der Anlieferungs-Referenzmenge würden sich die Erlöseinbußen in Hessen gegenüber dem Basisjahr 1983 auf zirka 118 Millionen DM (zirka 13,6 Prozent) erhöhen. Sofern die von der Bundesregierung vorgeschlagene zeitlich begrenzte Ausgleichszahlung in Höhe von 26,5 Pfennig pro Kilogramm stillgelegter Anlieferungs-Referenzmenge vorgenommen wird, würden sich die Erlöseinbußen um 32,9 Millionen DM auf 85,6 Millionen DM (9,8 Prozent) verringern.

Weil gerade in den besonders einkommens- und strukturschwachen hessischen Wirtschaftsgebieten (Mittelgebirgslagen) die Milchkuhhaltung einen wichtigen Schwerpunkt der dortigen Grünlandbewirtschaftung darstellt, ist zu befürchten, daß die vorgesehene weitere Senkung der Milchquoten in diesen Gebieten die Einkommens- und Strukturentwicklung besonders ungünstig beeinflussen wird.

Darüber hinaus sind auch die hessischen Molkereien durch eine zehnprozentige Reduzierung der Anlieferungs-Referenzmenge betroffen. Die in Hessen angelieferte Milchmenge würde um zirka 124 Millionen kg, das heißt um die durchschnittliche Anlieferung von vier hessischen Molkereien zurückgehen. Damit kann die Produktionskapazität bei weitem nicht ausgelastet werden, so daß die Stückkosten steigen und damit die Auszahlungsleistung der Unternehmen sinkt. Des weiteren werden durch die Verknappung des Rohstoffs Milch insbesondere die Marktmolkereien weitere Marktanteile verlieren, da sie dem Versorgungsauftrag nicht mehr im entsprechenden Umfang mit Frischmilch und Frischmilcherzeugnissen nachkommen können. Vornehmlich wird die Wettbewerbskraft dieser Molkereien, insbesondere im Rhein-Main-Ballungsgebiet, durch den bestehenden außerordentlichen Konkurrenzdruck durch nationale und EG-Unternehmen geschwächt werden. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, daß eine weitere Verlagerung der Be- und Verarbeitung von Milch auf außerhessische Unternehmen erfolgt.

# Frage 1077 - Abg. Engel (GRÜNE):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Sicherheitskonsequenzen zieht sie aus der Chemie-Katastrophe in Basel für die Rheinschiffahrt mit gefährlichen Gütern?

# Antwort Minister für Wirtschaft und Technik Dr. Steger:

Die Chemiekatastrophe in Basel ereignete sich im Zusammenhang mit der Lagerung gefährlicher Güter. Erkenntnisse, die zu Konsequenzen bei der Beförderung gefährlicher Güter mit Rheinschiffen führen könnten, liegen der Landesregierung bislang nicht vor.

# Frage 1078 - Abg. Schmidt (Kassel) (F.D.P.):

Ich frage die Landesregierung:

Ist es zutreffend, daß der Minister für Umwelt und Energie der Aufforderung aus Bonn nach sofortiger Einberufung der Rheinschutz-Kommission nicht Folge leisten konnte, weil das Lagezentrum der Landesregierung wegen der in Hanau stattfindenden Demonstration blockiert war?

## Antwort Minister für Umwelt und Energie Fischer:

Nein. Auf der Tagung der Umweltminister des Bundes und der Länder am 6. und 7. November 1986 waren die Minister Hessens, Rheinland-Pfalz', Baden-Württembergs und des Bundes vertreten. Niemand hat dort die Notwendigkeit einer Sondersitzung der Deutschen Kommission zur Reinhaltung des Rheins angesprochen, da die turnusmäßige Sitzung für den 14. November 1986 vorgesehen war und präzisere Informationen über die Einleitung der giftigen Stoffe seitens der Schweizer Behörden erst zu diesem Termin erwartet werden konnten.

Nach der zweiten Schadensfall-Meldung am Freitagabend, 7. November 1986, wurde die Situation in meinem Hause am Samstag, 8. November 1986, neu bewertet. Die zuständige Abteilung begann mit den Vorbereitungen für die Einberufung einer Sondersitzung der Kommission. Dabei sah sich das um Unterstützung gebetene Lagezentrum der hessischen Polizei wegen des Einsatzes bei der Hanauer Demonstration nicht in der Lage, bei der Ermittlung der privaten Telefonanschlüsse der Vertreter der Länder in der Kommission behilflich zu sein.

Während der Bemühungen, das Lagezentrum des Bundesministers des Innern zu erreichen, wurde ein Fernschreiben des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit übermittelt, in dem eine Sondersitzung der Deutschen Kommission angeregt wurde. Die Initiative meines Hauses und die des Bundesministers überschnitten sich also.

Eine Verbindung mit dem zuständigen Abteilungsleiter im Bundesministerium des Innern kam erst nach weiterer Einschaltung des hiesigen Lagezentrums zustande. Dabei wurde abgesprochen, daß der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit die Bundesdienststellen und das vorsitzführende Land Hessen die Ländervertreter zu einer Sondersitzung für Montag, den 10. November 1986, 15.00 Uhr, nach Bonn einladen sollten.

## Frage 1079 - Abg. Pawlik (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Weshalb war das Hessische Ministerium für Umwelt und Energie nicht in der Lage, innerhalb von drei Tagen nach der Aussetzung von vier Sondermüll-Transportgenehmigungen zur Deponie Schönberg durch das Verwaltungsgericht Darmstadt zu dem dem Urteil zugrunde liegenden Sachverhalt und den Auswirkungen des Urteils öffentlich Stellung zu nehmen, obwohl das Land Hessen als Antragsgegner im Prozeß unmittelbar betroffen ist?

## Antwort Minister für Umwelt und Energie Fischer:

Der Beschluß des Verwaltungsgerichts Darmstadt datiert vom 10. November 1986. Er wurde am 11. November 1986 ausgefertigt und dem Regierungspräsidenten in Darmstadt, der das Land Hessen in diesem Verfahren vertrat, am 12. November 1986 zugestellt. Der Regierungspräsident leitete das Schriftstück mit Boten an das Ministerbüro meines Hauses weiter; es ging dort am 13. November 1986 gegen 13.00 Uhr ein.

Ich habe im Ausschuß für Umweltfragen am 13. November 1986 zu dem Beschluß nicht Stellung bezogen, weil ich ihn bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht zur Kenntnis genommen hatte. Eine Bewertung ist dann, wie der Presse zu entnehmen war, in den nächsten Tagen erfolgt. Ich werde mich dazu auch in der Plenardebatte am Donnerstag äußern.

## Frage 1080 - Abg. Wagner (Eschwege) (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Hat Sie Kenntnis davon, ob auch im Zonengrenzgebiet Hessens Stahlpanzersperren in grenznahe Straßen eingebaut werden sollen wie derzeit im norddeutschen Raum?

# Antwort Minister für Wirtschaft und Technik Dr. Steger:

Auch im Zonenrandgebiet Hessens werden Sperranlagen in öffentlichen Straßen eingebaut. Derartige Einrichtungen sind Teil der Verteidigungsvorbereitungen; sie haben einen defensiven Charakter und wirken sich daher erst bei einem Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland aus. Die Sperrplanung selbst ist ein integraler Bestandteil des strategischen Konzepts der Vorneverteidigung der NATO. Dieses deckt sich nach Auffassung der Bundesregierung mit den Sicherheitsinteressen unseres Landes.

Der Einbau der Sperren erfolgt auf der Grundlage von Artikel 55 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut vom 3. August 1959 sowie von § 2 Absatz 1 Nummer 7 des Bundesleistungsgesetzes vom 27. September 1961. Aus Gründen der militärischen Sicherheit unterliegen die Zahl und Lage solcher Einrichtungen der Geheimhaltung. Aus

diesem Grunde befinden sich bei den Dienststellen des Landes Hessen keine detaillierten Unterlagen über Sperranlagen.

## Frage 1082 - Abg. Heimerl (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Hat der hessische Umweltminister Fischer "eine Überprüfung der zehn wichtigsten Chemiebetriebe in Hessen, die der Störfallverordnung unterliegen, auf ihre Sicherheit bei Unfällen hin veranlaßt", wie es in der Pressemitteilung des Ministeriums vom 12. Oktober 1986 heißt, oder veranlaßt der Minister "umgehend die Überprüfung der Störfallsicherheit der zehn wichtigsten Anlagen in Hessen, die der Störfallverordnung unterliegen", wie es in dem Sachstandsbericht des Ministers zum Brandunfall bei der Firma Sandoz dem Umweltausschuß am 12. Oktober 1986 mitgeteilt wurde?

#### Antwort Minister für Umwelt und Energie Fischer:

Die angekündigte Überprüfung der Störfallsicherheit bezieht sich auf die zehn wichtigsten Anlagen der chemischen Industrie in Hessen, nicht auf die zehn wichtigsten Betriebe. Die Pressemitteilung meines Hauses ist insofern in dieser Formulierung mißverständlich.

Die Überprüfung soll Anfang nächsten Jahres abgeschlossen sein; von ihr betroffen sind alle Anlagen, in denen mit größeren Mengen von stark wassergefährdenden Stoffen umgegangen wird.